

HANS MAUR

**KAROWER  
PERSÖNLICHKEITEN**

Abgeordnete  
des Deutschen Reichstages

Friedrich Peine (1871-1952)

Ottomar Geschke (1882-1957)

Friedrich Ebert (1894-1979)

Janusz-Korczak-Bibliothek  
Berliner Str. 120-121 · 13187 Berlin  
Tel. 4748 6677 / 4748 6671

Stadtbezirksbibliothek	
Bln.-Pankow	
H 263 =	462

Mau Informationsbestand

Berlin 2003

Schriftenreihe „Zwischen Panke und Laake“, Heft 1/2003.  
Herausgegeben von H. Maur

Titelfoto: Gebäude des Deutschen Reichstages in Berlin, um 1900

### Inhaltsverzeichnis

Ein Wort zuvor	Seite 5
Friedrich Peine (1871-1952) Schmied - Gewerkschafter - Genossenschafter - Reichstagsabgeordneter - Pensionär	Seite 6
Ottomar Geschke (1882-1957) Schlosser - Parteifunktionär - Reichstagsabgeordneter - Inhaftierter des NS-Systems - Berliner Senator - Vorsitzender der VVN - Volkskammerabgeordneter	Seite 34
Friedrich Ebert (1894-1979) Buchdrucker - Redakteur - Reichstagsabgeordneter - Verfolgter des NS-Regimes - SPD-Landesvorsitzender - Oberbürgermeister von Groß-Berlin - Volkskammerabgeordneter	Seite 56

### Ein Wort zuvor

Karow war vor hundert Jahren noch eine unbedeutende Landgemeinde im brandenburgischen Kreis Niederbarnim. Das blieb lange Zeit so. Ein erster Bauboom setzte nach dem Eisenbahnanschluß um die Jahrhundertwende ein. Aber die Landwirtschaft blieb nach wie vor der dominierende Wirtschaftszweig, auch nach der Eingemeindung 1920 zu Berlin. Noch in den 60 er Jahren, als ich mit meiner Familie von Pankow nach Karow zog, wurde ich von Freunden und Kollegen erst mal befragt, wo denn dieses „Nest“ überhaupt liege und diese dann erstaunt waren als sie erfuhren, dass Karow auch noch Berlin ist. Erst mit dem erneuten Bauboom nach der „Wende“ entwickelte sich Karow zu einer Kleinstadt mit 17.000 Einwohnern und soliden Einkaufsmöglichkeiten. Die meisten Bewohner sind also „Neu“-Karower. Was wissen sie von der Geschichte ihres neuen Heimatortes? In loser Folge will diese ins Leben gerufene Schriftenreihe „Zwischen Panke und Laake“ helfen, Kenntnisse über Vergangenes zu vermitteln, wenn auch davon manches schon in den vergangenen Jahrzehnten zu lesen war. Wir werden sehen, ob das gelingt.

Das erste Heft liegt nun vor. Der ursprüngliche Gedanke für dieses Heft war zunächst, mit einer Publikation über die Abgeordneten des Deutschen Reichstages in der Weimarer Republik, der Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages der BRD zu beginnen. Dieses wäre jedoch zu umfangreich geworden, hätte eine Herausgabe in dieser Form nicht möglich gemacht. So entschied ich mich, daraus zwei Hefte zu machen; eines für die Abgeordneten des Reichstages, später ein zweites über jene der Volkskammer und des Bundestages.

Es sind Kurzbiographien, die hier aufgenommen wurden. Die erfaßten Persönlichkeiten sind in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Nachkriegsgeschichte recht unterschiedliche politische Wege gegangen. Friedrich Peine war und blieb Sozialdemokrat. Ottomar Geschke fand über die Sozialdemokratie den Weg zu den Kommunisten. Friedrich Ebert schließlich kam ebenfalls aus der Sozialdemokratischen Partei, bejahte mit den bitteren Erfahrungen aus der Zeit Nazi-deutschlands den Schritt zur Gemeinsamkeit mit der KPD in der SED. Ebert und Geschke wurden zu Repräsentanten der 1949 gegründeten DDR.

Wer mehr über das Wirken dieser drei Männer wissen möchte als in dieser Schrift aufgenommen wurde, sollte zu der verzeichneten, weiterführenden Literatur greifen. Mir kam es darauf an im Gedächtnis zu erhalten, dass unser Ortsteil von Berlin mit den Namen beachtenswerter Parlamentarier verbunden ist, die hier wohnten, arbeiteten und geehrt wurden.

Berlin, im Januar 2003



Friedrich Peine (um 1928)

## Friedrich Peine (1871-1952) Schmied – Gewerkschafter – Genossenschafter – Reichstagsabgeordneter – Pensionär

Friedrich Peine gehört zweifelsohne zu jenen Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die der Vergessenheit anheim gefallen sind. Er blieb weitestgehend unbekannt. In bisherigen Veröffentlichungen erscheint er uns nur als eine episodenhafte Randfigur. Selbst in dem von W.H. Schröder herausgegebenen Handbuch über „Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933“ sind ihm lediglich einige wenige Zeilen gewidmet worden; mit Ungenauigkeiten zu seiner Biographie (1).

Wer also war dieser Friedrich Peine? Er kam am 8. November 1871 in der Dorfgemeinde Lichtenberg im Kreis Niederbarnim zur Welt. Seine Eltern hießen Andreas Heinrich und Maria Johanne Elisabeth. Seine Mutter war eine geborene Meienberg. Beide waren sehr religiös. Sie ließen ihren Sprößling in der evangelischen Pfarrkirche in der Lichtenberger Dorfstraße auf die Namen Friedrich Wilhelm Heinrich taufen (2). Fritz wurde er fortan als Kind und junger Bursche gerufen, später in der Politik schon gediehener mit Friedrich angesprochen.

Lichtenberg war damals noch ein typisches märkisches Dorf. Es hatte 1871, als Friedrich geboren wurde, gerade mal 3.244 Einwohner, war umgeben von den Dörfern Hohenschönhausen, Marzahn, Biesdorf und Friedrichsfelde. Westlich grenzte Lichtenberg an die deutsche Hauptstadt an. Berlin war erst zu Beginn des Jahres 1871, nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges, auf fremdländischen Boden in Versailles bei Paris nahezu euphorisch zur Hauptstadt des neuen deutschen Kaiserreiches proklamiert worden. Mit Hilfe der dem besiegten Frankreich auferlegten Kontributionen trat die Wirtschaft in Deutschland in die kurze Hochkonjunktur der Gründerjahre.

Lichtenberg profitierte davon. Das Dorf wuchs in diesen Jahren aus dem Angerdorf des 13. Jahrhunderts rasch zu einer Stadtgemeinde mit den Anfängen einer aufstrebenden Industrie empor. Drei Pferdebahnen verbanden ab 1878 die Gemeinde mit dem Zentrum Berlins. 1898 erfolgte die Einweihung des Rathauses. Begünstigt durch den Bau der Eisenbahnlinie entstanden um die Jahrhundertwende die Eckert'sche Landmaschinenfabrik, die Siemens-Plania AG und die Knorr-Bremse AG.

Vater Heinrich hatte bei der Taufe seines Jungen noch den Beruf eines „Kunstgärtners“ angegeben. Nach dem Berliner Adressbuch für die Vororte wohnte die Familie seit 1882 in der Dorfstraße 1 bei dem Gutsbesitzer E. Hermann. „Gärtner“ ward hier als seine Beschäftigung für Vater Heinrich vermerkt. Es dürfte anzunehmen sein, dass er auf dem Gutshof arbeitete, seine Frau eventuell auch. Auf alle Fälle verlebte der Junge in dieser Umwelt seine Kindheit, besuchte er in Lichtenberg die Volksschule. Das Schulhaus gab es bereits seit 1857. Es stand in der Dorfstraße 5 und war ausgestattet mit drei Klassenräumen und drei Wohnungen für die Lehrer. Kantor Steller war 1. Lehrer an der Schule.

Nach Schulabschluß schickte der Vater Fritze in die Lehre. Sein Sohn sollte einen zukunfts-trächtigen Beruf erlernen, nur nicht in der ausklingenden Landwirtschaft. So wurde er nach einer vierjährigen Lehrlingsausbildung Handwerker in einem der aufblühenden Maschinenbauberufe, wie auf einer späteren Einwohnermeldekartei zu lesen sein wird.



Im zeitigen Frühjahr 1894 geht Friedrich Peine auf große Wanderschaft, so wie das in der damaligen Zeit für junge Handwerksburschen so „usus“ war. Er schnürte sein Bündel und mit Hut und Wanderstock ging es auf die „Waltz“ quer durch die deutschen Lande. Bei anderen Handwerksmeistern wollte er noch manchen Handgriff hinzu lernen – und natürlich auch dabei die „weite Welt“ kennen lernen. So kam er auf seiner Trippeltour bis nach Bremerhaven an der Nordseeküste. Die Stadt am Ostufer der Wesermündung war seit dem Jahre 1827 rasch aus einer Siedlung mit einem zunächst noch bescheidenen Hafen zu einem angesehenen Umschlagplatz im Nordwesten Deutschlands geworden. Schiffswerften waren entstanden. 1851 hatte Bremerhaven das Stadtrecht erhalten.

Nach vier Jahren Wanderschaft wurde Friedrich Peine 1898 erst einmal in Geestemünde seßhaft. Er wollte nicht allzu lange in der Stadt verweilen und arbeitete einige Monate im Überseehafen (4). Aber schon bald lernte der selbstbewußte junge Bursche ein Mädchen kennen, in das er sich Hals über Kopf verliebte. Vielleicht war es zuerst auch nur das gemeinsame Geburtsdatum, das die beiden zusammenhielt. Es stimmte auf Tag und Monat überein, nur dass das geliebte Wesen zwei Jahre jünger war als er selbst. Dorothee Ottilie Frederike Nitzsche hieß sie und wohnte in dem etwa dreißig Kilometer entfernten Städtchen Osterholz, zwischen Bremerhaven und Bremen gelegen. Beide hatte sie es mit einer Heirat recht eilig. Am 15. April 1899 feierten sie ihr schlichtes Hochzeitsfest (5). Schon ein Jahr später, am 3. April 1900, wurde in Geestemünde Töchterchen Elisabeth Meta Anna geboren. Die Familie zog im Oktober 1900 in die Fährstraße 7, bei Mencke's zur Untermiete. Die Fährstraße führte direkt zum Ufer der Geeste, die schon nach wenigen Metern in die Weser mündete. Im Juli 1901 war Umzug in das niedersächsische Linteln angesagt, wo am 10. November 1901 Sohn Willy zur Welt kam (6). Die junge Familie war komplett

Friedrich Peine arbeitete ab 1899 bis zum Jahre 1903 als Schmied auf verschiedenen Schiffswerften an der Unterweser. Hier begann auch seine politische Laufbahn. Die Arbeiterbewegung hatte in den Unterweserorten schon reiche Erfahrungen sammeln können. Bereits am 9. November 1890 hatte sich, nach dem Sieg über das stinkreaktionäre Bismarcksche Sozialistengesetz, der Sozialdemokratische Ortsverein von Bremerhaven neu konstituieren können. Der Zulauf aus der Arbeiterschaft war so groß, dass sich bald danach auch ein selbständiger Verein in Geestemünde bildete (7).

Friedrich Peine fühlte sich unter den Werftarbeitern äußerst wohl. Er war einer von Ihnen. Es herrschte auf den Werften eine kampfbereite Stimmung, den Unternehmerbossen zu trotzen. Schon Anfang 1897 hatten die Gewerkschaften der Unterweserorte zur Solidarität mit dem ausgebrochenen Hamburger Hafentarbeiterstreik aufgerufen. Sie verweigerten die Lösch- und Ladearbeiten an den nach Bremerhaven umdirigierten Schiffen (8). Wo Peine nur konnte, trat er für die Interessen seiner Arbeitskollegen ein. Dazu gehörte vor einhundert Jahren schon eine ganze Portion Mut. Das konnte den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten. Aber ihm verhalf das zu Ansehen bei den Arbeitern und förderte auch seinen Kontakt zur organisierten Arbeiterschaft. Er trat der Gewerkschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. Die genauen Daten hierfür sind bislang nicht bekannt geworden. Er war mit dabei, als zu Beginn des Jahres 1900 die vom Parteivorstand der SPD und den Gewerkschaften für ganz Deutschland ausgerufenen Protestbewegung gegen die Flottenausrüstung des Kaiserreiches auch Bremerhaven erfaßte. Bis 1917 sollten 1.861 Millionen Reichsmark an Steuergroschen für eine Verdoppelung der Seeschlachtflotte ausgegeben werden (9). Das deutsche Kaiserreich nahm Kurs, die Weltmacht zur See zu erringen. Das gab allerdings unter den Werftarbeitern sehr strittige Diskussionen: Gesicherte Arbeit durch den Bau von Kriegsschiffen oder Ablehnung einer militärischen Ausrüstung für einen erneuten Krieg. Viel Aufklärungsarbeit war erforderlich.

1901 übernahm Friedrich Peine den ehrenamtlichen Vorsitz des Gewerkschaftskartells in Bremerhaven. In den Auseinandersetzungen mit den kapitalistischen Unternehmern um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne hatten sich die einzelnen Gewerkschaftsverbände fester zusammengeschlossen. Die anfänglich gegründete Gewerkschaftskommission wich einem stärker gegliederten Gewerkschaftskartell, dem die verschiedenen gewerkschaftlichen Verbände angehörten. Das förderte die Zusammenarbeit. Zwei Jahre später wurde Peine sogar hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Seiner Arbeitsstelle mußte er aufgeben. Als Geschäftsführer der Verwaltungsstelle des DMV war er der erste bezahlte Gewerkschaftsangestellte der Unterweserorte in Bremerhaven. (10) Der Familie stand ein erneuter Wohnungswechsel bevor. Noch kurz vor dem Weihnachtsfest 1903 ging es zurück nach Bremerhaven. In der Ankerstraße Nummer 48, nahe dem Hafen an der Weser, hatte sich eine neue Wohnstätte gefunden.



DMV-Agitation

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte am Ende des Jahres 1903 in Bremerhaven 1.071 Mitglieder (11). Regelmäßig trafen sich die Gewerkschafter alle vierzehn Tage im „Collosum“ in der Bürgermeister Smidtstraße, Freitags um halb neun Uhr. In späteren Jahren war am Sonntagvormittag mit Familie Treffpunkt.

Der DMV war in Deutschland einer der festgefügtsten Gewerkschaftsverbände. Er war schon auf dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterkongress Anfang Juni 1891 in Frankfurt am Main gegründet worden und war die erste Berufsorganisation der Arbeitenden auf der Basis eines Industriezweiges (12). Die Zentrale hatte ihren Sitz in Stuttgart. Für die Mitglieder wurde die wöchentlich erscheinende „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, die spätere

„Metallarbeiter-Zeitung“, herausgegeben. Das gab beispielgebende Impulse für die Bildung einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Die Initiative der Metallarbeiter griff der 1. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands im März 1892 in Halberstadt auf. Dieser Kongreß diente zwar in erster Linie der Abgrenzung von den bürgerlich-liberalen Arbeiterorganisationen, die sich gegen die anwachsende sozialdemokratische Bewegung verschworen hatten, er empfahl doch zugleich, Berufsgruppen nach dem Vorbild des Metallarbeiter-Verbandes zu bilden. Der DMV selbst ging in den Jahren 1901 bis 1903 dazu über, Bezirksleitungen aufzubauen. Das Territorium von Deutschland wurde in zehn Bezirke eingeteilt. Als erster galt die Verwaltungsstelle Berlin. Der VI. Bezirk umfaßte Schleswig-Holstein, Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Lübeck und Oldenburg, mit Sitz in Hamburg. (13)

In Bremerhaven tauchte im Zusammenhang mit den Streikkämpfen der Werft- und Hafnarbeiter der Name von Friedrich Peine immer häufiger auf. Als Redner auf Gewerkschaftsversammlungen im „Colloseum“ wurde er einige Male wegen des Verstoßes gegen die „kaiserliche Ordnung“ mit polizeilichen Strafmandaten belegt (14). Die härtesten Bewährungsproben galt es bei den Streikkämpfen zu bestehen. So beispielsweise im Mai 1903, als die Arbeiter auf der Schiffswerft Tecklenborg AG in Geestemünde wegen ihren Forderungen von der Betriebsleitung ausgesperrt wurden. Die Antwort der Arbeiter war Streik! Der Erfolg blieb zweigeteilt. Eine Vereinbarung der Streikleitung mit dem Unternehmer erbrachte für die Streikenden zwar keine Maßregelungen, dafür mußten sie das Zugeständnis machen, auf dem Gelände der Werft keine politische Agitation der Gewerkschaft mehr durchzuführen. Und sie mußten sich zur Akkordarbeit verpflichten. Am Abend versammelten sich die Gewerkschafter im „Colloseum“ und beschlossen: Es sind möglichst viele Arbeiter auf den Werften für die Mitgliedschaft im Metallarbeiter-Verband zu gewinnen. Wir müssen für die künftigen Klassenauseinandersetzungen besser gerüstet sein, Rückhalt und Schutz haben, um den Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes an der Unterweser wirksamer entgegenzutreten zu können (15).

„Aussperrung!“ – das war eine Waffe der Bosse, der sie vertrauten. Sie hofften damit, die Streik- und Solidaritätsfront der Arbeitenden aufbrechen zu können. So war das auch mit Ihrem vergeblichen Versuch einer Aussperrung, als die Werftarbeiter an der Unterweser für Ihre streikenden Kollegen in Flensburg freiwillige Beiträge aufbrachten (16).

Die Geschlossenheit der Arbeiterschaft war also bitter notwendig geworden. Das zeigte sich schon, als es zwei Jahre später erneut zur Arbeitsniederlegung auf den Werften Tecklenborg und Seebeck kam. Die Arbeiter forderten eine Anhebung ihres Stundenlohnes um 10 beziehungsweise 7,5 Prozent (17). Das bedeutete für die Höchstentlohnenten eine Zulage von einem Pfennig pro Stunde, für die Niedrigstverdienenden 2 bis 3 Pfennige (18). Die Arbeitgeber antworteten mit ihrer beliebten Methode der Aussperrung von 2.600 Arbeitern (19). Damit sollten ihre Beschäftigten eingeschüchert und demoralisiert werden. Sie ließen Streikbrecher herbeiholen, um die geschlossene Front der im Ausstand befindlichen Arbeiter zu zerreißeln. Dabei kam es zu handfesten Auseinandersetzungen, als sich einige hundert Arbeiter auf dem Geestemünder Bahnhof versammelten. Mit lautem Protest und Pfiffen wollten sie die eintreffenden Streikbrecher hindern, den Werftarbeitern in den Rücken zu fallen. Unter dem Begleitschutz von Schutzleuten sollten sie weiter zu ihrem Einsatzort gebracht werden. Als die Streikenden sich in den Weg stellten, zogen die Polizisten ihre Säbel blank und machten so den Streikbrechern die Straße frei. Die Empörung der Streikenden steigerte sich und Steine flogen hinterher.

Die Behörden schienen darauf gewartet zu haben. Sie hatten nichts eiligeres zu tun, als schon am nächsten Tag ein umfangreiches „Ermittlungsverfahren“ einzuleiten. Fünfzehn Gewerkschafter wurden als „Rädelsführer“ verhaftet und im Geestemünder Gefängnis hinter

Schloß und Riegel gesetzt. In dem von der bürgerlichen Justiz großinszenierten „Geestemünder Landfriedensprozeß“ sollte ihr Trotz gebrochen werden. Nach einem monströsen Prozeß erhielten zwölf der Eingekerkerten Haftstrafen von mehreren Monaten. Nur drei wurden freigesprochen. Das Urteil rief unter der Arbeiterschaft eine wahre Solidaritätsaktion wach. Eine überfüllte Versammlung aller Gewerkschaftsverbände der Unterweser beschloß im „Colloseum“, nach einer die bürgerliche Klassenjustiz anklagenden Rede von Friedrich Peine und einem weiteren Gewerkschaftsvertreter, aus Solidarität wöchentlich pro Kopf eine Reichsmark für die Angehörigen der Inhaftierten zu spenden. (20) Ein großartiges Beispiel gewerkschaftlicher Verbundenheit in dieser Zeit. Das tat auch dem DMV gut. Bis Oktober 1906 konnte die Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Bremerhaven auf 2.197 anwachsen (21).

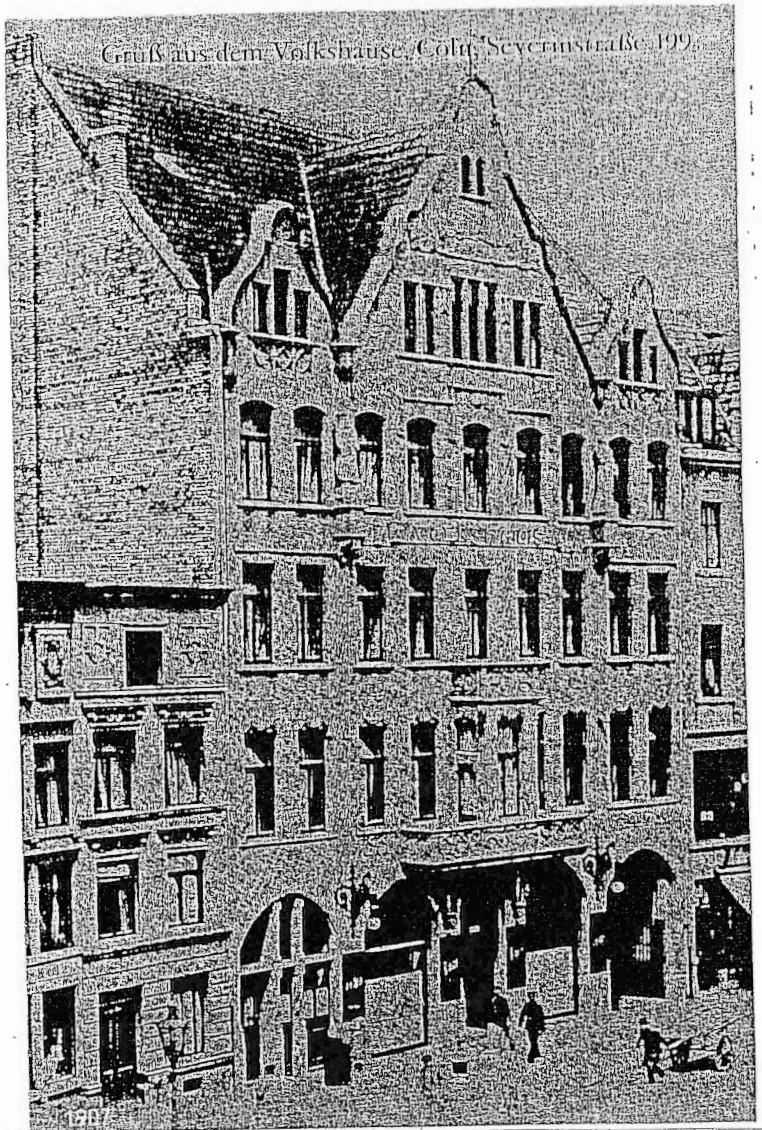
1904 wählten die Arbeitenden an der Unterweser Friedrich Peine in die Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven. Diesen Wahlauftrag übte er bis 1906 aus. Dann legte er sein Abgeordnetenmandat nieder. Er zog mit seiner Familie nach Köln am Rhein. Die offizielle Abmeldung bei der Stadtverwaltung in Bremerhaven erfolgte am 29. September 1906. Zuletzt hatte man im Stadtteil Lehe, in der Langestraße Nummer 8 gewohnt.

Weshalb es ihn samt Familie in die alte ehrwürdige Domstadt zog, konnte bislang nicht ermittelt werden. Auf alle Fälle ist festzustellen, dass Friedrich Peine in Köln eine neue Arbeitsstelle beim DMV angenommen hatte. Die „Metallarbeiter-Zeitung“, ließ am 8. September 1906 unter den „Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen“ für Bremerhaven zum 1. Oktober einen neuen Geschäftsführer suchen. Die Kölner Verwaltungsstelle des DMV hatte ihrerseits schon im August, ebenfalls in der „Metallarbeiter-Zeitung“, nach einem 2. Geschäftsführer, vertraut mit der Kassenverwaltung, und nach einem 3. Geschäftsführer, der agitatorisch tätig sein sollte, Ausschau gehalten (22). Bewerbungsunterlagen seien an den Kommissionsvorsitzenden Otto Becker in Köln-Ehrenfeld, Geißelstraße 84, einzureichen. Wer sich für einen dieser Posten interessiere müsse mindestens seit fünf Jahren Gewerkschaftsmitglied sein und möglichst aus dem Bezirk Köln kommen. Ein jährliches Gehalt von 2.100 bis 3.000 Reichsmark wurde angeboten. Vielleicht war diese angenehmere Bezahlung der Gewerkschaftsfunktion, die Peine nach Köln gelockt hatte. Wie dem auch sei, er bekam diese neue Arbeitsstelle und hatte das Amt des 2. Geschäftsführers zu verantworten.

Die Familie wohnte nun in Köln-Bayenthal, Frankfurter Straße 19 (23). Bayenthal war ein linksrheinischer Vorort, in dem sich verschiedene Metallbetriebe angesiedelt hatten. Für die Familie war Köln ein angenehmer Wohnort. Die rheinische Fröhlichkeit steckte alle Familienmitglieder an und das wunderbare Siebengebirge mit der Burg Drachenfels war mit dem Rheindampfer an manchen Sonntagen bequem zu erreichen.

Als die Familie Peine nach Köln kam, hatte die Stadt eine halbe Million Einwohner. Sie war die größte Stadt in Deutschland. In den 1887 eingemeindeten, streng ländlich bebauten Vororten schossen Eisengießereien und Maschinenfabriken wie Pilze aus einer humusreichen Erde – die Gasmotorenfabrik Deutz, die Vereinigten Stahlwerke von der Zypen und Wissener Eisenhütten AG, die Maschinenbau AG Humboldt, die Ehrenfelder Waggonfabrik, die Eisenbahnwagen- und Maschinenfabrik van der Zypen & Chaliar oder die Kölnische Maschinenbau AG Bayenthal. Im Jahre 1907 hatten die Betriebe der Metallverarbeitung 9.648 und die der Maschinenbauindustrie 14.150 Beschäftigte (24). Durch Kartell- und Syndikatbildungen kristallisierten sich in der Kölner Metallindustrie drei industrielle Schwerpunkte heraus: der Maschinenbau, der Waggonbau und die Elektro- und Kabelindustrie. 1912 existierten in der Stadt 160 Fabrikbetriebe der Metallbranche mit 33.377 Arbeitnehmern (25). Durchschnittlich verdienten die Arbeitenden zu dieser Zeit jährlich 1.384,00 Reichsmark, an Wohnungsmiete waren im Mittelwert 227,10 Reichsmark errechnet worden (26).





Das „Kölner Volkshaus“

Die DMV-Verwaltungsstelle in Köln gehörte zum VII. DMV-Bezirk in Deutschland, der sich mit seinen insgesamt 40.930 Mitgliedern auf die Rheinprovinzen Aachen, Düsseldorf und Köln, die Provinz Westfalen, den Stadt- und Landkreis Osnabrück und das Fürstentum Lippe-Deilmold erstreckte (27). Die Kölner hatten ihren Sitz in dem 1905/1906 erbauten „Volkshaus“ in der Severinstraße 197-199, im Zentrum der Altstadt. Die einzelnen Filialen des DMV von Köln, Ehrenfeld, Nippes, Lindenthal und Deutz sowie die von Kalk, Vingst und Poll hatten sich schon 1903 und 1904 zusammengeschlossen. Die so entstandene größere Verwaltungsstelle wurde in fünf Unterbezirke eingeteilt. Sie bekam im „Volkshaus“ mehrere Büroräume und beschäftigte im Jahre 1907 drei Büro- und drei Agitationsbeamte und weitere vier besoldete Beitragskassierer (28). Allerdings gab es eine sehr starke Fluktuation bei den hauptamtlichen Mitarbeitern. Zwischen 1903 und 1911 war die Hälfte von ihnen aus dem Amt wieder ausgeschieden, was auf die hohen Arbeitsbelastungen zurückgeführt wurde (29). Auch gab es zwischen 1907 und 1909 eine Stagnation in der Mitgliederbewegung des Kölner DMV. Als Peine in Köln anfang, hatte der DMV hier 3.900 Mitglieder. 1907 gab es einen geringen Anstieg auf 4.142, auch 1908 auf 4.195, 1909 dann allerdings ein Zurück auf 4.130 und erst 1910 wieder einen Zuwachs auf 5.165 Mitglieder (30).

Das lag zum einen auch an den erstarkten christlichen Gewerkschaften. In Köln hatten sich das Generalsekretariat des „Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften“ wie auch verschiedene seiner Fach- und Landesverbände angesiedelt. Sie alle hatten zahlreiche Zugänge zu den städtischen Machtzentren, in denen die katholische Großbürgerbewegung des Kölner Erzbischofs und der Kölner Erzbischof ein gewichtiges Wort mitzureden hatten. Allein ein Viertel der organisierten Metallarbeiter der Stadt war in der christlichen Gewerkschaft erfasst (31). Um dem entgegen zu wirken, wurden Schulungen für die DMV-Mitglieder als unbedingt für notwendig angesehen, „um aus jedem freien Gewerkschafter einen Apostel unserer Ideen zu machen“ (32). Die sozialistischen Bildungsangebote im „Volkshaus“ sollten also intensiver genutzt werden. Das schien für Köln auf den ersten Blick partout nicht erforderlich zu sein, denn nach einer Befragung von 2.772 Mitgliedern durch die DMV-Verwaltungsstelle waren immerhin 969 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und 1.628 lasen regelmäßig die täglich erscheinende sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ (33).

Aber es gab in den Gewerkschaften noch ein weiteres Problem, das auf eine Lösung wartete. In der Gewerkschaftsführung, weniger unter der Mitgliedschaft, gab es seit der Jahrhundertwende eine starke Ablehnung des politischen Massenstreiks. Diese neue Taktik im Klassenkampf wurde auf dem Kölner Gewerkschaftskongress 1905 als „verwerflich“ angesehen. Die organisierte Arbeiterschaft müsse solchen Versuchen energisch entgegenreten, die Organisation brauche Stärkung, die Arbeiterbewegung Ruhe. Massenstreik über die Betriebe hinaus, mit gesellschaftspolitischen Forderungen, sei für die Gewerkschaften nicht hilfreich. Derartige Einwände mußten beigelegt werden, wollten die Gewerkschaften ihre Rolle als Vertreterin von Arbeiterinteressen nicht verlieren. Karl Kautsky, einer der wichtigsten Parteitheoretiker jener Zeit, hatte schon, wie Rosa Luxemburg zuvor, auf dem SPD-Parteitag 1903 eine sozialistische Ausrichtung der Gewerkschaften als eine wichtige Aufgabe für die Partei gestellt. Erst mit dem „Mannheimer Abkommen“ zwischen SPD und Gewerkschaften von 1906 bejahte die Gewerkschaftsführung des Gesamtverbandes den Massenstreik, um „Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des politischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, dass die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde“ (34).

Die spezielle Rolle von Friedrich Peine während seiner Kölner Gewerkschaftsarbeit war wenig aufzuhehlen. Auf der Generalversammlung des DMV Köln am 18. Juni und am 10. Juli 1909 entbrannte ein weitläufiger Streit über den Charakter der Feiern zum 1. Mai. Der



Zentrale Verbandstag der Metallarbeitergewerkschaft hatte es abgelehnt, die Arbeiter bei einem Lohnausfall wegen ihrer Teilnahme an Kundgebungen zum 1. Mai finanziell zu unterstützen. Dagegen wehrten sich einige Redner auf der Kölner Generalversammlung. Die Grundidee der Maifeier dürfe nicht berührt werden. Es gehe um den Kampftag der Arbeiter und der werde schließlich für bessere Lebensbedingungen der proletarischen Familien geführt. Peine verteidigte den Beschluß der Zentrale. Bei ihm kam der Finanzverwalter durch. Es müßten gesonderte Fonds zur Unterstützung der Opfer geschaffen werden. Die verfügbaren finanziellen Mittel aus den Mitgliedsbeiträgen seien nicht einmal für das Lösen der gewerkschaftlichen Aufgaben ausreichend (35). Die Einnahmen waren in der Tat äußerst knapp. Das Beitrittsgeld bei der Aufnahme in den DMV lag 1909 bei 50 Pfennigen für Männer und bei 20 Pfennigen für Frauen und Jugendliche. Als monatlicher Mitgliedsbeitrag waren 60 bzw. 25 Pfennige zu zahlen.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte am 26. Mai 1910 einen Finanzüberblick der einzelnen Verwaltungsstellen. Danach hatte der Kölner DMV, für dessen Finanzen Friedrich Peine ja zuständig war, bei seinen 4.130 Mitgliedern im Jahre 1909 Gesamteinnahmen von 114.782,16 Reichsmark, plus 2.000,00 Reichsmark Zuschuß aus der Hauptkasse. Dem standen die Gesamtausgaben von 98.564,59 Reichsmark gegenüber, die sich im wesentlichen aus Umzugsunterstützung, Erwerbslosenhilfe (allein 65.000 RM), Streikunterstützung, Hilfe bei Maßregelungen, Sterbegeld, Rechtsschutz und Agitationsarbeit zusammensetzten. Die Stagnationen in den Mitgliederzahlen wurde allerdings sehr bemängelt. Deren Ursache liege in dem Fehlen der „Macht der Organisation“ und das obwohl der DMV der mächtigste Gewerkschaftsverband von den 54 Verbänden innerhalb der freien Gewerkschaften in Köln war, die insgesamt 17.491 Mitglieder hatten. Die freien Gewerkschaften hätten sich trotz ihrer organisatorischen Schwächen in der Hochburg des Katholizismus durchsetzen können. (36)

Nach dem 1991 herausgegebenen Abriss der hundertjährigen Geschichte der Industriergewerkschaft Metall in Bremen soll Friedrich Peine schon 1908 wieder in den Norden zurückgekehrt sein. Dieses Mal nach Bremen, um auch hier eine Stelle als Kassierer bei der DMV-Verwaltungsstelle anzutreten. Er soll den Schlosser Fritz Jänisch abgelöst haben, als dieser zum Arbeitersekretär gewählt wurde. (37) Das stimmt so nicht. Hier sind die Jahre verwechselt worden, denn Peine wirkte ja, wie wir gelesen haben, im Sommer 1909 noch in Köln. Eindeutiger Beleg für die Aufnahme seiner Tätigkeit in Bremen für das Jahr 1910 findet sich wiederum in der „Metallarbeiter-Zeitung“. Am 30. Oktober 1909 suchte die DMV-Verwaltungsstelle Bremen einen „Geschäftsführer, der besonders mit den Kassengeschäften vertraut sein muß“. Peine bewarb sich, denn am 4. Dezember 1909 berichtete die gleiche Zeitung, „daß Kollege Fr. Peine (Köln) gewählt worden ist“. Köln annoncierte am 18. Dezember 1909 für einen neuen Geschäftsführer zum 1. Januar 1910. Damit dürfte auch die Behauptung von W.H. Schröder widerlegt sein, der schreibt, Peine sei von 1903 bis 1912 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär in Bremen gewesen. Außerdem hatte die Familie erst 1910 einen Wohnsitz in Bremen und zwar in der Mitte der Stadt, Geeren 6-8 (38). Es waren nur wenige Schritte bis zur Weser und zum Hafen.

Die Hansestadt Bremen war ein Zentrum des deutschen Flottenaufrüstungsprogramms. Deutschland wollte Weltmacht werden. Kaiser Wilhelm II. kam persönlich zum Taufakt seiner Kriegsschiffe nach Bremen. Aber zugleich hatten sich Bremen und die anderen Orte an der Unterweser seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts neben Hamburg zu einer geballten Kraft der Hafen- und Werftarbeiterbewegung entwickelt. Das Industrieviertel war beiderseits der Weser flußauf und flußabwärts entstanden. Schon im 12. Jahrhundert hatte die Stadt Seehandel bis ins Mittelmeer geführt, war hundert Jahre danach dem Bündnis der Hanse-

**Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.**  
**Berlin** (Feilenhauer). Umschauen und Anfragen nach Arbeit ist nicht gestattet. Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt bei R. Lue. N.W., Siedingstr. 54, Du. 3. Sprechzeit von 6 1/2 bis 8 Uhr abends. — Zahlung des Sozialgebührens bei Sprechzeit von 6 1/2 bis 8 Uhr abends.  
**Bremen**. Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zum baldigen Antritt ein **Geschäftsführer**, der besonders mit den Kassengeschäften vertraut sein muß, gesucht. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen der Münchener Generalversammlung. Zur Bewerbung zugelassen sind nur Kollegen, die mindestens fünf Jahre unserer Organisation angehören. Aus der Organisation muß Alter, Beruf, Dauer der Organisationszugehörigkeit sowie die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen. Außerdem ist eine Probearbeit über die Aufgaben eines Geschäftsführers unserer Organisation, der Bewerbung beizufügen. Die Bewerbungen sind bis zum 8. November in verschlossenem Kuvert mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen; an Karl Behle, Bremen, Faulenstraße 58/60, einzuliefern.  
**München** (Feilenarbeiter). Der Kollege L. Haglmaier, Edlingerstraße 8, 2. Sprechzeit: Mittags 12 bis 1 Uhr, abends 7 bis 8 Uhr.

**Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.**  
**Hopda**. (Feilenhauer). Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Vorwärts. Dasselbst wird auch das Geschenk ausbezahlt.  
**Berlin**. Vertrauensleutenkonferenz Metalldreher. Montag, 6. Dez., abends 6 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.  
**Bielefeld**. (Feilenhauer). Das Umschauen in Bielefeld, Brachweg und Schloß Holte ist streng verboten. Arbeitsnachweis im Bureau. Zumiderhandelnden wird das Gesuchte entzogen.  
**Bremen**. Den Bewerbern um die hiesige Geschäftsführerstelle zur Nachricht, daß der Kollege Fr. Peine (Köln) gewählt worden ist. Den übrigen Bewerbern besten Dank.  
**Chemnitz**. (Metallarbeiter der Schmiedmetallbranche.) Samstag 11. Dezember, im Volkshaus.  
**Öppingen**. Das Geschäftszimmer ist Sonntags geschlossen.  
**Winden**. Der Kassierer Heinrich ... wohnt Kampstr. 25. —



städte beigetreten und hatte 1806 die volle Unabhängigkeit als Freistaat erlangt. Mit dem Aufschwung des Großhandels wuchs auch der Schiffsbau rapide an. Werften wie die Bremer Vulkan AG, die Atlas-Werke und die Weser AG bekamen Weltruf. Die alte traditionsreiche Hansestadt war schon damals eine weltoffene Metropole des Handels und der Industrie.

In Bremen hatten in der sozialdemokratischen Bewegung bereits zwei später sehr bedeutend werdende Persönlichkeiten gewirkt. Beide waren sie auf ihrer Wanderschaft als Handwerkerburschen in Bremen „hängengeblieben“. Der eine wurde Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Reichspräsident der Weimarer Republik, der andere Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands und Staatspräsident der Deutschen Demokratischen Republik. Sie gingen recht unterschiedliche politische Wege in der deutschen Arbeiterbewegung.

Der aus Heidelberg am Neckar stammende Sattler Friedrich Ebert (1871-1925) war von 1891 bis 1905 zeitweise Vorsitzender des sozialdemokratischen Ortsvereins in Bremen und von 1900 bis 1905 Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft gewesen. Er verkörperte mit Hermann Müller den reformistischen Flügel in der Bremer Sozialdemokratie. Auf dem Jenaer Parteitag 1905 war er in den Parteivorstand der SPD nach Berlin und 1912 in den Deutschen Reichstag gewählt worden. Er war Verfechter der den Ersten Weltkrieg bejahenden „Bürgerfriedenspolitik“ und des bürgerlichen Parlamentarismus. In der Novemberrevolution 1918 avancierte er zum Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten und 1920 schließlich bis zu seinem Tode zum Reichspräsidenten. (39)

Der aus Guben an der Neiße kommende Tischler Wilhelm Pieck (1876-1960) saß von 1905 bis 1910 als Abgeordneter in der Bremer Bürgerschaft und war von 1906 bis 1910 hauptamtlicher Sekretär der Bremer SPD gewesen. Auch er verließ die Hansestadt wieder. Im April 1910 wurde er als Sekretär der Zentralen Parteischule der SPD nach Berlin berufen. Er hatte sich dem radikaleren Flügel in der Bremer SPD um Alfred Henke, dem verantwortlichen Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, angeschlossen und gehörte im Ersten Weltkrieg an der Seite von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu den Linken, die für ein Ende des Völkermordens und den Sturz der kaiserlichen Monarchie wirkten. Er vertrat den Rätegedanken in der Novemberrevolution, war an der Jahreswende 1918/1919 Mitbegründer der KPD, wurde Abgeordneter des Deutschen Reichstages, agierte im Exil gegen die Gewaltherrschaft des Nazisystems, stand an der Spitze von KPD und SED und wurde schließlich im Jahre 1949 Staatspräsident der DDR. (40)

Beide hatten sie in der Bremer Arbeiterbewegung tiefe politische Spuren hinterlassen. Welchen Weg Friedrich Peine gehen würde, war noch nicht ganz gewiß, obwohl er in Ebert sein politisches Vorbild sah. Zunächst blieb er der Gewerkschaftsbewegung treu. Die Verwaltungsstelle des DMV in Bremen hatte im Oktober 1906 3.242 Mitglieder (41). Der Gewerkschaftsverband war, wie anderswo auch, eine reine Männerorganisation. Nur wenige Frauen fanden in der Metallindustrie Arbeit. So gab es 1909 im Bremer DMV nur 14 weibliche Mitglieder, 1910 dann schon 105 und 1913 gar 146. Die Verwaltungsstelle hatte 1912 acht besoldete Funktionäre (42). Auch hier war eine starke Fluktuation spürbar, wobei die Kassierer seltener wechselten.

Friedrich Peine erlebte im Sommer 1910 den bis dahin größten Streik der Werftarbeiter an der Nord- und Ostseeküste. Schon 1908 hatte der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit den anderen Gewerkschaften gegenüber den Werftindustriellen in Bremen, Hamburg, den Orten an der Unterweser, Kiel und Lübeck durchsetzen können, dass die Wochenarbeitszeit von 57 auf 56 Stunden herabgestuft werden konnte (43)

Nun trafen sich die Gewerkschaftsvertreter erneut am 10. Juli 1910 in Hamburg. Auf dieser Konferenz waren Vertraute von den Schiffswerften in Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Hamburg, Kiel, Lübeck, Rostock, Stettin und Vegesau anwesend. Sie unterbreiteten den Werftbesitzern ein Angebot zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die auf den Werften beschäftigten Arbeiter. Die Forderungen schienen für die Unternehmer ein harter Brocken zu sein: Arbeitszeit täglich neun Stunden, am Samstag acht Stunden und damit eine 53-Stundenwoche; an den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr je zwei Stunden früher Feierabend; Bildung von Arbeiterausschüssen als eine gewisse Vermittlungsinstanz zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft des Betriebes; Lohnauszahlung wöchentlich und zwar Freitags vor Arbeitsschluß; Umrechnung der bisherigen Wochenlöhne auf 53 Stunden, zusätzlich erhöht um ein Prozent (44). Wie zu erwarten, lehnte der Verein Deutscher Schiffswerften am 25. Juli den Vorschlag der Gewerkschaften ab. Damit war ein Streik vorprogrammiert. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller stellte sich erwartungsgemäß auf die Seite der Werftbesitzer. Die Fronten waren klar.

Am 3. August setzte der Streikkampf mit voller Wucht ein (45). Auf den Bremer Werften standen vierzehn Tage später 2.373 Werftarbeiter im Ausstand; 22.112 waren es entlang der Nord- und Ostseeküste (46). Auf 30.000 sollte die Streikfront anwachsen. Die Unternehmer antworteten mit Aussperrung. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ berichtete, dass allerorten versucht wurde, Streikbrecher anzuwerben. Es sei deshalb notwendig, schrieb die Zeitung, „den Agenten überall das Handwerk“ zu legen.

Ende August zogen mehr als dreitausend ausgesperrte und streikende Werftarbeiter in einem Demonstrationzug durch die Innenstadt von Bremen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen (47). In zahlreichen anderen Städten kam es zu Solidaritätskundgebungen der Metallarbeiter, so unter anderem in Augsburg, Braunschweig, Breslau, Essen, Frankfurt am Main, Ingolstadt, Kiel, Köln, München, Neumünster, Rostock, Stuttgart und Zwickau. Der nun schon seit Wochen geführte Streik erschütterte die deutsche Schiffsbauindustrie und versetzte der Flottenausrüstung einen äußerst empfindlichen Schlag. Deshalb lenkten die Unternehmer am 8. Oktober ein. Sie erklärten sich zu Teilzugeständnissen bereit. Aber auch die Gewerkschaftsbürokratie war zu Kompromissen geneigt. Massenstreik als Mittel der Klasseauseinandersetzung war fremd ihr geblieben. Da die Unternehmerverbände sich aber zunächst noch weigerten, alle ausgesperrten Arbeiter wieder einzustellen, wurde der Ausstand fortgeführt. Erst am 15. Oktober kam eine Einigung zustande, die allerdings erst ab 1. Januar 1911 wirksam werden sollte: Wöchentliche Arbeitszeit 55 bzw. 56 Stunden (48); Ausgleich von einem Pfennig auf den Stundenlohn, Lohnerhöhung um zwei Pfennige; Überstundenarbeit mit 25 Prozent Vergütung, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit mit 50 Prozent; Lohnauszahlung wöchentlich am Freitag; Bildung von Arbeiterausschüssen auf allen Werften (49).

Es war wohl der bedeutendste Streik der Werftarbeiter seit dem Bestehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (50). Er verhalf dem DMV zu weiterem Ansehen unter der Arbeiterschaft und förderte die politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten seiner Mitglieder. Sie stritten, um ihren eigenen Forderungen deutschlandweit Anspruch zu verleihen. Das stärkte ihr Selbstbewußtsein gegenüber dem kapitalistischen System. Neue Mitglieder stießen zum DMV. Friedrich Peine hatte als geschäftsführender Kassenwart der DMV-Verwaltungsstelle Bremen in diesen Streiktagen alle Hände voll zu tun, um die im Ausstand stehenden Arbeiter finanziell zu unterstützen. Hatte der DMV in Bremen im Jahre 1910 4.321 Mitglieder (51), so waren es 1911 schon 5.095 (52). Es gab aber bereits von linken Kräften in der Bremer Partei harsche Kritik an der sich breit machenden Gewerkschaftsbürokratie. „Die Beamtenschaften (haben) sich zu Bürokraten entwickelt, die sich der Arbeitermasse entfremdet und sich immer mehr Macht anreißt“ (53), hieß es da.



Friedrich Peine blieb nur noch zwei Jahre lang der Gewerkschaft ein treuer Funktionär. Die DMV-Verwaltungsstelle Bremen suchte in der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 3. August 1912 einen „Beamten zur Führung des Kassengeschäfts und der Agitation“ und nochmals am 21. September in der gleichen Zeitung einen „Bureaubeamten“ zum 1. November. Es muß wohl eilig mit der Wiederbesetzung dieser Funktion gewesen sein, denn schon am 26. Oktober 1912 wurde vermeldet, ein Kollege Simon aus Bremen sei angenommen worden. Es ist also anzunehmen, dass Peine zu diesem Zeitpunkt ein neues Betätigungsfeld beschritt; er wechselte also noch im Jahre 1912, als hauptamtlicher Genossenschaftssekretär zur Konsum-Genossenschaft „Vorwärts“ für Bremen und Umgebung e.G.m.b.H.

Auch über diesen Wechsel seiner Arbeitsstelle gab es bislang ungenaue Angaben. Bei W.H. Schröder war er seit 1912 Sekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, der seinen Sitz in Bremen gehabt haben soll. In der Geschichte der IG Metall Bremen ist zu lesen, dass er als Genossenschaftssekretär zur KG „Vorwärts“ in Bremen ging, allerdings irrtümlich bereits ein Jahr zuvor (54). H. Voßke machte ihn gar zu einem „Mitbegründer der Konsumgenossenschaft“ (55).

Wie sah es also mit Peine und den Konsum-Genossenschaften in Wirklichkeit aus? Mit dem Aufschwung der organisierten Arbeiterschaft am Ende des 19. Jahrhunderts waren in Deutschland zahlreiche lokale Konsumvereine entstanden. Sie machten es sich zur Aufgabe, ihre Mitglieder, zumeist Proletarierfamilien, mit preiswerteren Waren des täglichen Bedarfs zu versorgen. Am 17./18. Mai 1903 war es auf dem 1. Genossenschaftstag der deutschen Konsumvereine in Dresden zur Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine gekommen. Der Zentralverband hatte von Anfang an seinen ständigen Sitz in Hamburg. Für die Mitglieder erschien die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“. Der Zentralverband war in territoriale Großverbände unterteilt.

Wie in der Gewerkschaftsbewegung, so war nun auch in der Genossenschaftsbewegung eine Konzentration der proletarischen Kräfte unter der Obhut der Sozialdemokratie gesichert. Die Sozialdemokratische Partei übte in der Arbeiterbewegung einen mächtigen Einfluß aus; neben dem eigenen Organisationsapparat, ihren Bildungs- und Jugendausschüssen, auch auf ein weitverzweigtes Netz von Arbeiterorganisationen, wie den Gewerkschaften, den Arbeitersportvereinen, den Arbeitergesangsvereinen und den Genossenschaften. Der Ertrag war reichlich. Bei den Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 ging die SPD als stärkste politische Kraft in Deutschland hervor. Sie schickte 110 Abgeordnete in den Deutschen Reichstag, gefolgt vom Zentrum mit 91, der Nationalliberalen Partei mit 45, der Deutschkonservativen Partei mit 43, der Fortschrittlichen Volkspartei mit 42 und der Deutschen Reichspartei mit 14 Abgeordneten (56). Jeder dritte Wähler hatte der Sozialdemokratie seine Stimme gegeben. Angesichts eines solchen Erfolges verbreiteten sich in der Arbeiterschaft Illusionen über die Möglichkeit, allein durch den parlamentarischen Kampf zum Sozialismus gelangen zu können.

Kommen wir zurück zur Konsum-Genossenschaft „Vorwärts“ in Bremen. Sie war 1906 gegründet worden, geleitet von einem dreiköpfigen Vorstand. Der Jahresbericht für das Jahr 1913 wies 12.414 Mitglieder aus. Die KG besaß 27 Verkaufsstellen und ein Zentrallager. Seit 1912 gab es eine Eigenproduktion von Backwaren, Mineralwasser sowie eine Schrotrei. 14 männliche Arbeitskräfte waren mit der Warenherstellung und 147, darunter 85 weibliche, mit der Warenverteilung beschäftigt. Der Warenumsatz belief sich auf 1.097.792 Reichsmark, der Bankumsatz auf 4.240.481 RM. (57)

Die KG Bremen gehörte zum Verband norddeutscher Konsumvereine und Konsumgenossenschaften, ebenfalls mit Sitz in Hamburg. 1913 vereinte dieser Großverband 169 Konsumvereine mit 892 Verkaufsstellen und 290.206 Mitgliedern. Er umfaßte die Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und Westfalen (Ost), die Großherzogtümer Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, das Herzogtum Braunschweig, die Fürstentümer Schaumburg-Lippe und Lippe-Deilmold sowie die Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen. In den Tagen vom 14. bis zum 16. Juni 1914 nahm Friedrich Peine am 11. Ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine teil, der diesmal in Bremen stattfand. Er war einer der dreizehn Bremer Delegierten, welche die 13.474 Mitglieder der KG „Vorwärts“ vertraten. (58)

Noch vor Beginn des Ersten Weltkrieges spitzten sich die politischen Differenzen in der Bremer Arbeiterbewegung zu. Am 28. Juli 1914 waren, wie in anderen deutschen Städten auch in der Hansestadt zehntausend Bürger dem Aufruf des Parteivorstandes der SPD zu einer Antikriegskundgebung gefolgt (59). Aber schon wenige Tage später, nach dem Ausbruch des Krieges, schwankte die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion um. Sie stimmte der Kriegskreditvorlage der kaiserlichen Regierung zu. In der Stunde der Gefahr wollte man das eigene Vaterland nicht im Stich lassen, hieß es in der heuchlerischen Verkündung. Der Parteivorstand der SPD und die Generalkommission der Gewerkschaften riefen am 6. August ihre Mitglieder auf, den Krieg zu unterstützen. Nichts war von den Beschlüssen der internationalen sozialistischen Konferenzen in Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910 und Basel 1912 zum Krieg übrig geblieben. So mußte auch Friedrich Peine von 1915 bis 1917 als Soldat in den Krieg marschieren: Für Gott, Kaiser und das Vaterland! (60) Er hatte noch im Juni 1914 im Auftrag der 13.472 Mitglieder der KG „Vorwärts“ als Delegierter an dem 12. Ordentlichen Genossenschaftstag in Frankfurt am Main teilnehmen können (61). Nun mußte er an der deutsch-russischen Front die Schrecken des scheußlichen Krieges miterleben.

Im Kriegswinter 1916/1917 verschlechterte sich nicht nur die Situation der deutschen Truppen an den Fronten, sondern auch die Lebenslage der Bevölkerung daheim. Der „Kohlrübenwinter“ forderte seine Opfer. Im Frühjahr 1917 kam es in Bremen wie auch in anderen deutschen Städten zu Lebensmittelunruhen. Ein Radikalisierungsprozeß war nicht mehr aufzuhalten. In den konträren Auseinandersetzungen über den Krieg bekamen in der Hansestadt linke Strömungen Zulauf. Im April 1917 trennte sich ein Teil der Mitgliedschaft von der SPD und gründete eine Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), die auf Distanz zur Reformpolitik der Sozialdemokratie ging. Noch weiter links formierten sich die Bremer Linksradikalen, die sich den Ideen von Liebknecht und Luxemburg nahe fühlten. Im Juni 1917 kam es unter den Matrosen und Heizern auf mehreren Schiffen der deutschen Kriegsflotte zu Hungerstreiks und zur Verweigerung des Gehorsams bis hin zur Dienstmißachtung. Sie hatten das Völkermorden satt! Friedrich Ebert, der Vorsitzende der SPD, bezeichnete die aufrührerische Matrosenbewegung als „krassen Landesverrat“. Ihre Anführer Albin Köbis und Max Reichpietsch wurden in der Wahner Heide bei Köln standrechtlich erschossen.

Friedrich Peine, der nach seiner Entlassung als Soldat wieder als Genossenschaftssekretär bei der Konsum-Genossenschaft „Vorwärts“ arbeitete, nahm noch während des Krieges am 17. und 18. Juni 1918 an dem 15. Ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes in Köln als Bremer Delegierter teil (62). Die Kriegsstimmung lag völlig darnieder. Eine Massenbewegung zu seiner Beendigung schien nicht mehr aufzuhalten zu sein. Die Versorgung der Bevölkerung war nicht aufrecht zu erhalten. Es hatte sich eine Antikriegsstimmung breit gemacht, die schnell zu einer revolutionären Lunte wurde. In Kiel begannen Anfang November 1918 bewaffnete Matrosen und Werftarbeiter mit dem Aufstand. Schluß mit dem Krieg!



lautete ihre Parole; die sich in wenigen Tagen zügig über weite Gebiete Deutschlands legte. Revolution! Dieses Wort ging für die kaiserlichen Machthaber und den sie unterstützenden Reformflügel der Sozialdemokratischen Partei wie ein Gespenst um, das Realität werden sollte. In Berlin, der deutschen Hauptstadt, dankte der Kaiser Wilhelm II. ab. Philipp Scheinmann von den Reformsozialisten verkündete vom Reichstagsgebäude die „freie deutsche Republik“, Karl Liebknecht vom Spartakusbund die „freie sozialistische Republik“ vom Balkon des Stadtschlosses. Demokratische Rechte und Freiheiten erkämpften sich die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen. Ein Rat der Volksbeauftragten aus Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten übernahm die Macht. (63)

In Bremen waren am 6. November 1918 Kieler Matrosen eingetroffen. Am Abend vereinigten sich Matrosen der im Hafen liegenden Kriegsschiffe, Soldaten der Garnison und Arbeiter der Weser-Werfte, der Atlas-Werke, der Otwi-Betriebe und der Hansa-Lloyd-Werke zu einer Massendemonstration. Die Arbeiter legten ihre Arbeit nieder. Es wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der die Übernahme der Macht, den Sturz der kapitalistischen Staatsordnung und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft forderte. Am 14. November setzte der Arbeiter- und Soldatenrat den Senat ab, säuberte die Polizei von kaiserlichen Elementen und bildete bewaffnete Rote Garden. Einen Tag später wurde für den Freistaat Bremen die Republik ausgerufen. Am 19. November schließlich sprach sich eine Versammlung des ASR gegen die Einberufung einer Nationalversammlung und für einen Rätekongreß aus. (64)

Die SPD versuchte vergebens sich den revolutionären Aktionen zu widersetzen. Friedrich Peine gehörte einer Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates an, die eine Zusammenarbeit zwischen den neuen und den alten Gewalten ausloten sollte. Nach seiner Auffassung fehlten dem ASR Männer mit praktischen Erfahrungen. „Praktiker“ müßten zu Rate gezogen werden, wo dies möglich sei. Er war für einen „versöhnlichen“ Gemeinsinn. Der Senat und die Bürgerschaft seien dazu da, nicht um „die politische Macht zu erlangen“, sondern um „die Staatsmaschine in Gang zu halten“. Der Arbeiter- und Soldatenrat lehnte am 9. Dezember einen sozialdemokratisch bestimmten Antrag ab, Senat und Bürgerschaft als gesetzgebende Körperschaft unter dem Vetorecht des ASR wieder einzusetzen. Peine hatte diesen Antrag mit dem befriedenden Argument begründet, das würde eine klare Entscheidung zum bürgerlichen Parlamentarismus und zum Räte-system sein. Der ASR ließ sich darauf nicht ein und verbot zudem Bekundungen für den Senat und die Nationalversammlung.

In der verwirrenden Situation der Januartage 1919 kam auch es in Bremen erneut zu Unruhen. Am 10. Januar hatte ein Rat der Volkskommissare, bestehend aus Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokraten, der KPD und des Soldatenrates, die „Sozialistische Republik Bremen“ ausgerufen. Der Rat verhängte Standgerichte, entwaffnete unliebsame Kräfte und erließ eine Zensur für die bürgerliche Presse. Arbeiter wurden zum Räte-republik bewaffnet. Die Arbeiter- und Soldatenräte im übrigen Deutschland wurden aufgefordert, die revolutionären Berliner Arbeiter, Soldaten und Matrosen in ihrem Kampf zu unterstützen. Der Spartakusaufstand in Berlin stieß allerdings auf den heftigsten Widerstand der von dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske befehligten Regierungstruppen und wurde blutig niedergemetzelt. Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann auch die Bremer Räterepublik beseitigt werden würde. Am 4. Februar drangen regierungstreue Truppen der Marine-Brigade Gerstenberg in Bremen ein und schlugen die sozialistische Republik nieder. Es gab zahlreiche Verhaftungen. Die 29 durch das Militär ermordeten Opfer wurden auf dem Waller Friedhof beigesetzt. Auf dem Gräberfeld wurde im Juni 1922, dank der Spenden aus der Arbeiterschaft, den Verteidigern der Räterepublik ein würdiges Denkmal gesetzt (65).

In den Wirren der Januartage hatte Friedrich Peine vergeblich versucht, am 19. Januar in die deutsche Nationalversammlung gewählt zu werden. Seine Kandidatur im Wahlkreis 37 Hamburg-Bremen fiel durch. (66) Nach der Niederwerfung der Räterepublik bot sich ihm ein zweiter Anlauf, diesmal für die Nationalversammlung des Freistaates Bremen. Der Wahlkommissar machte am 13. Februar 1919 die zugelassenen Wahlvorschläge der Parteien und Bürgerinitiativen bekannt. Danach stand „Friedrich Peine, Genossenschaftssekretär, Geeren 6-8“ als 37. auf der Kandidatenliste der SPD. Diesmal wurde er im März 1919 gewählt. Er gehörte zu den 67 gewählten Abgeordneten der SPD. Auf die Kontrahenten entfielen: 38 Mandate für die USPD, 15 für die KPD, 39 für die Demokratische Partei, 27 für Rechtsparteien, 3 für die Christliche Volkspartei, 9 für die Liste des Kleinhandels und 2 für die Bürgerinitiative der Angestellten. (67)

In der Bremer Nationalversammlung gab es gravierende unterschiedliche Auffassungen in der Frage der Räte-macht und der bürgerlichen Demokratie zwischen der SPD und den beiden linken Parteien USPD und KPD. Peine erwies sich als ein Streiter für eine parlamentarische Demokratie. Auf der Sitzung der Nationalversammlung am 26. April 1919 rechnete er mit dem seiner Meinung nach veranstalteten „Rätespuk“ ab. Für ihn war mit den Wahlen zur Nationalversammlung der Weimarer Republik „die Frage des Rechts- und Machtzustandes im deutschen Reich entschieden“ worden. Eine Veränderung dieser Verhältnisse auf demokratischer Grundlage sei der einzig richtige Weg zum Sozialismus. Das sei schon das Ziel der Sozialisten in der vorrevolutionären Zeit gewesen. Demokratie, das sei die „höhere Kultur“, die Rätebewegung dagegen ihre Unterdrückung, da sie „das Tier im Menschen, die Bestie“ erwecke. Die Räterepublik habe „nur zerstört und nichts aufgebaut“. Sie sei „ein Unfug“ gewesen, da ihr die staatsmännische Weisheit gefehlt habe. Er verteidigte ihre Niederschlagung, denn „die Reichsregierung ... konnte einer Bewegung, die der Gesamtheit schadet, selbstverständlich nicht gleichgültig zusehen“. Er setzte große Hoffnung auf die von seiner Parteiführung proklamierte „Sozialisierungspolitik“. Er rühmte sich, selbst verhindert zu haben, dass sich die aufständischen Ereignisse im Januar nicht bis nach Bremerhaven ausgebreitet hätten. (68)

Auf der Sitzung der Bremer Nationalversammlung am 23. Mai 1919 sprach er sich für eine Sozialisierung aus, wenn sie Verbesserungen gegenüber dem Bestehenden erbringe. So war für ihn die Kommunalisierung der Straßenbahn schon ein Schritt auf dem Wege zum Sozialismus (69). Am 30. Mai lehnte er im Namen seiner Fraktion den von USPD und KPD eingebrachten Antrag auf Aufhebung des von den Noske-Truppen verhängten Belagerungszustandes ab (70). Er sagte dazu: „Wenn in einer Revolution jemand die Macht und Gewalt einer Minderheit entreißt und diese nach der Wahl zur Nationalversammlung in die Hände der Demokratie zurückgibt, so ist das ein ganz anderes Entfängen, als wenn man der Demokratie die Macht entreißt und sie einer Minderheit geben will.“ Die Demokratie würde zu einer Farce werden, wolle man nun die Gefangenen entlassen, die diesen Unterschied nicht begriffen hätten. „Wir dürfen nicht selbst gegen die Lebensbedingungen des Staates verstoßen“, war sein ablehnendes Argument. Und er fügte hinzu: „Ich habe mich zum Sozialismus bekannt.“ (71)

Als Genossenschaftssekretär der Konsum-Genossenschaft „Vorwärts“ kam Peine allerdings in Gewissenskonflikt. Auf dem 34. Ordentlichen Verbandstag des Verbandes der norddeutschen Konsumvereine am 18. Mai 1919 im Bremerhavener „Tivoli“ brachte er mit drei weiteren Bremer Delegierten eine Resolution ein, der Verbandstag solle Protest erheben gegen „die Stilllegung des Gaswerks, die Absperrung des Wasserwerks sowie die Schließung der Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft 'Vorwärts', die es den Mitgliedern derselben un-

möglich machten, Lebensmittel zu erhalten und die noch vorhandenen Lebensmittel zuzubereiten." Diese Maßnahmen, hervorgerufen durch den noch andauernden Belagerungszustand in der Stadt, würden „Leben und Gesundheit der Bevölkerung schwer bedrohen und ferner die Genossenschaft in Ausübung ihrer Aufgabe, die Verteilung der Lebensmittel an die Mitglieder vorzunehmen, hindern.“ (72)

Resolution.

Der Verbandstag nimmt Kenntnis von der Tatsache, daß in Bremen Stilllegung des Gaswerks, die Absperrung des Wasserwerks sowie die Schließung der Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ es den Mitgliedern derselben unmöglich machten, Lebensmittel zu erhalten und die noch vorhandenen Lebensmittel zuzubereiten.

Der Verbandstag protestiert gegen solche Maßnahmen, von welcher Seite sie auch verfügt und durchgeführt werden, weil dieselben Leben und Gesundheit der Bevölkerung schwer bedrohen und ferner die Genossenschaft in der Ausübung ihrer Aufgabe, die Verteilung der Lebensmittel an die Mitglieder vorzunehmen, hindern.

Peine. Lebden. A. Rnust. Geiger.

Vom 10. bis 15. Juni 1919 weilte Friedrich Peine im thüringischen Städtchen Weimar. Er war als Delegierter der Bremer Sozialdemokraten zum Parteitag der SPD geschickt worden. Der Parteitag schätzte die Ergebnisse der Novemberrevolution von 1918 als alleinigen Erfolg der Sozialdemokratischen Partei ein. Peine fühlte sich bestätigt in seiner Auffassung, durch die Gewinnung der parlamentarischen Mehrheit sei es möglich zum Sozialismus zu gelangen. In späteren Jahren, 1924 und 1929, war als Reichstagsabgeordneter auf den Parteitagen in Berlin und Magdeburg anwesend. (73)

Im Spätsommer kündigte er seinen Broterwerb bei der Konsum-Genossenschaft „Vorwärts“ in Bremen. Er diente ab September als Referent im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin. Es ist anzunehmen, das er auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens tätig war und das wohl für mehrere Jahre und nicht nur bis zum Juni 1920 wie W.H. Schröder schreibt. Denn er war auf dem 18. Ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine vom 13. bis zum 15. Juni 1921 in Baden-Baden als Gast zugegen. In der Liste der Teilnehmer an diesem Kongreß wird er als Vertreter des Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgewiesen (74). Beim 19. Genossenschaftstag im Juni 1922 in Eisenach ist er als „F. Peine (Berlin)“ unter den teilnehmenden Gästen aus Genossenschaftsverbänden und Genossenschaften zu finden (75). Er ist kein Delegierter aus Bremen. Der Wohnsitz der Familie blieb weiterhin Bremen, Geeren 6-8.

Friedrich Peine hatte Pläne, noch mehr in die große Politik einzusteigen. Dazu sollte sich bald Gelegenheit bieten. Im Juni 1920 standen Reichstagswahlen vor der Tür. Anknüpfend an die kaiserliche Epoche sollte der Reichstag die schon in der bürgerlichen Revolution von 1848/1849 improvisierte Nationalversammlung wieder ablösen. Friedrich Peine wurde für die SPD im 17. Wahlkreis Hannover-Ost als Kandidat nominiert, nicht wie Fritz Thienst glaubt für die Unterweserorte. (76) Offensichtlich fiel die Nominierung auf Niedersachsen, weil hier womöglich die bessere Chance auf eine Wahl in den Deutschen Reichstag gegeben war. Und in der Tat war es so. Er wurde gewählt und zog als Abgeordneter in das höchste deutsche Parlament ein. Sein Abgeordnetenmandat behielt er in diesem Wahlkreis – ab 1925 war es der 15. Wahlkreis –, der die Regierungsbezirke Stade und Lüneburg umfaße, bis zum Verbot der Sozialdemokratischen Partei durch das Naziregime im Juni 1933. Siebenmal wurden die Wähler von 1920 bis 1933 zur Wahlurne gerufen, um die Abgeordneten – und somit auch Peine – für den Deutschen Reichstag zu wählen.

Im Reichstag meldete sich Friedrich Peine im Namen seiner Partei mehrere Male zu Fragen des Steuer- und Genossenschaftswesens zu Wort. Im Juni 1929 prangerte er in diesem Hohen Haus die Maßregelung eines Lehrers durch die Schulbehörde an. Der alleinige Grund war, dass ein Konsumverein in Pommern ihn zum Geschäftsführer und Vorstandsmitglied gewählt hatte, was für die republikanische Behörde einem Verstoß gegen die geltende Erziehungsmoral gleichkam (77).

Am 22. Februar 1924 war es zur Gründung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ gekommen. Der Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer war von der SPD, der DDP und der Zentrumspartei als Wehrorganisation zum „Schutz der Republik und der republikanischen Verfassung“ gebildet worden, als Ausdruck der Stimmung großer Teile der Bevölkerung gegen den verstärkt zunehmenden Terror faschistischer und monarchistischer Verbände. Der Reichsbanner sollte vor allem Saalschutz bei republikanischen Veranstaltungen übernehmen, stand aber bald unter dem völligen Einfluß der SPD. In Bremerhaven beging am 22. November 1924 der Reichsbanner Unterweser in Liehe sein Gründungsfest: Beide Säle im „Tivoli“ waren überfüllt. Redner waren ein gewisser Polizeioberst Georges aus Hamburg und Friedrich Peine als Reichstagsabgeordneter aus Berlin (78).

Vom 14. Bis 16. Juni 1926 fand in München im großen Saal des „Löwenbräu“ der 23. Ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine statt. Im Protokoll taucht der Name von Friedrich Peine nach 1922 erstmals wieder auf. Er wird als „Beamter des Zentralverbandes“ betitelt (79). Er war einer der Genossenschaftssekretäre der Hamburger Zentrale geworden, die eigentlich zuständig waren für die propagandistische Arbeit und für den Verkehr mit den Mitgliedern. Peine hatte als einziger seinen Arbeitsplatz nicht in Hamburg. Er wird als Berliner ausgegeben und es ist anzunehmen, dass er als Reichstagsabgeordneter ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Zentralverband und der parlamentarischen Bühne darstellte; denn an den jährlich danach stattfindenden Genossenschaftstagen nahm er nicht mehr teil. Dem Zentralverband gehörten 1926 etwa 1.113 Genossenschaftsverbände, die einen Gesamtumsatz von 1 Milliarde Reichsmark hatten, wovon für 248 Mill. RM Waren in eigener Produktion hergestellt wurden. Vertreten wurden 3.203.674 Konsummitglieder und 46.176 von den Vereinen beschäftigte Personen (80).

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von der NSDAP vom Reichspräsidenten von Hindenburg mit einer Regierungsneubildung beauftragt. Das kam nicht unverhofft. Seit dem 1. Juni 1932 hatte das Reich bereits eine Präsidialdiktatur unter dem Reichskanzler Franz von Papen erlebt. Er hatte den Reichstag aufgelöst und das Verbot der faschistischen SA und SS aufgehoben. Am 20. Juli 1932 stürzte er ohne Gegenwehr die SPD-Regierung in Preußen. Bei den darauf folgenden Reichstagswahlen, die am 31. Juli 1932 stattfanden, ging die Nazi-partei als Wahlsieger hervor. Hitler kündigte hier schon den Anfang einer „großen Abrechnung“ an. Es sei an der Zeit endlich alle Parteien zu „vernichten“, da sie allein „alles in Deutschland“ vernichtet hätten. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hatte zuvor vergeblich gewarnt: „Wer mit dem Faschismus spielt, der spielt mit Deutschlands Untergang.“ Die Sozialdemokraten verloren im Reich über 600.000 Wählerstimmen. (81) Peine konnte sein Abgeordnetenmandat für den Reichstag verteidigen.

Ein halbes Jahr später war Hitler Reichskanzler und stand einem Regierungskabinetts aus Vertretern der NSDAP und der DNVP und ehemaligen Ministern der Papen-Regierung vor. Vergebens waren die Bemühungen der demokratischen Parteien gewesen, die zu erwartende terroristische Diktatur zu verhindern. Noch am Abend des 30. Januar marschierten die braunen Kolonnen der SA siegestrunken durch die Straßen. Als am nächsten Tag der



Parteiausschuß und der Parteivorstand der SPD, der Bundesausschuß der Gewerkschaften (ADGB) und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Berlin zusammenkamen, herrschte Skepsis und Resignation. Friedrich Peine war als Abgeordneter dabei. Das Angebot der Kommunisten zu einem gemeinsamen Handeln in der Stunde akuter Gefahr, wurde abgelehnt. An der Basis warteten die Parteimitglieder und Gewerkschafter vergeblich auf ein Signal für eine zentrale Aktion. (82) Statt dessen handelte die faschistisch-rechtskonservative Reichsregierung. Der Reichstag wurde erneut aufgelöst. Nach dem von den Nazis inszenierten Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 wurden bereits wichtige Grundgesetze außer Kraft gesetzt. Die faschistische Gewaltherrschaft konnte sich immer hemmungsloser entfalten. Der Wahlkampf war begleitet von einer Hetzjagd auf die Kommunisten, von Verboten kommunistischer und sozialdemokratischer Zeitungen, von Mißhandlungen von Wahlhelfern und von Behinderungen und Überfällen auf Wahlversammlungen. Bei den Neuwahlen am 5. März war Friedrich Peine trotz des Terrors der Faschisten in seinem Wahlkreis Hannover-Ost wiederum als Abgeordneter gewählt worden. Hier hatte die Nazi-Partei 54,3 Prozent der Stimmen erhalten können, die SPD war mit 19,7 Prozent gerade noch zweitstärkste Kraft geblieben. (83) Im Reich hatten 7,2 Millionen Wahlberechtigte für die SPD gestimmt. Das waren 18,3 Prozent der gültigen Stimmen. Die Nazi-Partei erhielt 43,9 Prozent, die Kommunisten bekamen trotz des faschistischen Terrors immerhin noch 12,3 Prozent. (84) Hitler brauchte aber nun eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag, um die Weimarer Verfassung vollends außer Kraft zu setzen. Das Rezept dazu war bald gefunden. Mit der Notverordnung zum Reichstagsbrand wurden die 81 kommunistischen Reichstagsmandate kurzerhand für ungültig erklärt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten blieben am 21. März

**Ergebnisse zu den Wahlen im März 1933 in Gesamtberlin und im Stadtbezirk Pankow, zu dem der Ortsteil Karow gehörte.**

**5. März 1933 – Deutscher Reichstag:**

Berlin -NSDAP 34,6 %;SPD 21,7;KPD 24,5;Kampffront 11,0;Zentrum 5,0;DVP 0,9;DSP 1,8  
Pankow- 38,4 %; 21,5; 22,9; \* 10,9; 3,9; \*\* 0,9; \*\*\* 1,5

**5. März 1933 – Preußischer Landtag:**

Berlin -NSDAP 34,2 %;SPD 21,2;KPD 24,3;Kampffront 10,7;Zentrum 4,8;DVP 1,3;DSP 1,8  
Pankow- 38,0 %; 20,8; 22,1; 10,7; 3,8; 1,5 1,5

**12. März 1933 – Stadtverordnetenversammlung Berlin:**

Berlin -NSDAP 38,3 %;SPD 22,0;KPD 19,5;Kampffront 12,1;Zentrum 4,7;DVP 0,7;DSP 2,0  
Pankow- 42,8 %; 21,0; 16,9; 12,3; 3,7; 0,7; 1,7

**12. März 1933 – Bezirksverordnetenversammlung Pankow:**

Berlin -NSDAP 38,2 %;SPD 22,0;KPD 19,5;Kampffront 12,1;Zentrum 4,7;DVP 0,7;DSP 2,0  
Pankow- 42,7 %; 21,0; 16,9; 12,3; 3,8; 0,7; 1,6

\*Kampffront Schwarz-Weiß-Rot \*\* Deutsche Volkspartei \*\*\* Deutsche Staatspartei

1933 der Eröffnung des Reichstages in der Potsdamer Garnisonskirche am Grabe von Friedrich II. fern. Der „Tag von Potsdam“ war ein chauvinistisch veranstalteter Staatsakt. Mit einem pompösen Propagandarummel beschwornte Hitler die Vision der „Vermählung zwischen Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft“. Er legte zwar seinen Eid auf die Verfassung der Weimarer Republik ab, den er aber alsbald brechen sollte.

Auf der Sitzung des Reichstages am 23. März 1933 stand das heuchlerisch formulierte „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“ zur Abstimmung. Es ist als das verhängnisvolle „Ermächtigungsgesetz“ in die Geschichte eingegangen. Um es durchzubringen, wurde eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments gebraucht. Die Mandate der 81 kommunistischen Abgeordneten war ja bereits getilgt worden. Auf Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerliche Demokraten wurde bereits eine Hetzjagd gemacht. 26 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete waren schon ins Ausland emigriert oder verhaftet worden. So konnten allein nur die 94 anwesenden Mandatsträger der Sozialdemokratischen Partei, unter ihnen auch der Abgeordnete Friedrich Peine, gegen dieses „Ermächtigungsgesetz“ stimmen (85). Die anderen im Reichstag vertretenen Parteien bejahten die für das deutsche Volk zum Verhängnis werdende Vorlage.

Mit dem „Ermächtigungsgesetz“ der Hitlerregierung, Gesetze ohne Beratung und Verabschiedung durch das Parlament zu beschließen, war eine wesentliche Grundlage der Demokratie – die Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt – aufgehoben worden. Am 22. Juni 1933 untersagte schließlich der Reichsinnenminister durch Erlaß der Sozialdemokratischen Partei jede politische Betätigung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verloren nun ebenfalls ihre Mandate wie zuvor die Kommunisten. Das Vermögen der Partei, ihrer Zeitungen und das der Reichsbanner-Organisation war schon zuvor beschlagnahmt worden. Am 14. Juli wurde dann gemäß Gesetz jegliche Fortführung und Neubildung von Parteien unter Strafe gestellt und die Nazi-Partei zur einzigen politischen Partei in Deutschland entschieden. Die Weimarer Verfassung war außer Kraft, was das völlige Ende des demokratischen Staates bedeutete.

Friedrich Peine verlor nicht nur sein Abgeordnetenmandat, der Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Konsum-Genossenschaften kündigte ihm auch seine Anstellung als Genossenschaftssekretär. Der vor einer Gleichschaltung stehende Zentralverband besann sich plötzlich wieder auf einen Beschluß aus den Anfangsjahren, parteipolitische Agitation in seinen Reihen nicht zu dulden. Auf dieser Grundlage hatte er schon einmal im September 1924 einen Aufruf an die ihm angeschlossenen Genossenschaften gerichtet, alle Kommunisten und oppositionelle Genossenschafter, die sich gegen die Politik des Vorstandes wenden, auszuschließen. Nun traf dieses Verlangen auch die Sozialdemokraten. Die Zentrale der Konsum-Genossenschafter schaufelte aus Furcht vor Repressalien ihr eigenes Grab. Auf dem 3. Außerordentlichen Genossenschaftstag am 14. August 1933 in Hamburg, an dem nur wenige Genossenschafter teilnehmen konnte und er eigentlich gar nicht beschlußfähig war, löste sich der Zentralverband „zwecks Überleitung in den Reichsverband der deutschen Verbrauchergenossenschaften G.m.b.H. und den Reichsverband der deutschen Verbrauchergenossenschaften e.V. in Hamburg“ auf. Zum Abschluß gab es „Dem Führer ein dreifaches Sieg-Heil!“ (86) Die Nazis hatten ihr Ziel erreicht. Für Robert Ley, Chef an der faschistischen Gleichschaltungsfrent, waren die Konsumvereine „nichts anderes als marxistische Propagandazellen“ gewesen und dieses Machtmittel galt es „dem Marxismus aus der Hand zu schlagen“ (87). Das schien gelungen zu sein.

Friedrich Peine war 1926 mit seiner Familie endgültig von Bremen nach Berlin übersiedelt. Im Ortsteil Karow im Nordosten der Hauptstadt hatte er ein Gartengrundstück käuflich erworben. Im Berliner Adreßbuch war er 1927 erstmals als „Genossensch. Sekr.“ aufgeführt worden, ab 1934 als „Pensionär“. Die Geheime Staatspolizei hatte zwar seinen Namen in ihrem Verzeichnis der zu überwachenden ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten erfaßt, ihn wohl dann irgendwie aus ihrem Blickwinkel verloren. In ihrer Auflistung von 1935 war nämlich seine Wohnanschrift mit „Bln.-Friedrichstraße 100“ angegeben, allerdings mit

Kirschmann	Nein
Krähig	Nein
Künstler	—
Kuhnt	frank
Frau Kunert	—
Vandsberg	Nein
Carssen	—
Dr. Veber	Nein
Vipinski	Nein
Vitte (Berlin)	Nein
Vöbe	frank
Dr. Löwenstein	Nein
Vübbe	frank
Vufft	—
Dr. Marum	—
Weier (Baden)	Nein
Mertins	Nein
Weg	—
Dr. Wierendorff	Nein
Woltmann	Nein
Frau Wemig	Nein
Rowack	Nein
Warysch (Hannover)	Nein
Wassehl	Nein
Waine	Nein
Weters	Nein
Wetrich	Nein
Frau Wülf	Nein
Wohle	—
Wuchta	Nein
Walloff	Nein
Weißner (Frankfurt)	Nein
Welter (Magdeburg)	Nein
Wichter (Hildesheim)	Nein
Wichter (Neumünster)	Nein
Wigel	Nein
Wißmann (Württem- berg)	Nein
Woth (Mannheim)	—
Waupe (Leipzig)	Nein
Wheffel	frank
Wcheidemann	Nein
Wchirmer	Nein

Schlussstimmung über den von den Abgeordneten Dr. Friedl, Dr. Oberfahren und Genossen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Befreiung der Hof von Wolf und Reich — Nr. 6 der Drucksachen —

in der 2. Sitzung am Donnerstag, dem 23. März 1933

### Namentliche Abstimmung

42

Reichstag — 2. Sitzung — Donnerstag, dem 23. März 1933.

einer handschriftlichen Korrektur „Bln.-Karow, Spindstr. 34“ versehen worden (88). Genauere Recherchen hatte die Gestapo nicht angestellt, denn dann wäre sie darauf gestoßen, dass es diese Spindstraße in Karow nie gegeben hat. Außerdem lag ja das jährlich erscheinende Berliner Adreßbuch vor und auch im Amtlichen Fernsprechbuch für Berlin und Umgebung war ab 1928 seine Anschrift verzeichnet. Seine Telefon-Nummer lautete 6 Buch 8278.

Die Familie war in das dörflich idyllische Karow gezogen. Das Dorf aus dem 13. Jahrhundert war erst 1920 nach Berlin eingemeindet worden. Es gehörte seitdem mit seiner 552,4 Hektar großen Fläche zu dem neuen Stadtbezirk Pankow. Die Landwirtschaft war in Karow dominierender Wirtschaftszweig. Die Höfe der Bauern lagen beiderseits der Dorfstraße, der späteren Straße Alt-Karow. Ende 1882 hatte Karow eine Bahnstation an der Eisenbahnlinie Berlin – Stettin bekommen, einen guten Kilometer vom alten Dorfkern entfernt. Kurz vor der Jahrhundertwende war auf dem Gelände zwischen der Dorfstraße und der neuen Eisenbahnstation mit der Parzellierung des Grund und Bodens zu Siedlungszwecken beiderseits der zu erschließenden Bahnhofstraße begonnen worden. Auch in den links und rechts abzweigenden Sandwegen entstanden die ersten Ein- und Zweifamilien-Häuser mit ergiebigen, nutzbaren Gärten. Die Elektrifizierung der Bahnstrecke im Jahre 1924 hatte erheblichen Einfluß auf die Zunahme der Besiedlung des Ortes. Hatte Karow im Jahre 1920 noch nicht einmal eintausend Einwohner, so war ihre Zahl 1925 auf 1.337 und 1929 gar auf 2.376 angestiegen. Zumeist waren es junge Familien mit Kindern, die hier heimisch wurden. So wuchs westlich des alten Dorfkerns eine geschlossene Vorortssiedlung empor, die von den benachbarten Stadtteilen Buchholz durch das Panketal und die Rieselfelder und Blankenburg durch nur wenige freie Flurfelder getrennt war. Buch mit seinem neuen Krankenhauskomplex lag wenige Kilometer nördlich.

In der Spinolastraße, benannt nach dem ehemaligen Administrator der Berliner Stadtgüter Malchow und Amtsvorsteher von Malchow und Karow, war nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mit der Bebauung angefangen worden. Friedrich Peine wird erst im Berliner Adreßbuch von 1927 als Eigentümer des Gartengrundstücks in der Spinolastraße 32 genannt. Das Grundstück lag äußerst verkehrsgünstig, wenige Schritte vom gedämpften Lärm der kopfsteingepflasterten Bahnhofstraße entfernt, durch die er einen sechsminütigen Fußweg bis zum Stadt-Bahnhof mit seinem zweigeschossigen Gebäude im Landhausstil hatte. Während er mit der S-Bahn in die Innenstadt zu den Sitzungen des Reichstages und der Ausschüsse fuhr, war seine Frau Dorothee für Haus und Garten zuständig. Sie war die gute Seele des Hauses. Es war für Friedrich Peine ein herber Verlust, als seine Frau zu Beginn des zweiten Kriegsjahres, am 2. Januar 1940, verstarb (89).

Die Familie Peine hatte von Karow aus schon seit Ende der zwanziger Jahre lose Kontakte zur Familie von Friedrich Ebert. Beide Männer kannten sich aus der gemeinsamen Abgeordnetentätigkeit ihrer Partei im Deutschen Reichstag. Friedrich Ebert junior, geboren in Bremen, war der Sohn des 1925 verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, den Peine sehr verehrte. Als die Familie Ebert jun. im November 1943 in Berlin ausgebombt wurde, nahm Peine sie auf und stellte ihr seine winterfeste Gartenlaube zur Verfügung. Diese war zwar nicht sehr geräumig und hatte keine Kochgelegenheit, dafür stand darin ein kleiner, beheizbarer Kachelofen. (90)

Friedrich Peine und Friedrich Ebert verband eher eine kollegiale Freundschaft. Ebert war Buchdrucker von Beruf und von 1919 bis 1933 Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen gewesen. Die Nazis hatten ihn 1933 verhaftet und durch verschiedene Konzentrationslager geschleppt. Entlassen, stand er unter Polizeiaufsicht und dennoch hatte er Verbindungen zum gewerkschaftlichen und kommunistischen Widerstand gegen die Nazi-



Diktatur gesucht und gefunden. Hier in Karow hatten die beiden Friedrich'sche nun genügend Gelegenheit, über Vergangenes und Gegenwärtiges zu diskutieren. Dabei ergaben sich zwischen dem 73jährigen Peine und dem 22 Jahre jüngeren Ebert doch bald erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Peine hielt an seinen reformistischen Auffassungen fest. Er konnte in seiner dörflichen Abgeschlossenheit die Parolen der Kommunisten über die „sozialfaschistische“ Politik der SPD aus den Jahren vor 1933 nicht vergessen. Ebert dagegen verdammt auf Grund seiner eigenen persönlichen Erfahrungen in den letzten zehn Jahren den bisherigen unglückseligen Bruderkwitz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Er hatte in der faschistischen Gefangenschaft die Solidarität seiner kommunistischen Mitgefangenen erfahren und sah nur in der Einheit der Arbeiterbewegung eine Chance für eine sozialistische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland.

Berlin-Karow war während des Zweiten Weltkrieges von den Bombenangriffen anglo-amerikanischer Flugzeuge weitgehend verschont geblieben. Die Schulkinder mußten abgeworfene Staniolstreifen aufsammeln, die das Radarsystem der deutschen Luftwaffe stören sollten. Freilich wurde die Versorgungslage der Bevölkerung immer enger und in den Zeitungen häuften sich die Todesanzeigen für gefallene deutsche Soldaten.

In den letzten Apriltagen 1945 erreichte der Krieg auch zu Lande Berlin. In der Nacht zum 21. April begann von Bernau und dem östlichen Autobahnring aus die konzentrierte Offensive der Roten Armee auf die deutsche Hauptstadt. Truppenteile der sowjetischen 3. Stoßarmee drangen in die nordöstlichen Stadtteile ein. Sie verfolgten ihren fliehenden Gegner entlang der S-Bahnstrecke, unterstützt von Panzerverbänden und Artilleriefeuer und sie stießen dabei zunächst auf wenig Gegenwehr. Schon in der Mittagsstunde erreichten die ersten sowjetischen Einheiten Karow, um von hier aus weiter nach Blankenburg, Malchow, Buchholz und Blankenfelde vorzustoßen. (91)

Die deutsche Bevölkerung war in panischer Angst, verwirrt und verblendet durch die Greuelpropaganda der Naziführung über die „Mongolenhorden“ und die „ohrenabschneidenden Untermenschen“. Dazu die plagende Ungewißheit, was sie zu erwarten hatten. Rache der „Russen“ für die von deutschen Soldaten angerichteten Zerstörungen, für die Ausplünderung der Wirtschaft, und der Kunstschatze, für die Deportationen von Männern und Frauen als Arbeitssklaven nach Deutschland und für die ungezählten Morde an der Zivilbevölkerung im überfallenen Sowjetland? In Peines Haus hatten sich zahlreiche Bewohner aus der näheren Umgebung eingefunden. Die Frauen und Mädchen versteckten sich auf dem Dachboden aus Angst vor Vergewaltigungen. In der Florastraße 18 richtete ein Stab der Rotarmisten eine Beobachtungsstelle ein. Von hier aus wurde der weiterführende Angriff der Artillerieeinheiten gelenkt. Am Nord- und Ostrand von Karow waren weittragende Geschütze in Stellung gebracht worden. Für den Stab mußten mehrere Häuser in der Florastraße und in der Spinostraße von den deutschen Eigentümern geräumt werden. Davon war auch Peines Haus betroffen. Er und die Eberts fanden bei der Familie des sozialdemokratischen Genossen Johannes Tadler und dessen Frau im Schrägen Weg Nummer 38 eine vorübergehende Unterkunft, bis die Spinostraße wieder freigegeben wurde.

Und wie sollte es weitergehen? Eine brennende Frage. Noch war man in Karow von der Umwelt abgeschnitten. Am 8. Mai 1945 kapitulierte Nazideutschland bedingungslos. Der Krieg war endlich zu Ende. Der sowjetische Militärkommandant von Karow setzte den Kommunisten und Widerstandskämpfer Gerhard Danelius als Ortsbürgermeister ein. Wichtig war es, als erstes die Versorgung der deutschen Bevölkerung einigermaßen zu gewährleisten. In Flugblättern verbreitete die Rote Armee Optimismus. Am 10. Juni 1945 erließ die Sowje-

tische Militäradministration für Deutschland ihren Befehl Nr.2 über die Zulassung und die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone, zum „Zwecke der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen“. Noch am gleichen Tag konstituierte sich in Berlin-Schöneberg ein Zentralauschuß der SPD, geleitet von Otto Grotewohl, der fünf Tage später mit dem Aufruf „Arbeiter, Bauern, Bürger! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!“ an die Öffentlichkeit trat. Gefordert wurde u.a. die „völlige Beseitigung aller Reste der faschistischen Gewaltherrschaft“ und „Maßnahmen zur demokratischen Umgestaltung Deutschlands“ (92). Betont wurde, dass dazu das gemeinsame Handeln der Arbeiterschaft und eine Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte notwendig sei. Schon kurz danach vereinbarten Vertreter des Zentralaussschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD ein gemeinsames Aktionsprogramm über das Zusammenwirken beider Parteien. Doch schon bald stellte sich das viel diskutierte Problem nach einer einheitlichen Arbeiterpartei.

In Karow fand auf Anregung von Friedrich Peine bald eine Versammlung der vor 1933 in der SPD organisierten Parteimitglieder statt. Friedrich Ebert hat über diese Zusammenkunft später folgendes berichtet: „Nach der Befreiung vom Faschismus durch die sowjetischen Armeen nahm ich an der ersten Mitgliederversammlung der SPD in Berlin-Karow teil, wo ich damals wohnte. Mit großen Erwartungen ging ich dort hin. Sie stand unter der Leitung des Genossen Friedrich Peine, der ebenso wie ich Mitglied des Reichstages war. Diese Versammlung verlief für mich enttäuschend, dass ich damals in mein Notizbuch eintrug: 'Sie tun so, als wäre nichts gewesen, und denken, im alten Trott weitermachen zu können'“ (93). Ebert sprach sich auf dieser Versammlung dafür aus, dass über die schreckliche Vergangenheit kritisch nachgedacht und dass ein neuer Weg beschritten werden müsse (94). Er konnte nur wenige Überzeugen. Die Mehrzahl der Karower Sozialdemokraten beharrte auf ihrem überholten Standpunkt. Auf diese Meinungsbildung hatte Peine maßgeblichen Einfluß.

So wie hier in Karow kristallisierten sich in den Diskussionen über den Neuanfang nach den Jahren der Nazidiktatur zwei Meinungen innerhalb der SPD heraus. Einerseits die Überzeugung, nur mit einer vereinten Arbeiterpartei sei es möglich, die Zukunft Deutschlands demokratisch und sozialistisch zu gestalten, und andererseits die Ansicht, eine alles domonierende Einheitspartei könne ein demokratisches Nachkriegsdeutschland nicht aufbauen. Zu tief saß bei nicht wenigen das Mißtrauen gegenüber den Kommunisten. Deren unsägliche Parole vom „Sozialfaschismus“ der SPD aus der Weimarer Republik saß tief wie ein Stachel, genährt von einer Politik der in den westlichen Besatzungszonen separat gebildeten Sozialdemokratischen Partei, deren Führung unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauier eine Verschmelzung mit den Kommunisten grundweg ablehnte. In der sowjetisch besetzten Zone und in Berlin – selbst in den westlichen Gebieten – bildeten sich dennoch an der Basis in den Städten und Dörfern, auf der Ebene der Kreise und Länder gemeinsame Aktionsausschüsse von Sozialdemokraten und Kommunisten, um vorhandene Spannungen und ideologische Differenzen möglichst abzubauen.

Im Februar und März 1946 spitzten sich allerdings vor allem in Berlin die Auseinandersetzungen um den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zu. Einheitsgegner gründeten am 10. März von den drei Westberliner Besatzungssektoren aus einen „Aktionsausschuß“ zur Durchführung einer Urabstimmung in der Berliner SPD (95). Der SPD-Zentralauschuß bezeichnete diese Fusionsgegner als „Spalter und Fraktionstreiber“ (96). Im Kreisverband Pankow stellte sich nur ein geringer Teil der Abteilungen hinter den Aufruf des Zentralaussschusses vom 27. März, an der Urabstimmung nicht teilzunehmen (97).

Bei der von den Westberliner Einheitsgegnern in Gang gesetzten Urabstimmung am 31. März 1946 waren zwei Fragen mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten:

1. Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?
2. Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und Bruderkampf ausschließt?

Die Abstimmung hierüber fand nur in den zwölf Kreisen der westalliierten Besatzungssektoren von Berlin statt. Im sowjetischen Sektor der Stadt setzten Einheitsbefürworter, allerdings mit Hilfe der sowjetischen Militäradministration, durch, dass ihre Kreisverbände nicht offiziell an der Urabstimmung teilnahmen. Über das Resultat des 31. März gibt es recht unterschiedliche Zahlenangaben. Nehmen wir die Angaben eines maßgeblichen Westberliner Augenzeugen. Danach beteiligten sich von den 32.247 SPD-Mitgliedern in den Westsektoren 23.755 an dem Referendum. Das nur 71,3 Prozent der Mitglieder an der Abstimmung teilgenommen haben, soll nach Klaus-Peter Schulz an dem „schönen Wetter“ an diesem Tag gelegen haben. Zur ersten Frage stimmten 19.529 mit „Nein“, 2.937 mit „Ja“, 397 Stimmen waren ungültig. Zur zweiten Frage gab es folgendes Ergebnis: 14.663 „Ja“, 5.568 „Nein“, 1.018 waren ohne Meinung zu dieser Frage. (98)

In der „Kleinen Geschichte der SPD“ steht formuliert, dass „über 82 Prozent der Sozialdemokraten in den Westsektoren der Stadt“ die erste Frage verneint hätten (99). Die Zahlen haben allerdings eine andere Aussage; denn schon 28,9 Prozent waren der Wahl fern geblieben, aus welchen Gründen auch immer. Den 19.529 eindeutig ablehnenden Stimmen standen immerhin 2.937 Ja-Sager und diese 8.492 Nichtwähler gegenüber.

Eine viel knappere Mehrheit war es also gewesen, die einen *sofortigen* Zusammenschluß ablehnte. Hatten aber damit die Ablehnenden einen *späteren* Zusammenschluß beider Parteien ausgeschlossen? Dieses Votum wurde nicht aufgegriffen. Für die Einheitsgegner stand eine kategorische Verweigerung fest. Und was war mit jener Mehrheit, die sich für ein „Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und Bruderkampf ausschließt“, ausgesprochen hatte? Statt dessen erfolgte die strikte Abgrenzung von den Befürwortern der Einheit. Die Spaltung der Berliner Sozialdemokratie war vollzogen – und das, obwohl sich eine übergroße Mehrheit der Mitglieder in den acht östlichen Kreisverbänden nicht an der Urabstimmung hatte beteiligen können, auch wenn, wie das in Karow der Fall war, nicht alle die Einheitsfrontpolitik des Zentralausschusses für gut hießen. Am 7. April konstituierte sich in Westberlin die abgespaltete SPD Groß-Berlin.

Unabhängig von dem Westberliner Abstimmungsergebnis vollzogen am 14. April die Einheitsbefürworter in der Berliner SPD mit der KPD den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschland Groß-Berlin. Am 16. April folgte die Vereinigung für die sowjetische Besatzungszone. Von den 66.246 Berliner SPD-Mitgliedern (Ende Februar 1946) schlossen sich 29.288 der SED an (100). 36.012 verblieben in der SPD, die unter dem Schutz des alliierten Viermächtestatus in allen Sektoren der Stadt weiterhin agieren konnte. Für den Juni 1946 ist von 38.607 SPD-Mitgliedern die Rede (101). Die in der SPD verharren Mitglieder aus dem Ostteil der Stadt bekamen Patenbezirke aus den westlichen Sektoren zugeordnet (102). Der Kreisverband Pankow, zu dem die Karower Abteilung gehörte, hatte im Januar 1946 3.834 Mitglieder gehabt, im Juni 1946 schon immerhin wieder 3.700 (103). Er wurde, wie auch der Kreisverband Weißensee, von den Reickendorfern betreut. Für den Ostteil der Stadt sanken die Mitgliederzahlen jedoch in den folgenden Jahren von 15.437 im Jahre 1948, 1952 auf 7.621 und 1961 auf 5.327 (104). Im August 1961, nach der Grenzabschottung durch den Mauerbau, löste sich die SPD im DDR-Teil der Stadt selbst auf.

Am 20. Oktober 1946 waren die Wahlen zum Gesamtberliner Abgeordnetenhaus und zu den Stadtbezirksparlamenten. Zur Bezirksverordnetenversammlung Pankow wurden aus Karow von der SPD folgende Kandidaten aufgestellt: der Angestellte Hans Ungerer aus der Frundsbergstraße 9, der Messerschmied Bernhard Fleischer aus der Pankgrafenstraße 3, der Buchhalter Richard Töpfer aus der Kattowitzer Straße 9 und der Verwaltungsangestellte Karl Nietsch aus der Siedlung II/80 (105). Hans Ungerer wurde ins Pankower Stadtparlament gewählt (106), wo die SPD mit 17 Sitzen die stärkste Fraktion stellte, gefolgt von der SED mit 11 – die mit dem Bezirksrat August Burkhard aus der Florastraße 18 einen Karower in die Bezirksverordnetenversammlung schicken konnte –, der CDU mit 8 und den Liberalen mit 4 Sitzen (107). Für das Abgeordnetenhaus hatte es keinen Karower Bewerber gegeben. Hier erbrachte die Wahl nachstehendes Gesamtberliner Ergebnis: SPD 48,7, CDU 22,1, SED 19,8 und Liberale 9,9 Prozent. Aufgeteilt nach Ost und West gab es schon damals ein unterschiedliches Wahlverhalten in der Stadt. In den acht Wahlbezirken des sowjetischen Sektors erhielten SPD 43,0, SED 30,0, CDU 18,0 und LDP 9,4 Prozent; in den zwölf Wahlbezirken der drei westalliierten Sektoren die SPD 50,8, CDU 25,8, SED 12,4 und LDP 10,9 Prozent. (108)



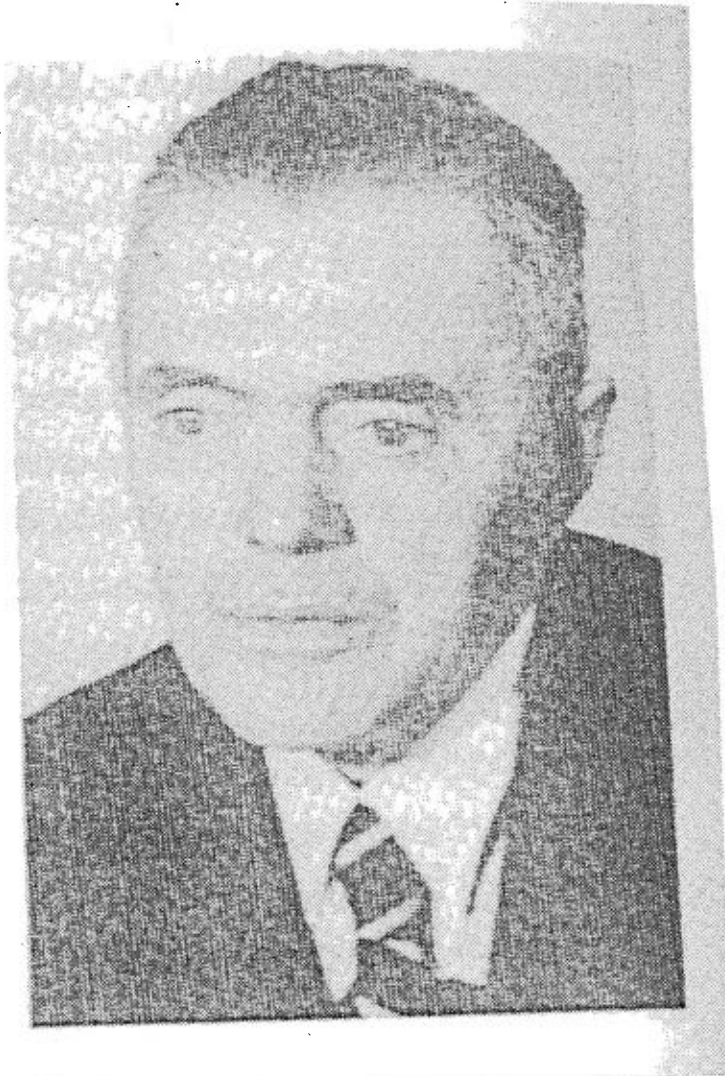
Friedrich Peine hatte die Vereinigung von SPD und KPD zur SED nicht mit gemacht. Er blieb weiterhin Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, deren Mitgliederzahl auch in Karow von Jahr zu Jahr schwand. Der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone und im Ostsektor der Stadt stand er fremd gegenüber. Erst recht brachte er kein Verständnis für den im Oktober 1949 gegründeten Arbeiter- und Bauern-Staat auf, der sich Deutsche Demokratische Republik nannte. Die Zweiteilung Deutschlands entsprach nicht seinem politischen Willen. Im Mai 1950 verließ er, schon stark kränkelnd, Karow, wo er immerhin 24 Jahre gewohnt hatte. Seine Tochter holte ihn zurück nach Bremen. Er konnte noch seinen 80. Geburtstag im Kreis der Familie begehen. Am 13. September 1952 verstarb er in der Städtischen Kranken-Anstalt Bremen (109) - von seinen eigenen Genossen vergessen!



Anmerkungen

- (1) W.H. Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1887-1933. Biographien - Chronik - Wahldokumentation. Ein Handbuch. Düsseldorf 1989, S.657; M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 1992/2.Aufl., S.429.
- (2) Landeskirchliches Archiv: Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg. Brief vom 10. 01. 2002 an den Autor.
- (3) E. Unger. Geschichte Lichtenbergs bis zur Erlangung des Städtrechts. Berlin 1910.
- (4) Stadtarchiv Seestadt Bremerhaven. Meldekartei Peine.
- (5) StaatsArchiv Bremen. Meldekartei Peine.
- (6) Stadtarchiv Seestadt Bremerhaven. Meldekartei Peine.
- (7) F. Thienst: Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Unterweserorten. Wesermünde/Bremerhaven 1930, S. 39/40.
- (8) Ebenda, S. 87.
- (9) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. T.I: Von den Anfängen bis 1917. Berlin 1965, S. 197/198.
- (10) F. Thienst, a.a.O., S.163.
- (11) Metallarbeiter-Zeitung. Organ für die Interessen der Metallarbeiter. Stuttgart. 9.Juli 1904.
- (12) K.Th. Schmitz: 100 Jahre Industriegewerkschaft 1891-1991. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Köln 1991; H.Chr. Adam/K.Th.Schmitz: 100 Jahre Metall im Bild. Fotodokumente zu Arbeit und Zeit. Köln 1991.
- (13) K.Th. Schmitz, a.a.O., S.119.
- (14) F. Thienst, a.a.O., S.89.
- (15) Metallarbeiter-Zeitung, 30. Mai 1903.
- (16) F. Thienst, a.a.O., S.90.
- (17) Metallarbeiter-Zeitung, 10. Juni 1905.
- (18) Metallarbeiter-Zeitung, 15. Juli 1905.
- (19) Metallarbeiter-Zeitung, 1. Juli 1905.
- (20) F. Thienst, a.a.O., S.111/112.
- (21) Metallarbeiter-Zeitung, 9. März 1907.
- (22) Metallarbeiter-Zeitung, 11. August 1906.
- (23) Historisches Archiv Köln. Adreßbuch 1907.
- (24) W. Roßmann: Vom mühsamen Weg zur Einheit. Lesebuch zur Geschichte der Kölner Metall-Gewerkschaften. Quellen und Dokumente 1: 1848-1918. Köln 1991, S.29.
- (25) Ebenda, S.26.
- (26) Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften für das Jahr 1909, S.115.
- (27) Metallarbeiter-Zeitung, 9. März 1907.
- (28) Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften für das Jahr 1907, S.83.
- (29) W. Roßmann, a.a.O., S.48.
- (30) Ebenda, S.46.
- (31) Ebenda, S.282.
- (32) Ebenda.
- (33) Rheinische Zeitung, 14. August 1906.
- (34) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgehalten in Mannheim vom 23. bis 29. September 1906. Berlin 1906, S.305.
- (35) Metallarbeiter-Zeitung, 24. Juli 1909.
- (36) W. Roßmann, a.a.O., S.384/385.
- (37) A. Andersen/U. Kiupel: IG Metall in Bremen. Die ersten 100 Jahre. Bremen 1991, S.16.
- (38) StaatsArchiv Bremen. Meldekartei Peine.
- (39) Siehe P. Chr. Witt: Ebert. Parteiführer-Reichskanzler - Volksbeauftragter - Reichspräsident. Bonn 1992.
- (40) H.Voßke/G. Nitzsche: Wilhelm Pieck. Biographischer Abriss. Berlin 1975.
- (41) Metallarbeiter-Zeitung, 9. März 1907.
- (42) A. Andersen/U. Kiupel, a.a.O., 16.
- (43) K.Th. Schmitz, a.a.O., S.149/150.
- (44) Metallarbeiter-Zeitung, 23. Juli 1910.
- (45) Metallarbeiter-Zeitung, 13. August 1910.
- (46) Metallarbeiter-Zeitung, 27. August 1910; 10. September 1910.
- (47) Metallarbeiter-Zeitung, 1. September 1910.
- (48) In der Geschichte deutschen Arbeiterbewegung. Bd.2: Vom Ausgang des 19.Jh. bis 1917. Berlin 1966, S.157 wird irrtümlich angegeben, es habe zuvor noch die 60-Stundenwoche gegeben.
- (49) Metallarbeiter-Zeitung, 15. Oktober 1910.
- (50) In der Festschrift zum 100jährigen Bestehen der IG Metall von K.Th. Schmitz wird auf S.138 dieser Werftarbeiterstreik nur mit einem halben Satz erwähnt.
- (51) Metallarbeiter-Zeitung, 1. April 1911.
- (52) Metallarbeiter-Zeitung, 30. März 1912.
- (53) Metallarbeiter-Zeitung, 21. Januar 1911.

- (54) A. Andersen/U.Kiupel, a.a.O., S.16.
- (55) H.Voßke: Friedrich Ebert. Ein Lebensbild. Berlin 1987, S.84.
- (56) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. T.I, a.a.O., S.269.
- (57) Verband nordwestdeutscher Konsumvereine. Bericht über die Entwicklung im Jahr 1913. Hamburg 1914, S.271.
- (58) Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Hamburg.1914/1.Bd., S.762
- (59) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. T.I, a.a.O., S.286.
- (60) W.H. Schröder, a.a.O., S.647.
- (61) Jahrbuch des Zentralverbandes..., a.a.O., 1915/1.Bd., S.808.
- (62) Jahrbuch des Zentralverbandes..., a.a.O., 1918/1.Bd., S.942.
- (63) Siehe Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland. Berlin 1988.
- (64) Zu den Bremer Ereignissen siehe P. Kuckuck: Bremen in der deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik, Restauration. Bremen.1986.
- (65) Siehe hierzu H.Maur. Bewahren und Verweigern des Vermächtnisses der deutschen Novemberrevolution 1918/1919 - Zum Umgang mit Denkmälern in Deutschland. In: 75 Jahre deutsche Novemberrevolution. Bonn 1994, S.213 ff.
- (67) StaatsArchiv Bremen.
- (68) Verhandlungen der Bremischen Nationalversammlung 1919, S.117/118.
- (69) Ebenda, S.272/273.
- (70) Ebenda, S.288.
- (71) Ebenda, S.428.
- (72) Jahrbuch des Zentralverbandes..., a.a.O., 1919/2.Bd. S.457/458.
- (73) Protokolle der SPD-Parteitage 1919 - S.528; 1924 - S.215; 1929 - S.303.
- (74) Jahrbuch des Zentralverbandes..., a.a.O., 1921/3.Bd., S.159.
- (75) Jahrbuch des Zentralverbandes..., a.a.O., 1922/3.Bd., S.202.
- (76) F. Thienst meint irrtümlich, Peine sei Reichstagsabgeordneter der Unterweserorte gewesen.
- (77) Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode 1928. Bd.425. Stenographische Berichte. 78. Sitzung am 6. Juni 1929. S.2138.
- (78) F. Thienst, a.a.O., S.233.
- (79) Jahrbuch des Zentralverbandes..., a.a.O., 1926/2.Bd., S.733.
- (80) Jahrbuch des Zentralverbandes..., a.a.O., 1928/1.Bd., S.754/755.
- (81) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. T.II: Von 1917 bis 1945. Berlin 1966, S.296.
- (82) S. Müller/H.Pothhoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation. 1848-1990. Bonn.1991, S.144.
- (83) Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich 1933. Berlin 1933, S.540/541. Ergebnis den Wahlkreis für Hannover Ost: NSDAP 54,3; SPD 19,7; KPD 7,5; Zentrum 1,3; DVP 1,2; Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 11,3 Prozent.
- (84) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. T.II, a.a.O., S.316.
- (85) Verhandlungen des Reichstages. VIII. Wahlperiode 1933. Bd.457. 2. Sitzung des Reichstages am 23. März 1933, S.44.
- (86) Konsumgenossenschaftliche Rundschau. Hamburg, 19. August 1933.
- (87) Konsumgenossenschaftliche Rundschau, 16. September 1933.
- (88) M.d.R., a.a.O.
- (89) StaatsArchiv Bremen.
- (90) H. Voßke, a.a.O., S.84.
- (91) Zu den Ereignissen um Karow aus sowjetischer Sicht siehe A.N. Bessarab: Parizer im Visier. Berlin 1975, S.115 ff.
- (92) Das Volk. Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin, 15. Juni 1945.
- (93) F. Ebert: Wir erfüllen unsere historische Aufgabe. In: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Berlin 1966, S.539.
- (94) H. Voßke, a.a.O., S.90.
- (95) B. Meyer: Sozialdemokraten in der Entscheidung. Biographien und Chronologie. Berlin 1994, S.261.
- (96) Das Volk, 15. März 1946.
- (97) Das Volk, 27. März 1946.
- (98) K-P. Schütz: Auftakt zum Kalten Krieg - Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46. Berlin 1965. S.238.
- SPD-Mitglieder in den Westberliner Kreisverbänden:  
39.716, davon 23.019 an der Abstimmung beteiligt/Thomas, S.234;  
32.547, davon 23.755 an der Abstimmung beteiligt/Meyer, S.275;  
39.716, davon 23.755 an der Abstimmung beteiligt/Das Volk, 2.April 1946;  
Zur 1. Frage - Nein-Stimmen 18.951, Ja-Stimmen 2.731/ Thomas, S.234;  
Nein-Stimmen 19.529, Ja-Stimmen 2.937, ungültig 397/Das Volk u.Meyer, S.275.  
Zur 2. Frage - Ja-Stimmen 14.146, Nein-Stimmen 5.507/Thomas, S.234;  
Ja-Stimmen 14.763, Nein-Stimmen 5.559, ohne Meinung 1.018/Meyer, S.275;  
Ja-Stimmen 14.693, Nein-Stimmen 5.568/Schulz, S.234;  
Ja-Stimmen 14.663, Nein-Stimmen 5.559/Das Volk, 2.April 1946.
- (99) S.Müller/H. Pothhoff, a.a.O., S.178.
- (100) Das Volk, 2. April 1946: S. Thomas: Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt. Berlin 1964, S.234.
- (101) 1945-1946. KPD und SPD in Ostberlin. Berlin 1992, S.24.
- (102) B. Meyer, a.a.O., S.283.
- (103) 1945-1946, a.a.O., S.24.
- (104) S.Müller/H. Pothhoff, a.a.O., S.178.
- (105) Verordnungsblatt der Stadt Berlin. Sonderheft 1/10. Oktober 1946.
- (106) Verordnungsblatt für Groß-Berlin, Nr. 47/8. Dezember 1946, S.459.
- (107) R. Dörrier: Pankow. Chronik eines Berliner Bezirks. Berlin 1949, S.64.
- (108) Verordnungsblatt für Groß-Berlin. Sonderheft 2/16. November 1946.
- (109) StatsArchiv Bremen. Meldekartei Peine.



Ottomar Geschke (um 1946)

**Ottomar Geschke (1882-1957)**  
**Schlosser – Parteifunktionär – Reichstagsabgeordneter –**  
**Inhaftierter des NS-Systems – Berliner Stadtrat –**  
**Vorsitzender der VVN - Volkammerabgeordneter**

Ottomar Geschke war kein Karower Bürger im engeren Sinne des Wortes. Zuletzt wohnte er in Berlin-Buch. Seine Frau Olga hatte bis zu ihrem Tode in der Karower Florastraße ein Gartengrundstück. „Ottomar“ ist allerdings für den Karower der „Vorwendezeit“ ein Begriff. Die Kinder einer ganzen Generation gingen in die zehnklassiger Oberschule in der Bahnhofstraße, die seit 1974 seinen Namen trug – bis 1990, als die neuen politischen Machthaber in diesem Lande, „Bilderstürmer“ ihrer Zeit, glaubten, Namen von Kommunisten und Kämpfern gegen den Faschismus aus unserem Gedächtnis löschen zu müssen. Auch das Kulturhaus an der Ecke Blankenburger Chaussee/Bahnhofstraße bekam damals seinen Namen. Und wer das pulsierende Leben in diesem Klubhaus zu Festlichkeiten, Vergnügungen, Tanz und anderen kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen nutzte, der ging eben zum „Ottomar“. Stellt sich auch hier die Frage: Wer war dieser Mann eigentlich? (1)

Ottomar Geschke kam als achtes Kind einer Arbeiterfamilie am 16. November 1882 im brandenburgischen Fürstenwalde an der Spree zur Welt. Sein Vater arbeitete als Schmied bei der Pintsch AG. Er war mit seinem Beruf verwachsen, galt als fleißig und war seinem Lohnherren treu ergeben. Die Mutter entstammte einer Schifferfamilie. Politik interessierte die Eltern wenig. Dafür achteten sie auf eine religiöse Erziehung ihrer Kinder. Nach Ostern 1889 ging Ottomar zum ersten Male in die Volksschule. Der Junge war äußerst begabt. Auf Drängen der Lehrer schickte der Vater seinen Sohn auf die Knaben-Mittelschule. Aber das kostete Schulgeld und drückte beträchtlich auf die Haushaltskasse der Familie. So mußte der Junge frühzeitig mit verdienen. Hier und da machte er kleine Laufdienste für „bessere Herrschaften“. Dann wurde er Kurrendaner im Schülerchor. Sie sangen in der St. Marienkirche, zogen in den Straßen von Fürstenwalde umher, um für Almosen geistliche Liedchen zu singen. Seine Lehrer wollten sich für den klugen Jungen um ein Stipendium für eine pädagogische Ausbildung bemühen. Der Pastor schlug den Besuch eines Priesterseminars vor, um aus dem Jungen einen ehrbaren Diener Gottes zu machen. Mutter war dafür. Sie war eher für den Pastor als für einen „Pauker“.

Aber Vater wollte aus ihm einen tüchtigen Pintsch-Arbeiter machen. Und so begann im April 1899 für Ottomar eine Lehre zum Schlosser bei der Pintsch AG in Fürstenwalde. Im Betrieb kam der junge „Stift“ mit den Ideen der Arbeiterbewegung in Berührung. (2) Schon am 1. Mai nahm er erstmals an den Veranstaltungen der Pintsch-Arbeiter teil. Die harte Lehrzeit, schrieb er Jahrzehnte danach, brachte ihm in seinem „späteren Leben das Verständnis für die Jugendbewegung bei“. (3) Nach dem Lehrabschluß arbeitete er im Berliner Stammbetrieb der Pintsch AG, später als Monteur in der Knorr-Bremse AG im Stadtteil Friedrichshain. Er ging zu den Kundgebungen,



auf denen sozialdemokratische Politiker wie August Bebel, Georg Ledebour, Paul Singer oder Arthur Stadthagen sprachen. Sein Eintreten für die Belange der Arbeiter in der Stollen-Schmiede der Knorr-Bremse brachte ihm die fristlose Entlassung.

Als Ottomar Geschke 1910 nach Fürstenwalde zurückkehrte, war er durch seine Berliner Erlebnisse persönlich und politisch reifer geworden. Durch Fürsprache seines Vaters, der inzwischen Meister geworden war, bekam er bei Pintsch wieder einen Arbeitsplatz. Der 1. Mai 1910 war ein bedeutsamer Tag in seinem Leben. Er trat der SPD und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. Noch im selben Jahr gründete er in Fürstenwalde eine zahlenmäßig recht starke Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend. Er und weitere Jugendliche der Gruppe fuhren zweimal wöchentlich am Abend nach Berlin, wo sie im Gewerkschaftshaus am Engelufer die Arbeiterbildungsschule besuchten. 1912 ging Ottomar erneut nach Berlin. Er arbeitete in verschiedenen kleineren Metallbetrieben und wurde im Jugendheim Osten stellvertretender Jugendleiter. In der Arbeiterjugendbewegung sah er in Karl Liebknecht sein Vorbild. Dieser kompromißlose Streiter gegen den preußischen Militarismus und leidenschaftliche Ankläger gegen die Stahl- und Eisenkönige an Rhein und Ruhr bestimmte Ottomar Geschkes weiteren politischen Weg. Er bekannte: „Ich stand auf dem linken Flügel der SPD.“ (4)

Am 31. Juli 1914 war Ottomar Geschke zu Besuch in seiner Heimatstadt. Im dortigen Gewerkschaftshaus sollte eine Antikriegskundgebung seiner Partei stattfinden, die allerdings die Polizei wegen der allgemeinen Mobilmachung verbot. Wenige Tage später brach der Erste Weltkrieg aus. Die Sozialdemokraten im Deutschen Reichstag schwenkten um und gaben ihr Ja-Wort zu den Kriegskrediten des Kaiserreiches. Ottomar war enttäuscht. 1916 mußte auch er als Soldat den kaiserlichen Armeerock anziehen. Im Schützengraben erfuhr er von der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Seinen Entschluß, dieser neuen Arbeiterpartei, die sich gegen den Krieg stellte, beizutreten, teilte er seinen Genossen in Fürstenwalde mit, die am 1. Juni 1917 eine USPD-Ortsgruppe gebildet hatten. Von einer Verwundung genesen, wurde er Ende 1917 als dienstuntauglich in die Eisenbahnwerkstätten II in der Friedrichshainer Revaler Straße zwangsverpflichtet. Bald hatte er Eisenbahner um sich geschart, die trotz strenger Militärüberwachung unter den Werkstättenarbeiter für ein Ende des Krieges, den Sturz der kaiserlichen Monarchie und für eine demokratische Republik agitierten. Als Mitglied der Berliner Revolutionären Obleute bereitete er mit seinen Gesinnungsgenossen die nahende Revolution vor. Er nahm am 28./29. Oktober 1918 an der illegalen Konferenz der Revolutionären Obleute mit der USPD-Leitung teil, die festlegte, die Arbeiterschaft gegen die von der kaiserlichen Regierung verkündete „nationale Verteidigung“ zu mobilisieren. Bei Ausbruch der Novemberrevolution wählten ihn dann die Arbeiter zum Vorsitzenden des Arbeiterrates in den Eisenbahnwerkstätten II, wenige Tage später sogar zum Vorsitzenden des Arbeiterrates für den Eisenbahndirektionsbezirk Berlin. (5)

Konsequent setzte er sich für die Weiterführung der Revolution ein und organisierte die Streikkämpfe der Eisenbahner im Dezember 1918 und im Januar und März 1919. Er gehörte als Vertreter der USPD der Kommission des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte an, die am 8. März 1919 dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske die Bedingungen der Streikenden vortrug (6). Am

10. April schied er aus dem Vollzugsrat aus. Er brach mit der zentristischen Politik der USPD-Führung und trat der Kommunistischen Partei Deutschlands bei (7). Am 26. Juni 1919 wurde er nach der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldaten-Räte von Noske-Truppen wegen seiner Teilnahme an den Revolutionskämpfen verhaftet.

Im November 1919 kam er aus dem Gefängnis Lehrter Straße wieder heraus. Sofort stürzte er sich erneut in das politische Leben. Er wurde Sekretär der Berliner Betriebsrätezentrale und arbeitete ab Frühjahr 1920 in der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD in der Rosenthaler Straße. Ferner beauftragte ihn seine Partei, den organisatorischen und ideologischen Neuaufbau der Berliner Bezirksparteiorganisation zu unterstützen.

Am 20. Februar 1920 fanden in Preußen Landtagswahlen statt. Ottomar Geschke war in den Wochen zuvor unter den Wählern seines Berliner Wahlkreises 2 gewesen. Sie schickten ihn mit weiteren 30 kommunistischen Abgeordneten in das Landtagsgebäude in der Leipziger Straße, wo das Abgeordnetenhaus tagte. Nach der Niederschlagung des reaktionären Kapp-Putsches im März 1920 nahm er als Beauftragter der Berliner KPD-Leitung an den Verhandlungen mit dem ADGB und der USPD über die Bildung einer Arbeiterregierung teil, die jedoch scheiterten (8). Im Sommer 1920 koordinierte er mit Wilhelm Pieck im Auftrag der KPD-Zentrale die deutschen Aktionen in der Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!“ Die Arbeiter der Pintsch AG in Fürstenwalde teilten ihm mit, dass sie Kriegsmaterial, welches für die konservative polnische Regierung zum Kampf gegen die junge Sowjetmacht bestimmt war, vernichtet hatten.

Die Klassenauseinandersetzungen des Frühjahrs und Sommers 1920 beschleunigten den Drang der linken Kräfte in der USPD, sich mit der Kommunistischen Partei zu verbinden. Zur Unterstützung des linken Flügels führte die KPD im September 1920 in Berlin mehrere öffentliche Versammlungen durch, auf denen neben anderen auch Ottomar Geschke sprach. Auf der Verbandsversammlung der USPD (Linke) von Berlin-Brandenburg am 31. Oktober 1920 appellierte er als Vertreter der KPD, sofort Aktionsgemeinschaften von Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten zu bilden und so die Vereinigung von unten her vorzubereiten (9). Als der Vereinigungspartei im Dezember 1920 stattfand, wählten die Delegierten ihn – der bereits am 4. und am 5. Parteitag der KPD teilgenommen hatte – in die Mandatsprüfungskommission. Der wenige Tage später folgende Parteitag der VKPD Berlin-Brandenburg berief ihn zu einem der Sekretäre der Bezirksleitung.

Ottomar Geschke, der in der Betriebsräte- und Gewerkschaftsarbeit bereits wertvolle praktische Erfahrungen hatte sammeln können, unterstützte auf dem 7. Parteitag der VKPD im August 1921 die Ausführungen Jacob Walchers über die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften. Die Kommunisten hatten an Ansehen gewinnen können, weil sie sich an den Tagesnöten der Arbeitenden orientierten. Nach Geschkes Auffassung sollte die Kleinarbeit in den Gewerkschaften nicht unterschätzt und die Vertrauensmänner müßten für die Politik der KPD gewonnen werden. „Die Gewerkschaften (sind) zu einer Schule des Kommunismus“ (10) zu machen, und er knüpfte damit an die von Lenin unterbreitete Losung „Heran an die Massen!“ an. Auf

dem Bezirksparteitag von Berlin-Brandenburg orientierte er ebenfalls auf die Wirksamkeit der Kommunisten in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Er hatte die unter Kommunisten weit verbreitete Meinung, eine stetig steigende Not der Arbeitermassen werde automatisch eine Einigungsbewegung in der Arbeiterbewegung fördern.

Im großen Streik der Eisenbahner im Februar 1922 bildete die kommunistische Zentrale eine von Ottomar Geschke geleitete Unterstützungskommission. Als Mitverfasser des Aufrufs der KPD vom 5. Februar mahnte er auf zahlreichen Versammlungen zur Solidarität mit den Streikenden (11). Bei seiner Auswertung des Streikkampfes, an dem sich über 800.000 Eisenbahnarbeiter und -beamte beteiligt hatten, war eine der wesentlichsten Schlußfolgerungen, auch die Beamtenschaft als Bündnispartner bei den kommenden politischen Auseinandersetzungen zu gewinnen. Bei der Zentrale wurde extra ein Beamtenausschuß gebildet, der jedoch in späterer Zeit wieder aufgelöst wurde.

Im November/Dezember 1922 nahm er am IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau teil. Tief prägte sich ihm das Gespräch Lenins mit der deutschen Delegation über die Klassenkämpfe des Proletariats in Deutschland und das Ringen der KPD um eine Arbeiterregierung ein. Der anschließend tagende II. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale wählte ihn als RGI-Vertreter für Deutschland, der III. Kongreß ein Jahr später ihn zum Mitglied des Vollzugsbüros. Ottomar Geschke hatte das politische Parkett der internationalen kommunistischen Bewegung betreten. Auf Empfehlung des Exekutivkomitees der KI wurde er in die Zentrale der KPD gewählt. Den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale folgend, setzte er sich für die Durchsetzung des Leninismus in der KPD ein. Doch der zunehmende Einfluß der Partei im Sommer 1923 führte dazu, dass sie sich von der Realität entfernte. Über die revolutionären Oktoberereignisse des Jahres schrieb Geschke in der Presse: „Die Hauptlehre des niedergeschlagenen deutschen Oktobers, wie die des siegreichen russischen Oktobers (von 1917) ist ... die Lehre von der Rolle der bolschewistischen Partei im Kampf des Proletariats, die Lehre von ihrer entscheidenden Bedeutung als der einzigen Führerin in diesem Kampf, von ihrer Hegemonie, von der Notwendigkeit ihres unerbittlichen und unaufhörlichen Kampfes gegen alle Formen des Menschewismus und Trotzismus“ (12). Innerhalb der KPD begann ein zermürbender Prozeß über ihre Taktik im Klassenkampf. Ihr 9. Parteitag im April 1924 setzte sich mit dem „Rechtsopportunisten“ auseinander. Für Geschke gab es kein Negieren der Gewerkschaften oder ein Verkennen der Rolle der Partei. „Unsere Partei“, so bekannte er, „kann in dieser schweren Situation nur dann rücksichtslos kämpfen und siegen, wenn ihre zwei schärfsten Waffen blank und scharf bleiben. Diese Waffen sind die Geschlossenheit der Partei und die volle Unterstützung der Komintern.“ (13) Die von der KPRußlands übernommene These von der Diktatur des Proletariats sollte sich als tödlich erweisen, weil sie sich gegen den bisherigen Kurs einer flexiblen Einheitsfrontpolitik richtete. Der Parteitag wählte ihn erneut in die Zentrale und erstmals in das Politbüro, das höchste Gremium der KPD.

Ottomar Geschke war als Parteifunktionär eifrig bemüht, die Ideen seiner Partei weiter zu geben. So hatte er im Februar 1924 in Berlin und Lübeck sowie zu den thüringischen Landtagswahlen in Blankenhain und Kahla gesprochen, im März referierte er

auf dem KPD-Bezirksparteitag Ostpreußens in Königsberg. Im Mai war er mit Ernst Schneller und mit Heinrich Rau Organisator von Gegenaktionen der Arbeiterschaft gegen militaristisch-faschistische Aufmärsche in Halle (Saale) und in Fürstenwalde (Spree).

1. Jahrg. / Nr. 34 / Ausgabe 10 Pfennig  
Sonntag, den 17. Mai 1924

# Die Rote Fahne

Centralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Section der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Berlin, Unter den Eichen 10. Telefon 3111. Telegramm-Adresse: „Die Rote Fahne“. Post-Adresse: Berlin, Unter den Eichen 10. Telefon 3111. Telegramm-Adresse: „Die Rote Fahne“.

Verleger: Verlag der Rote Fahne, Berlin, Unter den Eichen 10.

Verantwortlich: Ernst Schneller.

Abonnements: 1/3 Mark pro Quartal, 1/10 Mark pro Monat.

**Auf nach Fürstenwalde am 18. Mai!**  
Gegen faschistischen Aufmarsch, 1924

**Auf einen Schein anderthalben!**

Die Rote Fahne hat heute eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Sie hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse in Fürstenwalde zu mobilisieren und sie zum Kampf gegen den faschistischen Aufmarsch zu ermahnen. Die Arbeiterklasse muss sich nicht scheuen, ihre Kraft einzusetzen, um den Faschismus zu vernichten. Die Rote Fahne ist die Stimme der Arbeiterklasse und sie wird sich nicht scheuen, die Faschisten zu bekämpfen.

Im Juni/Juli 1924 weilte er wieder in Moskau. Auf dem V. Kongreß der Kommunistischen Internationale würdigte er im Namen der ausländischen Delegierten das Wirken des verstorbenen Lenins als eines Führers des Weltproletariats. Der Kongreß wählte ihn erneut in das Exekutivkomitee, das ihn und Ernst Thälmann wiederum in sein Präsidium berief. Geschke leitete das deutsche Länderbüro der KI. Von seinen marxistisch-leninistischen Positionen aus beteiligte er sich im Frühjahr und Sommer 1925 an den Auseinandersetzungen mit „ultralinken“ Auffassungen in der Partei. Auf dem 10. KPD-Parteitag im Juli 1925 hielt er das Referat über „Die Kommunistische Partei und die Organisation der Arbeit“. Er begründete das neue Parteistatut: „Unser Partei kann nur dann die deutsche Arbeiterklasse zusammenführen, wenn sie das ganze Heer ihrer Mitglieder wie Stahl zusammenschweißt, wenn der ganze Organisationskörper unaufhörlich die Arbeitermassen zum Kampfe vorwärts schreiten läßt, ... wenn alle Teile nach fester Regel zusammenwirken.“ Geschke wehrte sich gegen den Vorwurf, die Politik der KPD werde von Moskau aus bestimmt, wobei er allerdings auf die Erfahrungen und die Lehren der russischen Partei nicht verzichten wollte. Er hielt Sowjetrußland für „den einzigen Felsen der Revolution, den einzigen Arbeiterstaat der Welt.“ (14) Mit Hilfe des EKKI wurde es möglich, eine Umgruppierung in der Führungsspitze der KPD zu erreichen. Am 1. September 1925 wurde die leitende Spitze der Partei neu gebildet. Geschke blieb im Politbüro, Ernst Thälmann übernahm den Vorsitz der KPD. Es war der Beginn der strikten Durchsetzung des Leninismus in der Partei. 1926/1927 weilte Geschke als Vertreter der KPD beim EKKI in Moskau.



Am 7. Dezember 1924 war Ottomar Geschke im Wahlkreis 3/Potsdam II in den Deutschen Reichstag gewählt worden. Die Kommunisten hatten gegenüber den Wahlen im Mai des selben Jahres herbe Verluste hinnehmen müssen, von 12,6 Prozent zurück auf 9,0 Prozent der Stimmen. Geschke gehörte bis zum Juni 1932 dem Reichstag an und hatte im Mai 1928 im Wahlkreis 7/Breslau und im September 1930 über die Reichstagswahlliste der KPD das Mandat erhalten.

Auf dem 11. Parteitag der KPD im März 1927 hielt Ottomar Geschke wiederum ein beachtenswertes Referat, diesmal über das Verhältnis von „Partei und Jugend“. Zum ersten Male befaßte sich die KPD mit der Rolle der jungen Generation im Klassenkampf. Geschke appellierte an seine Genossen „Freund, Berater und Belehrer unserer arbeitenden Jugend (zu sein)“ (15). Im Herbst 1927 übertrug ihm seine Partei ein neues Arbeitsgebiet, die Sozialpolitik. Er war im Oktober an der Gründung der „Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Arso)“ beteiligt. Für die Arso-Zeitschrift „Proletarische Sozialpolitik“ schrieb er Beiträge über Arbeitsschutzgesetze, -unfälle, -löhne, Krankenkassen und die Solidarität der Arbeitenden. Auch als Abgeordneter des Reichstages galten seine Aktivitäten der Sozialpolitik. Die KPD hatte sich im Jahr 1927 wieder auf die eigenen Tugenden besonnen und ein ganzes System ihrer politischen, kulturellen und sozialen Massenarbeit aufgebaut.

1928 geriet die KPD in eine äußerst schwierige Krise, die durch einen Korruptionsfall des Hamburger Bezirkssekretärs John Wittorf hervorgerufen wurde. Der KPD-Vorsitzende Thälmann versuchte dieses Fehlverhalten zu verschleiern, was zur Folge hatte, dass auf der ZK-Tagung am 26. September 1928 eine „Opposition“ einen Mehrheitsbeschluß durchdrücken konnte, der besagte, Thälmann sei als Parteivorsitzender nicht mehr tragbar. Außerdem wurden Mängel in seiner Führungstätigkeit genannt. Geschke hatte mit der Mehrheit gestimmt. Doch schon am 5. Oktober gehörte zu den 25 ZK-Mitgliedern, die ihre Zustimmung auf Ablösung Thälmanns zurückzogen.



Geschke mit Thälmann, 1928

1929 kam es zu einer Verhärtung in der Kontroverse zwischen KPD und SPD. Sie erreichte mit dem „Blutmai“ einen Höhepunkt. Der Berliner sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel machte den Arbeitern das Recht streitig auf der Straße zu demonstrieren. Als dennoch am 1. Mai demonstriert wurde, ging die Polizei generalstäblich mit Maschinengewehren und Panzerwagen gegen die Aufmärschierenden vor. Zur Abwehr entstanden in den Arbeiterbezirken Wedding und Neukölln spontan Straßensperrungen und Barrikaden. Der Terror der Polizei, von Carl von Ossietzky als eine „verhetzte, wildgemachte Bürgerkriegstruppe“ (16) verurteilt, erforderte 33 Tote und 194 Verletzte sowie 1.228 Verhaftungen. Noch im Mai bildete sich ein „Ausschuß zur Aufklärung der Maivorgänge“, dem Intellektuelle und Politiker wie Alfred Döblin, Ottomar Geschke, Egon Erwin Kisch, Heinrich Mann, Otto Nuschke und Carl von Ossietzky angehörten. Der Ausschuß wies eindeutig in aller Öffentlichkeit die Verantwortung der Polizei für das blutige Massaker nach. Geschke nannte in der Juli-Ausgabe der RHD-Justizzeitung, das „Tribunal“, das kapitalistische System schuldig an den Arbeitermorden. In diesem Klima gedieh die für die kommunistische Bewegung selbstzerstörerische Sozialfaschismustheorie, die Sozialdemokraten und Faschisten gleichsetzte, und die von der KPD vertretene wirksame Einheitsfrontpolitik blockierte.

Auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 äußerte sich Ottomar Geschke zur Sozialarbeit der KPD. Er kennzeichnete die bürgerliche Sozialpolitik als Teil der Klassenpolitik der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und forderte die „Umwandlung der zersplitterten Sozialversicherung in eine einheitliche, von der Arbeiterschaft verwalteten Sozialversorgung auf Kosten der Unternehmer, die den Werktätigen bei Erwerbslosigkeit, Krankheit, Unfall, Invalidität ... in ausreichendem Maße Versorgung“ (17) gewähren müsse. Geschke wurde wieder als Mitglied in das Zentralkomitee der KPD gewählt. Und auch als Geschäftsführer der Roten Hilfe (RHD) setzte er sich für die Solidarität der werktätigen Menschen ein.

Auf der Grundlage der von der KPD veröffentlichten Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes beteiligte sich Ottomar Geschke am Wahlkampf zu den Reichstagswahlen am 14. September 1930. Auf über 16 Veranstaltungen in Nord- und Südbayern erläuterte er Grundfragen des Programms, die Aufgaben im Kampf gegen die zunehmende Faschisierung. Die Nazi-partei charakterisierte er als das gefährlichste und skrupelloseste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals, gegen die der Hauptstoß der antifaschistischen Einheitsfront zu richten sei. Der Ruf war vergebens. Die Kommunisten konnten zwar ihren Stimmenanteil auf 13,1 Prozent erhöhen, für die Nazi-partei erbrachten sie mit 18,2 Prozent (1928 – 2,6) einen erdrutschartigen Sieg. Die KPD fühlte sich mit der ausweitenden Wirtschaftskrise in ihrer These von der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus bestätigt. Allerdings sah sie in dem Nazifaschismus und dem „Sozialfaschismus“ der SPD das letzte Aufgebot des Kapitalismus seinen Sturz abzuwenden. Die Bourgeoisie bedien sich beider Faschismen je nach Machtkonstellation. Diese fatale Wertung behinderte eine klare Position in ihrer Einheitsfrontpolitik. Dennoch unternahm die KPD angesichts der Weltwirtschaftskrise und der zunehmenden Faschisierung Anstrengungen, die Werktätigen zur Verteidigung ihrer politischen und sozialen Rechte um sich zu scharen. Eine Arbeitsgruppe des Zentralkomitees unter der federführenden Leitung von Ottomar Geschke formulierte einen Arbeits-

BUCHEREI  
FRANCK & A. M.

11. März / Nr. 111 / Seite 10. Preis 10 Pf.

Berlin, Freitag, 21. Mai 1931

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands (Kommunistische Internationale)

Verleger: Die Arbeiterpartei Deutschlands, Berlin, Unter den Eichen 15. Druck: Die Arbeiterpartei Deutschlands, Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 10 Pf. Abonnement: 100 Pf. pro Jahr. Einzelhefte: 10 Pf. pro Stück. Ausland: 150 Pf. pro Jahr. Einzelhefte: 15 Pf. pro Stück. Redaktion: Berlin, Unter den Eichen 15. Telefon: 20 00 00. Postfach: 10 00 00. Druck: Berlin, Unter den Eichen 15. Telefon: 20 00 00. Postfach: 10 00 00.

## Arbeitsbeschaffungsplan der KPD.

Nach dem Entwurf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung des Reichspräsidenten - Artikel 111 des Grundgesetzes

### Was tut er? Die KPD zeigt auch den Weg!

Der Reichspräsident hat den Reichspräsidenten ernannt, der die Arbeit der Reichsregierung leitet. Die Reichsregierung ist die oberste Exekutivbehörde des Reiches. Sie besteht aus dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Reichsministern. Die Reichsregierung ist für die Reichspräsidenten verantwortlich. Die Reichspräsidenten ernannt, die die Arbeit der Reichsregierung leiten. Die Reichsregierung ist die oberste Exekutivbehörde des Reiches. Sie besteht aus dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Reichsministern. Die Reichsregierung ist für die Reichspräsidenten verantwortlich.

### 1. Zusammenfassung des Arbeitsbeschaffungsplans

Der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD zielt darauf ab, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Produktion zu steigern. Er umfasst Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zur Förderung der Produktion und zur Unterstützung der Arbeiter. Die KPD fordert die Reichsregierung auf, diese Maßnahmen umzusetzen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

### 2. Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten

Die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ist ein zentrales Ziel des Arbeitsbeschaffungsplans der KPD. Dies soll durch die Förderung der Produktion, die Unterstützung der Arbeiter und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden. Die KPD fordert die Reichsregierung auf, diese Maßnahmen umzusetzen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

beschaffungsplan, den die KPD-Zeitung „Die Rote Fahne“ am 29. Mai 1931 veröffentlichte. Er enthielt Vorschläge zur Wiedereinbeziehung Arbeitsloser in den Produktionsprozess sowie zur besseren Ausnutzung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auf der ZK-Tagung der KPD im Februar 1932 äußerte sich Geschke zu den neuen Anforderungen an die antifaschistischen Kämpfe. Wieder ging es um die Einheitsfrontpolitik: Einheitsfront nur „von unten“ oder auch mit sozialdemokratischen Funktionären? Im Frühjahr begleitete er Ernst Thälmann auf dessen Wahltour zu den Reichspräsidentenwahlen. Thälmanns Losung: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Hindenburg blieb Reichspräsident.

Eine rechtskonservativ-faschistische Entwicklung in Deutschland schien nicht mehr aufzuhalten sein. Die Arbeiterparteien waren zerstritten, das Finanz- und Monopolkapital drängte auf eine rasche, für sie politisch stabile Machtveränderung. Am 30. Januar 1933 kam die Nazi-Partei an die Herrschaft. Hindenburg ernannte Hitler zum neuen Reichskanzler. Der offene Terror der Faschisten richtete sich sofort gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerliche Demokraten. Noch am Tag nach dem von den Faschisten inszenierten Reichstagsbrand wurde Ottomar Geschke auf der Straße verhaftet und ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz und danach in das Zuchthaus Spandau gebracht. Anfang April 1933 verschleppten die Nazis ihn und weitere führende Kommunisten in das rasch errichtete Konzentrationslager im brandenburgischen Sonnenburg, wo er mit Ernst Grube, Michael Niederkirchner und Walter Stoecker bald eine illegale Parteileitung der KPD aufbauen konnte (18). Es gelang den Kommunisten, einzelne Häftlingsfunktionen übertragen zu bekommen. Nach Auflösung des KZ Sonnenburg ein Jahr später, wurden die Insassen in das Konzentrationslager auf dem ehemaligen Schloß Lichtenburg in Prettin/Eibe überführt. Auch hier arbeitete die illegale KPD-Leitung weiter. Sie organisierte die Solidarität der Häftlinge untereinander, führte politische Schulungen durch und übermittelte Nachrichten über das Lagerleben und den Terror der SS ins Ausland. (19)

Die illegale Arbeit hinter Stacheldraht wurde fortgeführt, als im August 1937 auch das KZ Lichtenburg aufgelöst wurde und die Häftlinge in das im Entstehen begriffene größere Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar gebracht wurden. Ottomar Geschke gehörte auch hier von Anbeginn dem illegalen Parteiaktiv an. Es gelang 1937/38 nach und nach auch hier die wichtigsten Häftlingsfunktionen im Lager an politische Gefangene zu bekommen. Geschke war im C-Flügel von Block 38 untergekommen, wo zumeist Kommunisten schmachteten. Der C-Flügel war Treffpunkt der illegalen Leitung. Als sein Kampfgefährte Walter Stoecker am 10. März 1939 an den Folgen der jahrelangen Entbehrungen im KZ Buchenwald starb, würdigte Ottomar Geschke auf einer geheimen Gedenkfeier das politische Leben seines Genossen. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Österreich, die Tschechoslowakei, Polen und Frankreich kamen Antifaschisten aus diesen Ländern in das KZ Buchenwald. Getreu ihrem proletarischen Internationalismus war Geschke mit beteiligt, Kontakte der deutschen Kommunisten zu den ausländischen Mitgefangenen herzustellen. (20)



Am 19. Juli 1940 wurde Ottomar Geschke aus dem KZ Buchenwald entlassen und nach Köslin in Pommern überwiesen, wo ihn die dortige Gestapo-Dienststelle zwangsverpflichtete. Trotz polizeilicher Überwachung gelang es ihm, lose Verbindungen zu illegal arbeitenden Kommunisten in Kolberg und in Berlin aufzunehmen. In Stettin wurde er 1943/1944 bei Bombensuch- und -räumkommandos eingesetzt. Im August 1944 verhaftete die Gestapo in der „Gewitter-Aktion“ gleich Tausenden ehemaligen Arbeiterfunktionären, Abgeordneten und demokratischen Persönlichkeiten aus der Weimarer Republik auch Ottomar Geschke und brachte ihn erneut in ein Konzentrationslager, diesmal nach Sachsenhausen bei Berlin. Er wurde auch hier auf Grund seiner reichen politischen Erfahrungen in das illegale Lageraktiv der KPD aufgenommen. Zurückblickend resümierte er über seine Haft in Sachsenhausen: „Lebensgefährliche konspirative Arbeit kostet Opfer, Verräter rissen wieder neue Lücken in unsere Reihen. Ernst Schneller zählte mit zu diesen Opfern. In vierzehn Tagen gingen 15.000 russische Kameraden, russische Gefangene durch die Öfen der Krematorien. Wir bildeten über parteipolitische, über konfessionelle, über Rassen- und Klassengegensätze hinweg die Einheitsfront gegen den einen Feind, den Faschismus. Sagt nicht, das war Haß, der Euch einte. Nein, es war die politische Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, wenn wir Sieger bleiben wollten“ (21).

Mit Max Opitz stellte sich Geschke an die Spitze einer Häftlingsgruppe, die am 21. April 1945 aus dem KZ Sachsenhausen auf den Todesmarsch gehetzt wurde. Sie konnten sich vom Gros der Häftlinge lösen. In dem Dorf Flecken Zechlin gelang es ihnen, mit Hilfe eines patriotischen Gendarmierewachtmeisters, den weiteren Marsch zu stoppen, die SS-Wachmannschaft zu entwaffnen und Verbindung zur Roten Armee aufzunehmen. In den Mittagsstunden des 1. Mai 1945 war es, wie Geschke sich später erinnerte, als die Gruppe einem russischen Major und der Mannschaft eines sowjetischen Spähwagens als ihren Befreier die Hand drücken konnten. Ein neues Leben ward ihnen geschenkt. Geschke: „Es war mein schönster erster Mai!“ (22)

Von den Beauftragten der Roten Armee nach Berlin gebracht, stellte sich Ottomar Geschke sofort der aus dem Moskauer Exil gekommenen und von Walter Ulbricht geleiteten Initiativgruppe des Zentralkomitees der KPD zur Mitarbeit zur Verfügung. Er erhielt den Auftrag, die aus den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückkehrenden Kommunisten zu sammeln, die Parteikader zu erfassen und für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg provisorische Bezirksleitungen aufzubauen. Am 13. Mai, wenige Tage nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands, nahm er an der ersten Zusammenkunft der Initiativgruppe mit etwa 100 Kommunisten in Berlin-Friedrichsfelde, Einbecker Straße 41, teil. Ulbricht sprach über die Notwendigkeit, eine antifaschistische Einheitsfront zu schaffen. Da war es wieder, das Schlagwort von der „Einheitsfront“. Jedoch sollten neue Wege besritten werden. Ottomar Geschke war mit seinem Herzen Kommunist. Freilich hatten Parteitreu und enge Parteidisziplin in der Weimarer Republik bei ihm oft über die eigenen politischen Erfahrungen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse gesiegt. Die alten Fehler durften sich nicht wiederholen. Am 11. Juni erschien der Aufruf des ZK der KPD an das schaffende Volk in Stadt und Land, den Ottomar Geschke mit unterzeichnete. Als Vertreter der KPD hob er auf der ersten öffentlichen Versammlung des SPD-Zentralausschusses am 17. Juni in einer kurzen Ansprache das einheitliche

Handeln der Arbeiterschaft und aller Werktätigen hervor und sprach sich dafür aus, einen festen Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien zu schaffen. Er war bei den Beratungen des ZK der KPD mit dem Zentrallausschuß der SPD zugegen und seine Unterschrift stand mit unter dem am 19. Juni 1945 abgeschlossenen Aktionsprogramms beider Arbeiterparteien.

In der zweiten Junihälfte war die Konsolidierung der kommunistischen Kader in Berlin soweit fortgeschritten, dass am 25. diesen Monats eine Funktionärskonferenz die vom ZK eingesetzte Bezirksleitung mit ihrem Vorsitzenden Ottomar Geschke fürs erste bestätigen konnte. In einem Schreiben vom 26. Juli 1945 legte die Bezirksleitung bereits die Struktur des Parteaufbaus für die deutsche Hauptstadt fest. In allen 20 Berliner Verwaltungsbezirken mit ihren Kreisleitungen wurde der Parteaufbau nach Stadtteilen, Straßen und Betrieben vorgenommen.

Schon am 9. Mai 1945 war durch den sowjetischen Stadtkommandanten Generaloberst N.E. Bersarin der neue demokratische Magistrat von Groß-Berlin in sein Amt eingeführt worden. Ottomar Geschke wurde das Amt des Stadtrates für den Bereich Sozialwesen übertragen. In diesem neuen kommunalen Wirkungskreis konnte er sich auf seine reichen Erfahrungen aus den letzten Jahren der Weimarer Republik stützen. Unübersehbare Aufgaben stürzten auf ihn ein. Auf der Gründungsversammlung des Hauptausschusses für die Opfer des Faschismus am 3. Juni 1945, dessen Vorsitz er übernahm, forderte er die Nazi- und Kriegsverbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Auf der ersten Vollsitzung des Hauptausschusses erläuterte er dann die Aufgaben, die sich für die soziale und kulturelle Betreuung der Opfer des Faschismus ergaben. Der Ausschuß legte fest, alle Dokumente über die Verbrechen des Hitlerfaschismus zu sammeln und der Weltöffentlichkeit zugänglich zu machen. Am 9. September 1945 sprach er auf der ersten antifaschistischen Gedächtniskundgebung in der Neuköllner Werner-Seelenbinder-Kampfbahn vor 70.000 Berliner das Gelöbnis von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Liberalen zum gemeinsamen Handeln für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands: „Wir ehren Euch – unvergeßliche Kameraden und Helden! Die Fahne, die Euren Händen entglitten, für die Ihr gelitten, für die Ihr gekämpft, für die Ihr Euer Leben gabt – wir nehmen sie auf, wir tragen sie nun dem deutschen Volke voran, wir werden Euer würdig sein – Kameraden! ... Ihnen der Lorbeer – unser die Pflicht!“ (23) Patriotische Worte, die Lehren aus der jüngsten, düsteren Vergangenheit zu ziehen.

Auf der Arbeitstagung des Hauptausschusses der OdF am 7. Oktober 1945 begründete er die Hilfsaktion „Rettet die Kinder!“. Es müsse alles getan werden, so erklärte er, damit die Kinder in dem Ruinenfeld von Berlin nicht jetzt noch Opfer des Faschismus würden. Höhepunkt der Aktion sollte das erste Friedensweihnachtsfest 1945 werden. Der Hauptausschuß der Opfer des Faschismus erließ einen Aufruf zur Hilfe: „Die Kämpfer gegen das fluchbeladene Hitlerregime sind in den Zuchthäusern und KZ durch eine Hölle von Not und Elend gesritten; sie wissen am besten, was frieren, was hungern, was leiden heißt. Sie wissen es, wie niemand sonst in Deutschland. Und deshalb wollen sie den Kindern helfen. Wenn jemand unschuldig ist an dem verbrecherischen Krieg, dann sind es unsere Kinder, die noch am meisten unter seinen Folgen leiden. Die Not des Winters lastet am schwersten auf ihnen und bedroht ihr junges Leben. Das blutige Naziregime, das so schmachlich endete, streckt



# Vereinbarung des Zentralkomitees der Kommunistischen und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 10. Juni fand in Berlin die erste gemeinsame Sitzung der Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Als Vertreter des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei waren die Genossen Erich Galtke, Otto Grotewohl, Gustav Dährendorf, Helmut Lehmann und Otto Meier, vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei die Genossen Walter Ulbricht, Anton Ackermann, Ottomar Geschke, Hans Jendretzki und Otto Winzer anwesend. Die Aussprache war von dem festen Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien getragen. Sie verlief im Geiste gegenseitigen Vertrauens. Unter Achtung der demokratischen Grundsätze wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Es wird ein

## Gemeinsamer Arbeitsausschuß

bestehend aus je fünf Vertretern der beiden Zentralstellen gebildet. Dieser Ausschuß, der ein Ausdruck der Aktionseinheit der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, stellt sich folgende Aufgaben:

1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf sicherer Grundlage. Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volke alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert.
2. Es sind alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Blockes zu treffen.
3. Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land.
4. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien.
5. Gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen.

Die Vertreter beider Parteien drücken ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaues die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Der gemeinsame Arbeitsausschuß des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands empfiehlt den Organisationen beider Parteien, in allen Bezirken, Kreisen und Orten zusammenzutreten, ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten, wie das im zentralen Maßstab geschieht.

Berlin, den 10. Juni 1945.

Walter Ulbricht  
Anton Ackermann  
Ottomar Geschke  
Hans Jendretzki  
Otto Winzer

Erich Galtke  
Otto Grotewohl  
Gustav Dährendorf  
Helmut Lehmann  
Otto Meier

jetzt noch seine Knochenhand nach unseren Kindern aus. Niemals dürfen die Kinder – das Liebste, das Kostbarste, was wir besitzen – ein nachträgliches Opfer des Faschismus werden. Vergessen wir nicht, sie sind unsere Zukunft. Die Kinder von heute sind das Deutschland von morgen!" (24)

Ottomar Geschke war wieder viel unterwegs. Am 31. Oktober sprach er vor dem Frauenausschuß im Stadtbezirk Wedding, am 10. November nahm er an einer Kinderfeier in Friedrichshain teil, am 12. November übergab er in Prenzlauer Berg die erste Kinderkrankestube. Die „Deutsche Volkszeitung“ bezeichnete ihn in ihrer Ausgabe vom 16. November 1945 als „den Vater einer halben Million Kinder.“ Sein Name war in der Tat mit diesem edlen, humanistischen Hilfswerk eng verbunden.

Eine im November 1945 im Stadtbezirk Neukölln durchgeführte Umfrage bei 21.078 Kindern ergab folgendes erschreckendes Bild: Bei 1.632 war der Vater im Krieg gefallen, bei 1.874 noch vermißt, 4.880 wußten nichts über dessen Schicksal; von 178 waren die Mütter bei den Bombenangriffen ums Leben gekommen; bei 3.174 Kindern war die Wohnung völlig und bei 3.039 teilweise zerstört; 7.109 besaßen keine Winterschuhe und 7.982 trugen notdürftiggefficktes Schuhzeug. Die Aufmerksamkeit galt besonders der Beschaffung von Milch, Nahrungsmitteln und Medikamenten für werdende Mütter und Kleinstkinder, der Ausgabe einer zusätzlichen warmen Mahlzeit für jedes Kind, die Sicherung von warmen Schulräumen und Kindergärten, dem Kampf gegen Seuchengefahr, der Verteilung von Kleidung, Schuhen und Spielzeug. Unter der Regie der entstandenen demokratischen Frauenausschüsse arbeiteten zeitweilig in Berlin etwa 250 Nähstuben für dieses humanistische Hilfswerk. Aus den Heimen der Jugendausschüsse kam selbst gebasteltes Spielzeug. Geld- und Sachspenden übergaben die Berliner. Die Theater, die Varieties und der Rundfunk sowie Künstler und Wissenschaftler stellten sich in den Dienst der Aktion. Allein in Berlin konnten zu Weihnachten 1.737 Kinderbescherungen stattfinden, bei denen 364.115 Kinder beschenkt wurden. Und das alles unter den schwierigsten Bedingungen einer materiell und ideell schwer zerstörten Stadt.

Ottomar Geschke verstand es auch neue Wege in der Sozialpolitik einzuleiten. Für ihn war die Arbeit auf dem Gebiet des Sozialwesens keine Angelegenheit der Wohltätigkeit, sondern eine hohe Verpflichtung der Gesellschaft. Der Kirchenmann Probst Dr. Heinrich Grüber brachte seine Wertschätzung dessen mit den Worten zum Ausdruck: „Der populärste von allen diesen Männern – das kann man ohne Übertreibung sagen – war Ottomar Geschke, der vielleicht am stärksten diese Arbeit verkörperte. Es war wohl auch keiner so geeignet wie er, die soziale Arbeit Berlins aufzubauen. Mit einem warmen Herzen verband er stets ein opferbereites Solidaritätsbewußtsein. Er hatte nicht nur einen durch die Leidensjahre geschärften Blick für die Nöte, sondern er hatte auch die langen und schweren Haftjahre mit ungebrochener Vitalität und Schaffenskraft überstanden.“ (25)

Eine besondere Aufgabe des Sozialwesens war es auch, die durch den Krieg verursachte Verwahrlosung eines Teils der Jugendlichen einzudämmen. Geschke sah eine äußerst wichtige Verantwortung der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung darin, in gemeinsamen Anstrengungen von Schule, antifaschistischen



Jugendausschüssen, der Jugend in den Gewerkschaften und den antifaschistisch-demokratischen Parteien in der Erziehung neue Formen der Arbeit gerade mit der gefährdeten Jugend zu entwickeln. Am 2. Juni 1945 kam es zur Bildung der einheitlichen „Versicherungsanstalt Berlin“, deren Direktion er übernahm und der er bis 1947 vorstand.

Auf Grund seiner stark angegriffenen Gesundheit aus der KZ-Haft und seiner unermesslichen physischen Belastung in den ersten Nachkriegsmonaten wurde der kleine, drahtige, voller Energie und Power geladene Ottomar Geschke im Herbst 1945 von seiner Funktion als Vorsitzender der KPD-Bezirksleitung Groß-Berlin entbunden. Neben der eingeleiteten demokratischen Sozialpolitik, die beispielgebend für die sowjetische Besatzungszone wurde, widmete er seine ganze Kraft dem Zusammenwirken der beiden Arbeiterparteien. Er war an den gemeinsamen Beratungen des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD beteiligt und als Mitglied des ZK Mitunterzeichner der Entschließung der am 20./21. Dezember 1945 tagenden „Sechziger-Konferenz“. An dieser Beratung hatten je 30 Vertreter beider Parteien teilgenommen und in einer Entschließung formuliert, dass „nur die Einheit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte des Volkes, die Aktionseinheit über ganz Deutschland hinweg, die nationale deutsche Einheit verkörpern und tragen“ (26) könne. Studienkommissionen wurden gebildet, die Entwürfe für die Grundsätze und Ziele der Einheitspartei und das Parteistatut ausarbeiteten.

Die ersten Monate des Jahres 1946 waren angefüllt mit Diskussionen über die Auffassungen jener Kräfte, die sich um die Einheitsgegner vor allem in der Berliner SPD geschart hatten. Die Stadt war zwar von der Roten Armee befreit worden, aber im Sommer 1945 in vier Besatzungssektoren eingeteilt worden. Von den drei Westsektoren aus richteten die Ablehner einer Einheitspartei mit Hilfe der westalliierten Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich ihre schärfsten Angriffe gegen eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Ihre einheitsfeindliche Politik war von Tendenzen des Antikommunismus und von einer feindseligen Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht geprägt.

Das Streben nach Einheit der Arbeiterbewegung war trotz mancher Vorbehalte jedoch nicht mehr aufzuhalten. Am 6. März 1946 betonten 120 leitende kommunistische und sozialdemokratische Kommunalpolitiker aus dem Magistrat und aus Stadtbezirksämtern, dass der Neuaufbau der Stadt die Einheit der Arbeiterparteien dringend erforderlich mache. Am 26. März sprach sich eine gemeinsame Funktionärskonferenz der KPD-Bezirksleitung und des SPD-Bezirksvorstandes für die sofortige Verschmelzung aus. Am 13. April fanden dann die Berliner Bezirksparteitage der KPD und der SPD statt. Auf dem Parteitag der KPD erinnerte Ottomar Geschke leidenschaftlich an die Erfahrungen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, deren Lehren für ihn nur in der Einheit als Grundlage für den Neuaufbau bestehen konnten. Beide getrennt tagenden Bezirksparteitage wählten die Mitglieder einer neuen Landesleitung der SED Groß-Berlin – unter ihnen auch Ottomar Geschke, der ihr bis 1953 (ab 1952 SED-Bezirksleitung) angehörte – und die Delegierten zum zentralen Vereinigungsparteitag, der am 21./22. April 1946 im vormaligen Berliner „Admiralspalast“ in der Friedrichstraße stattfand. Damit hatte sich für Ottomar Geschke ein Lebensziel erfüllt, wofür er seit Jahrzehnten aktiv eingetreten war. Ei-

nen Wehrmutstropfen gab es allerdings für ihn. Er war trotz seines unermüdlichen Einsatzes für die Einheit der Arbeiterbewegung nicht wieder in das oberste Parteigremium, den Parteivorstand der SED aufgenommen worden.

Die ersten demokratischen Nachkriegswahlen am 20. Oktober 1946 brachten für die SED in Berlin eine herbe Niederlage. Ihr Engagement war von den Wählern nicht belohnt worden. Die SPD ging als stärkste Partei her, gefolgt von der CDU und dann erst kam die SED. Ottomar Geschke mußte sein Amt als Stadtrat aufgeben. Er konnte die von ihm eingeleitete Sozialpolitik nicht fortsetzen. Die neue Stadtverordnetenversammlung hatte folgende Sitzverteilung: SPD 63, CDU 29, SED 26 und LDPD 12 Abgeordnete. Geschke wurde zu einem ihrer stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher gewählt. In seiner Abgeordnetentätigkeit entwickelte er im Rahmen der SED-Fraktion hier neue Aktivitäten zum Neuaufbau der deutschen Hauptstadt. Einer der ersten Anträge der SED-Fraktion war eine „Verordnung zur Enteignung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher, Kriegsgewinnler, Kriegsinteressenten und Naziaktivisten im Stadtgebiet von Berlin“, die mit den Stimmen der SPD angenommen wurde.

Zu Beginn des Jahres 1947 war die Zeit herangereift, aus den Ausschüssen der Opfer des Faschismus eine überparteiliche Organisation zu schaffen. Die Gründungskonferenz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes für die sowjetische Besatzungszone erfolgte am 22./23. Februar 1947. (27) Sie bestellte Ottomar Geschke zu ihrem 1. und Probst Heinrich Grüber, mit dem er im KZ Sachsenhausen inhaftiert gewesen war, zum 2. Vorsitzenden. Er wirkte auch führend an der Bildung der VVN in allen Provinzen und Ländern der sowjetischen Besatzungszone mit und gehörte ebenso dem am 11. März 1947 gebildeten vorbereitenden Büro für die VVN von Groß-Berlin an, dem es nach monatelangem Widerstand seitens der westalliierten Besatzungsmächte schließlich gelang, am 16./17. Januar 1948 auch für Gesamtberlin eine VVN-Landesorganisation zu gründen. Geschke versuchte von Beginn an, den parteiübergreifenden Gedanken in der VVN beizubehalten und als Maxime seines politischen Lebens zu praktizieren. Das brachte ihm erheblichen Unmut mit seiner Parteizentrale ein, der es schon wieder um eine Vormachtstellung in der Gesellschaft ging.

Die VVN wurde Ende Mai 1948 als Mitglied in die Internationale Föderation der ehemaligen politischen Gefangenen (FIR) aufgenommen und kooptierte Geschke in ihr Präsidium. Die VVN setzte die Arbeit der OdF-Ausschüsse fort und leistete unter der Bevölkerung eine aktive Aufklärung über die Verbrechen in Nazideutschland. So konnten in der von Ottomar Geschke am 1. September 1948 anlässlich der internationalen Gedächtniswoche für die Opfer des Faschismus eröffnete Ausstellung „Das andere Deutschland 1933-1945“ erstmals zahlreiche Dokumente aus dem antifaschistischen Widerstandskampf und über den faschistischen Terror der Öffentlichkeit gezeigt werden. Die VVN setzte sich dafür ein, dass Terrorstätten aus der Nazizeit, wie die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück und Lichtenburg, wie auch das Zuchthaus Brandenburg, als bleibende Mahn- und Gedenkstätten erhalten blieben.

Im Frühjahr und Sommer 1948 gingen die Westmächte und die restaurativen Kräfte in den westlichen Sektoren Berlins daran die Stadt zu spalten. Der „kalte Krieg“ er-



griff Berlin immer mehr. Im Januar 1948 verboten die westlichen Besatzungsmächte die demokratische Volkskongreßbewegung in den Westsektoren von Berlin, im Februar gründeten Spalter eine eigene Gewerkschaft, im März ernannten sie für den Westteil einen besonderen Polizeichef, im Juni führten sie die separate Währungsreform durch – worauf die Sowjetische Militäradministration zum Schutz der ostdeutschen Wirtschaft mit der Einstellung des Güterverkehrs zwischen den Westzonen und Berlin antwortete –, im August jubilierten Westberliner Zeitungen: „Berlin ist einen Krieg wert!“, im September sprengten SPD, CDU und LDPD die noch einheitliche Stadtverordnetenversammlung und richteten in den Westsektoren eine eigene Verwaltung. Letzteres bedeutete, dass der gemeinsame Magistrat von Groß-Berlin aufgehört hatte zu existieren.

Nach dem Auseinandertriften der Stadtverordnetenversammlung überbrachten Delegationen aus 130 Betrieben aus allen Teilen der Stadt Ottomar Geschke als einem der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Resolutionen ihrer Belegschaften, in denen diese einen neuen, arbeitsfähigen Magistrat forderten. Auf der Landesdelegiertenkonferenz der SED Groß-Berlin am 27./28. November 1948, die sich mit der Situation befaßte, entgegnete Geschke dem Gezeter Westberliner Medien: „Berlin will nicht einen Krieg wert sein, sondern im friedlichen Aufbau seine Wirtschaft entwickeln.“ (28) Für den 30. November berief er daher eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung ein, die für den Ostteil der Stadt einen neuen, demokratischen Magistrat von Groß-Berlin mit dem Oberbürgermeister Friedrich Ebert an der Spitze wählte.

Anfang September 1949 wurde für die drei westalliierten Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ausgerufen. In der sowjetischbesetzten Zone war im Mai 1949 der Deutsche Volksrat gewählt worden, der aus der Volkskongressbewegung hervorgegangen war. Ottomar Geschke gehörte als Vertreter der VVN dem Volksrat an. Nun im Angesichts der neuen Situation konstituierte sich der Deutsche Volksrat am 7. Oktober 1949 zur Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Am 11. Oktober wählten die Abgeordneten der neuen Volkskammer und die der Länderkammer Wilhelm Pieck zum Präsidenten der anderen Republik. Ministerpräsident wurde Otto Grotewohl, der einen Tag später das Programm seiner Regierung vorstellte. Ottomar Geschke gab im Namen der VVN-Fraktion die Zustimmung zum Regierungsprogramm. Er begrüßte, dass die Regierung der am 7. Oktober gegründeten DDR gelobte, getreu dem Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer zu wirken. Er empfand es als eine Genugung, dass in der gerade gebildeten Regierung sowie in den provisorischen Volks- und Länderkammern Männer und Frauen vertreten waren, die durch die Hölle der Konzentrationslager und des Widerstandes gegangen waren. „Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, die Annahme der Verfassung, die Wahl des Präsidenten der Republik“, so hob Ottomar Geschke mit seiner warmen, ausdrucksvollen Stimme hervor, „bedeuten für uns einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zu dem Ziele, für das unsere Mitkämpfer ihr Leben ließen. ... Auch heute eint uns ein Wille, gehen wir den gemeinsamen Weg in der Nationalen Front für Einheit – Demokratie – Frieden. Uns eint aber auch der Wille, getreu dem Artikel 6 der von der uns angenommenen Verfassung, der die Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz sicher stellt, den Feinden der Freiheit keine Freiheit zu lassen, sei es in der

Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, in der Hetze gegen demokratische Politiker, in der Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß, in militaristischer Propaganda sowie Kriegshetze und allen sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung und den Frieden richten.“ (29)

Am 15. Oktober 1950 fanden die ersten Wahlen zur Volkskammer der DDR mit einem gemeinsamen Wahlprogramm und einer gemeinsamen Kandidatenliste verschiedener Parteien und Organisationen statt. Im Ergebnis war die Mandatsverteilung folgende: 100 Abgeordnete für die SED, je 60 für die CDU und die LDPD, je 30 für die NDPD und die DBD, 40 für den FDGB, je 20 für die FDJ und den Kulturbund, je 15 für den DFD und die VVN und je 5 für den VdgB und für Genossenschaften. Bis 1954 war Ottomar Geschke als Abgeordneter der VVN in der Volkskammer und danach bis zu seinem Tode als Vertreter der Hauptstadt der DDR in der Länderkammer.

Die „Todesmärsche“ aus den faschistischen Konzentrationslagern Sachsenhausen und Ravensbrück in den Apriltagen 1945 waren für die Überlebenden ein Weg durch das Höllentor in die Freiheit. Am 16. April 1950 wurde die Route zu einer Strecke der internationalen Friedensmanifestation. Auf Einladung der VVN weilten ausländische Gäste in der DDR. Ottomar Geschke begleitete sie auf einem Friedenskonvoi von Berlin nach Schwerin. Unterwegs fanden Kundgebungen mit hunderttausenden Werktätigen statt. Bei der Enthüllung eines Ehrenmals für die Opfer auf dem Friedhof in Neuruppin erinnerte er an den Schwur der antifaschistischen Widerstandskämpfer bei ihrer Befreiung: „Nie wieder Faschismus!“ Dann ging es durch den Belower Wald bei Wittstock, in den Tausende von Häftlingen von der SS zur Vernichtung getrieben worden waren. In Grabow wurde ein Gedenkstein eingeweiht. Traktoristen einer Maschinen-Ausleih-Station übergaben den ausländischen Delegationen Getreidesamen mit den symbolischen Worten: „Senkt diese Körner, die auf der blutgedüngten Erde gewachsen und gereift sind, in eure Äcker, damit wir überall das gleiche Brot essen; zum Zeichen unseres gemeinsamen Kampfes um den Frieden!“ (30) Weitere Kundgebungen fanden auf diesem Marsch in Parchim und in Schwerin statt.

Ottomar Geschke, der zwischenzeitlich 1949/1950 als Hauptreferent in der Abteilung zur Betreuung der Verfolgten des Naziregimes (VdN) des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR tätig gewesen war, widmete sich wieder ganz seinem internationalistischen Wirken als Vorsitzender der VVN. Am 13. August 1950 unterzeichnete auf dem Ettersberg bei Weimar ein Freundschaftsabkommen mit der französischen Organisation der Resistance-Kämpfer. Am 9. September 1950 weihte er in Oranienburg mit westdeutschen, tschechischen und sowjetischen Widerstandskämpfern ein antifaschistisches Ehrenmal ein. Im August 1951 war er anlässlich der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten bei den Kindern von französischer Widerstandskämpfern in der Pionierrepublik „Ernst Thälmann“ in der Berliner Wuhlheide. Im September 1951 weilte er zu einem Frauenfriedentreffen im ehemaligen Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, im Januar 1952 war er auf dem Nationalkongreß zum Schutze der Kinder, Ostern war er bei einem internationalen Treffen ehemaliger Buchenwaldhäftlinge, im Juni 1952 sprach er auf einem Freundschaftstreffen der deutschen und sorbischen Bevölkerung im Oberlausitzer Bautzen. Es ist nicht möglich alle seine Aktivitäten einzeln aufzuzählen. Er fühlte sich unter den werktätigen Menschen wohl, sich mit ihrem Aufbauwerk verbunden. Ottomar Geschke wirkte



weiterhin in der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, dessen Präsidium er schon seit Jahren angehörte. Er war wiederholt Gast bei Veranstaltungen der VVN in der BRD, fuhr zu Feierlichkeiten und Kongressen ehemaliger KZ-Häftlinge nach Österreich und in die Tschechoslowakei. Kämpfer der slowakischen Partisanen-Brigade „Josef Trojan“ ernannten ihn zu ihrem Ehrenpartisanen. Ottomar Geschke scheute weder seine Kraft noch seine Gesundheit. Vielfach erinnerte er an die letzten Worte seines im faschistischen Konzentrationslager Sachsenhausen ermordeten Kampfgefährten Matthias Thesen: „... besonders jetzt tue Deine Pflicht!“

Im Juli 1952 nahm Geschke an der Tagung des Weltfriedensrates in Berlin teil, dem er seit dessen Gründung im April 1949 angehörte. Er überbrachte der Konferenz die Grüße der VVN. Und immer wieder erhob er seine warnende Stimme gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Remilitarisierung in der westdeutschen Bundesrepublik. Ehemalige Nazigrößen hatten wieder Eingang in die Organe der Justiz, der Polizei, des Militärs und des Staates gefunden. Er fühlte, es waren dort wieder die alten restaurativen Kräfte am Werke, die den Frieden bedrohten. Die friedliche Eintracht der Völker sei kein Geschenk der Natur, sie müsse immer wieder erstritten und verteidigt werden, hob er auf Kundgebungen, in Versammlungen und in seinen Aufsätzen in der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“ ständig hervor.

Uns sind Bilder überliefert, auf denen festgehalten ist, wie der betagte Ottomar Geschke mit half, die durch den Krieg schwer zerstörte Stadt Berlin zu enttrümmern. Das Zentralkomitee der SED hatte schon im November 1951 an alle Bürger der DDR einen Aufruf zum Neuaufbau der Hauptstadt gerichtet. In allen Stadtteilen wurden im „Nationalen Aufbauwerk“ Ruinenfelder abgeräumt und Kinderspielplätze, Sportflächen und Grünanlagen als Stätten der Erholung und der Entspannung geschaffen. Aus den Trümmern des Krieges entstanden in den folgenden Jahren mit der Karl-Marx-Allee, der Weberwiese und der Frankfurter Allee neue Wohnkomplexe, in der Straße Unter den Linden alte Kultur- und Bildungsstätten wieder im alten Stil.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sollte eine von Parteien unabhängige Organisation sein. Das führte oft zu Konflikten mit der Führungsspitze der SED. Sie ließ 1950/1951 durch ihre Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) das Generalsekretariat wie auch die Sekretariate in den Ländern und Provinzen der VVN überprüfen. Das Ergebnis war niederschmetternd. Der VVN, die eine verdienstvolle Arbeit zum internationalen Ansehen der noch jungen DDR leistete, wurde vorgeworfen, sie sei zu einem „Sammelbecken parteifeindlicher Kräfte und Gruppierungen“ verkommen, in der sich „Sozialdemokratismus“, „Trotzkismus“ und „Sektierertum“ zersetzend breit gemacht hätten. Von „Zionisten“ und „Agenten“ war die Rede. „Otto Mageschke“, so im Protokoll der ZPKK, sei als Vorsitzender „infolge des Alters und des Gesundheitszustandes nicht mehr in der Lage, die Organisation zu führen und zu überschauen.“ (31) Das war schon äußerst diffamierend. Mit der Eigenständigkeit der VVN schien es vorbei zu sein. Da die ZPKK die „führende Rolle der Partei“ nicht gewährleistet sah, wurde an dem Ende der VVN gebastelt – und es sollte selbst für die Spitzenleute des Verbandes überraschend kommen. Im Februar 1953 fand die Auflösung statt. Statt dessen wurden Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer gebildet. Das Präsidium nahm Ottomar Geschke auf.

An seinem 70. Geburtstag ehrten ihn Freunde und Mitarbeiter im Berliner Haus der Presse. Erich Weinert schrieb für ihn ein Gedicht, das Wolfgang Langhoff vortrug. Darbietungen boten Ernst Busch und Kurt Bartel (Kuba). Am Abend luden die Regierung der DDR, das Zentralkomitee der SED und der Zentralvorstand der VVN ins Gästehaus der Regierung ein. Wilhelm Pieck, der langjährige Kampfgefährte und nun Staatsoberhaupt der DDR, würdigte in herzlichen Worten die Verdienste Geschkes um die Einheit der Arbeiterbewegung.

Geschkes Arbeit blieb nach wie vor unermüdet. Am 6. Januar 1953 fand im Friedrichsstadtpalast eine Protestkundgebung gegen die geplante Hinrichtung des US-amerikanischen Ehepaares Ethel und Julius Rosenberg statt. Sie waren unter falschen Anschuldigungen wegen angeblicher Spionage verurteilt worden. Ottomar Geschke verlas ein Telegramm an den USA-Präsidenten Truman, in dem verlangt wurde, das Terrorurteil gegen Menschen aufzuheben, deren edelste Aufgabe ihr Eintreten für den Frieden und die Völkerverständigung ist.

Ottomar Geschke war in den letzten Jahren seines Lebens des öfteren bei der Jugend zu Gast, ob bei den jungen Eisenbahnern oder bei den „Thälmann-Pionieren“. Wie gütig sein Auftreten auch noch im hohen Alter war, beweist eine Leserzuschrift, welche die „BZ am Abend“ in ihrer Ausgabe am 20. Januar 1956 veröffentlichte: „Wir hatten auf unserer Arbeitsstelle eine Feierstunde zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ... Ich sollte unserem Gast, dem Genossen Ottomar Geschke, einen Blumenstrauß überreichen. Ich hatte ein klein wenig Hemmungen, weil ich den Genossen noch nicht persönlich kennengelernt hatte. Dann aber sprach er zu uns einfache und zu Herzen gehende Worte. Er erzählte kleine, ergreifende Episoden aus dem Leben von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, dabei gleichzeitig aus seinem kämpferischen Leben. Mich ergriff ein so heißes Dankbarkeitsgefühl den Genossen gegenüber, die ihr ganzes Leben für die Sache der Menschheit hingaben, für uns, die Jugend und die Zukunft, dass ich dem treuen Menschen Ottomar Geschke erst zum Dank die Hand drückte, ihn umarmte und ihm dann die roten Nelken überreichte. Es war eine wunderschöne Feierstunde. Sie hat uns allen viel gegeben und uns alle stark ergriffen.“

Der Tod entriß ihm am 17. Mai 1957 auf dem Wege nach München zur Teilnahme an einem Kongreß der VVN der BRD aus seinem arbeitsreichen und streithaften Leben. Das Zentralkomitee der SED gedachte in einem Nachruf des „treuen und erprobten Parteigenossen, der jahrzehntelang an verantwortungsvollen Stellen in den ersten Reihen der deutschen Arbeiterbewegung kämpfte und der nach den langen Jahren der Haft unter der Naziherrschaft trotz schwerer gesundheitlicher Schädigungen weiter alle Kräfte in den Diensten der Partei stellte.“ (32) Seine Urne mit den sterblichen Überresten wurde in der Ehrenmauer in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde feierlich beigesetzt. Renato Bertolini vom Exekutivkomitee der FIR sprach Worte ehrenden Gedenkens: „Die Widerstandskämpfer, die Naziopfer aus ganz Europa bewahren Dir ein ehrfurchtvolles Andenken. Wir werden immer Dein lächelndes, vertrauensvolles Antlitz in Erinnerung bewahren, wie wir es in den traurigen Stunden Deines Vaterlandes kannten. Immer bereit zum Freiheitskampf, warst Du für uns Lehrer und Beispiel im Lager Buchenwald. Menschen wie Du sind das kostbarste Kapital, sind die unerschöpflichen Quellen im Dienste der Menschheit und



gereichen ihrem Lande zur Ehre. Deine unermüdliche Tätigkeit stellt Dich an die Seite der besten humanistischen Traditionen Deines Volkes. Dein heldenhaftes Leben, das Leben eines Kämpfers für eine heilige Sache stellt Dich an die Seite der besten Söhne des deutschen Volkes." (33)

Die Deutsche Demokratische Republik, sein Arbeiter- und Bauern-Staat, bewahrte sein Vermächtnis, wie das zahlreicher Frauen und Männer, die gegen den Hitlerfaschismus und den verbrecherischen Krieg gekämpft hatten. Nach 1990, mit der Übernahme in die BRD, wurden vielerorts deren Namen getilgt. So geschah das auch mit Ottomar Geschke. In seiner Geburtsstadt Fürstenwalde (Spree) trugen seinen Namen der VEB Chemie- und Tankanlagenbau, die Erweiterte Oberschule und die Kampfgruppeneinheit des VEB Reifenwerk, in Beeskow eine Betriebsberufsschule, in Storkow ein Truppenteil der Nationalen Volksarmee, in Berlin-Spindlersfeld ein Feierabendheim und in Berlin-Karow das Kulturhaus und die 14. Oberschule.



p.s. Die damalige 14. Oberschule und heutige 8. Grundschule in der Bahnhofstraße war Namensträger seit 1973. An der Schule gab es über viele Jahre hinweg eine Arbeitsgemeinschaft „Junge Historiker“, die sich mit dem Leben Ottomar Geschkes befaßte. Die Mitglieder der AG besuchten die Stätten, an denen er gewirkt und gelitten hatte. In mehreren Dokumentenmappen erfaßten sie sein Schaffenswerk. Für die Schule wurde eine ständige Ausstellung erarbeitet, die bis zur „Wende“ im Treppenhaus der Schule für jedermann zu sehen war. Die oben abgebildete Medaille, von einem Lehrer der Schule entworfen, wurde für gute Leistungen verliehen. (34)

Anmerkungen:

- (1) Einen ausführlicheren Überblick über das Leben von Ottomar Geschke geben: H.: Maur: Ottomar Geschke. Vorbild und Verpflichtung. Biographische Skizze zu einem kämpferfüllten Leben. Frankfurt (Oder) 1982; H. Maur: Biographische Skizzen. „Jhnen der Lorbeer, unser die Pflicht!“ Ottomar Geschke. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1988/H.4, S. 535-545; K. Haferkorn/E. Kücklich: Geschke, Ottomar. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Berlin 1970, S. 154-155.
- (2) Unser Betrieb. VEB Chemie- und Tankanlagen-Kombinat „Ottomar Geschke“. Betriebsgeschichte, Teil 2. Frankfurt (Oder) 1972, S. 3 ff.
- (3) SAPMO-Bundesarchiv, Berlin, St 62/6/492.
- (4) Ebenda.
- (5) 100 Jahre Reichsbahnausbesserungswerk Berlin Warschauer Straße. Berlin 1967, S. 13.
- (6) I. Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/1919. Berlin 1978, S. 206.
- (7) Bei Haferkorn/Kücklich wird irrtümlich angegeben, Geschke sei im Januar 1919 der KPD beigetreten; K. Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd.1: Weimarer Republik. Berlin 1999, S.228 machte daraus ein Gründungsmitglied der KPD.
- (8) E. Könnemann/H.-J. Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Berlin 1972, S. 320/321.
- (9) Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung. Bd.2: Von 1917 bis 1945. Berlin 1987, S. 129. Diese Publikation informiert ausführlich über Geschkes Wirken in der Berliner KPD-Organisation.
- (10) Bericht über die Verhandlungen des 2. (7.) Parteitag der KPD (Sektion der KI), Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1926. Berlin 1922, S. 365.
- (11) H. Maur: Zur Rolle der KPD im Februarstreik der Eisenbahnarbeiter und -beamten im Jahre 1922. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Armt-Universität Greifswald, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, Nr.2/3, S. 289-295; H. Maur: Zur Einheitsfront der KPD im Februarstreik 1922. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1972/H.2, S. 237-259.
- (12) Inprekor. 1924/Nr.164, S. 2257.
- (13) Ebenda.
- (14) Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitag der KPD (Sektion der KI). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 444.
- (15) Protokoll der Verhandlungen des 11. Parteitag der KPD. Berlin 1957, S. 319.
- (16) C. von Ossietzky: Abdankung, Herr Polzeipräsident! In: Die Weltbühne, 15 (1929) 20, S.732 ff.
- (17) Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitag der KPD. Berlin 1929, S.499.
- (18) H.Maur: Der Aufbau illegaler Parteileitungen der KPD in den faschistischen Konzentrationslagern Sonnenburg und Lichtenburg (April 1933 bis August 1937). In: Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus, H.17/1983, S. 53-60.
- (19) K.Drobisch: Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg. Cottbus 1987; H.Maur: Antifaschistische Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg. Wittenberg 1981.
- (20) E. Pachaly: Die Entwicklung und der Kampf des Parteiaktivs der KPD im Ehemaligen KZ Buchenwald. Teil I (1937-1941). Weimar 1983/2.Aufl.
- (21) SAPMO-Bundesarchiv, Berlin, St 62/6/492.
- (22) Ebenda.
- (23) Gedenkschrift zur Gedächtniskundgebung für die Opfer des antifaschistischen Kampfes in Berlin-Neukölln, 9. September 1945, Werner-Seelenbinder Kampfbahn. Berlin 1945, S.3.
- (24) SAPMO-Bundesarchiv, Berlin, St 62/6/492.
- (25) Die Tat, 15. November 1952.
- (26) Deutsche Volkszeitung, 23. Dezember 1945; Zum Einheitsprozeß beider Arbeiterparteien siehe u.a. Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bilder und Dokumente. Berlin 1976.
- (27) Zur Entwicklung der VVN siehe E. Reuter/D. Hängel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Berlin 1997.
- (28) Archiv der ehemaligen SED-Bezirksleitung Berlin, IV 1/2
- (29) Die Tat, 22. Oktober 1949.
- (30) Zitiert bei H.Maur: Ottomar Geschke. Vorbild und Verpflichtung, a.a.O., S.69.
- (31) SAPMO-Bundesarchiv, Berlin, DY 30/IV 2/4/261.
- (32) Neues Deutschland, 19. Mai 1957.
- (33) Neues Deutschland, 23. Mai 1957.
- (34) H. Maur: Eine Oberschule erzieht mit vielfältigen Formen und Methoden. In: Der antifaschistische Widerstandskämpfer, Berlin, 1980/H.8, S.13; H.Maur: Ausstellung über Ottomar Geschke. In: Ebenda, 1981/H.1; H. Maur Junge Historiker erforschen und propagieren das Leben des Kommunisten Ottomar Geschke. In: Heimatgeschichte und Jugend. Schriftenreihe des Kulturbundes der DDR. H.13/1982, S.34-40.





Friedrich Ebert, um 1960.

**Friedrich Ebert (1894-1979)  
Buchdrucker – Redakteur – Reichstagsabgeordneter –  
Verfolgter des NS-Regimes – SPD-Landesvorsitzender –  
Oberbürgermeister von Groß-Berlin – Volkskammerab-  
geordneter**

„Friedrich Ebert gehört zu den hervorragenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik“, schrieb der Historiker Heinz Voßke in der von ihm 1987 veröffentlichten Ebert-Biographie. Friedrich Ebert jun. war der Sohn des anerkannten sozialdemokratischen Politikers Friedrich Ebert sen., der in späteren Jahren Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, letzter Reichskanzler des Kaiserreiches und Reichspräsident der Weimarer Republik gewesen war.

Der Sohn Friedrich Ebert jun. wurde am 12. September 1894 in Bremen geboren. Seine Eltern ließen in die sozialdemokratische „Bremer Bürger-Zeitung“ zwei Tage später die kurze Nachricht drucken: „Geburtsanzeige. Ein kleiner 'Umstürzler' ist angelangt.“ Die Familie wohnte in der Brautstraße 16/Ecke Westerstraße. Vater hatte hier die Kneipe „Zur guten Hilfe“ gepachtet, Mutter Louise war eine „treffliche Wirtschaftlerin“. Nach Friedrich wurden der Familie weitere drei Jungen und ein Mädchen geboren.

Mit sechs Jahren ging Friedrich in die Volksschule. Als Kind von „Dissidenten“ brauchte er am Religionsunterricht nicht teilzunehmen. Deutsch und Geschichte waren seine Lieblingsfächer. Oft war er an der Weser oder am Hafen anzutreffen, um die auslaufenden Dampf- und Segelschiffe zu beobachten. „Seemann“ wollte er einmal werden, „auf große Fahrt gehen“. Der Traum so vieler Bremer Jungen.

Vater war bei den Bürgerschaftswahlen im Dezember 1909 in das Bremer Stadtparlament gewählt worden und ab 1. Januar 1900 zum hauptamtlichen Sekretär des Bremer Arbeitersekretariats. Auf dem Jenaer SPD-Parteitag im September 1905 wurde er als Mitglied in den Parteivorstand aufgenommen und zum Sekretär des Parteivorstandes nach Berlin berufen.

So erwartete auch den kleinen Friedrich ein Umzug in die deutsche Hauptstadt. Die Familie bezog zunächst in der Neuen Bahnhofstraße 12 in der Berlin benachbarten Gemeinde Boxhagen-Rummelsburg ihre Wohnung, später wohnte sie nahe dem Treptower Park. Friedrich besuchte die Knaben-Mittelschule. Die Mutter zog mit ihren Kindern des öfteren hinaus in die Natur, zum Müggelsee oder in das idyllische Dörfchen Müggelheim.

Nach dem Schulabschluß begann für Friedrich der Ernst des Lebens. Er begann nach Ostern 1909 eine Buchdruckerlehre in der Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung von Otto Elsner in Berlin S 42, Oranienstraße 141. Vier Jahre dauerte



die Lehre. Mit 15 Jahren trat er in die Arbeiterjugendbewegung ein. Im Jugendbildungsverein konnte er sein Wissen über Geschichte, Literatur, Kunst und Technik bereichern, schaute in die Bücher von Marx, Engels, Lassalle, Bebel und Mehring. Ein muß war für den Jungen das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Als er die Lehre beendet hatte, trat er am 1. Mai 1913 der Sozialdemokratischen Partei bei, ebenso dem Gewerkschaftsverband Deutscher Buchdrucker. Die SPD hatte an Ansehen beträchtlich gewonnen. Sie zählte über 970.000 Mitglieder und 4,25 Millionen Wähler hatten ihr bei der letzten Reichstagswahl ihre Stimme gegeben, was sie zur stärksten Fraktion gemacht hatte. Friedrich Ebert arbeitete noch einige Monate als Buchdrucker in Berlin, um dann nach Nürnberg zu reisen, wo er bei der sozialdemokratischen Druckerei und Verlagsanstalt der „Fränkischen Tagespost“ eine Anstellung fand. Chefredakteur war Adolf Braun, Mitglied des SPD-Parteivorstandes. Hier versuchte er sich als Journalist, schrieb kleinere Beiträge über das Treiben in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Dann brach der Erste Weltkrieg aus. Sein Vater gehörte zu jenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die unter der Parole der „Vaterlandsverteidigung“ die Kriegskredite mit bewilligt hatten. Friedrich wurde Ende 1915 zum Militär eingezogen. Seine Brüder Heinrich und Georg kamen bei den Kriegshandlungen ums Leben. Erst Ende 1918 durfte er den Militärrock wieder ausziehen. Das Kaiserreich war zusammengebrochen. Durch die Revolution der bewaffneten Arbeiter und Soldaten in die Knie gezwungen. Die neue Ordnung begrüßte er und hoffte auf die von den Sozialdemokraten verkündete „Sozialisierung“. Auch die Wahlen zur Nationalversammlung mußten für ihn folgerichtig zur Anerkennung der parlamentarischen Demokratie führen.

Er wohnte bei seinen Eltern. Die verwirrenden Ereignisse an der Jahreswende 1918/1919 erlebte er unter dem politischen Einfluß seines Vaters, der in den Tagen der Novemberrevolution Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten geworden war. Er glaubte, dass nur eine parlamentarische Demokratie zum Sozialismus führen werde und begrüßte von daher die Gründung der Weimarer Republik. Sein Vater wurde 1920 Reichspräsident dieses neuen Staates.

Friedrich Ebert suchte in Berlin eine Arbeitsstelle als Redakteur und fand eine solche dank der Fürsprache seines Vaters beim „Vorwärts“, dem Zentralorgan der SPD, der seinen Sitz in der Kreuzberger Lindenstraße 3 hatte. Zeitweilig recherchierte er auch für das Nachrichtenbüro der sozialdemokratischen Presse und den „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ bis 1925.

Am 12. Oktober 1920 heiratete er die um drei Jahre jüngere Johanna Elisabeth Vollmann. Sie war am 28. April 1897 in Nürnberg in einer Arbeiterfamilie geboren und gehörte ebenfalls der Sozialdemokratischen Partei an. Ebert hatte sie schon in Nürnberg kennengelernt. Sie arbeitete dort als Verkäuferin in einer Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft.

Bei der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, trat er dieser Organisation zum Schutz der Weimarer Republik bei und wurde Mitglied der Gauleitung Groß-Berlin. Der unverhoffte Tod seines Vaters am 28. Februar 1925 traf ihn schwer. Ein Magdeburger rechtskonservatives Schöffengericht hatte ihm zuvor das Brandmal des „Landesverrats“ in der Novemberrevolution aufgedrückt, er war Schmähungen natio-

nalistischer und rechtsextremer Kräfte ausgesetzt. Der Sohn wirkte dem entgegen, in dem er eine Dokumentation von Schriften, Aufzeichnungen, Reden und Erinnerungen seines Vaters herausgab.

1925 bewarb sich Friedrich Ebert um eine Stelle bei der „Brandenburger Zeitung“. Als Redakteur begann er am 1. August 1925 mit seiner Arbeit. Mit seiner Frau zog er nach Brandenburg an der Havel, wo beide in der Wilhelmsdorfer Straße 24 wohnten. Schon im Dezember übernahm er die Chefredaktion der traditionsreichen sozialdemokratischen Zeitung. Sie war bereits 1886 als bürgerliches Blatt herausgegeben worden und war nach dem Fiasko des Bismarckschen Sozialistengesetzes 1890 mit Sammel Groschen der Arbeiter aufgekauft worden. Die Auflage lag bei 15.000 Exemplaren. Nun erschien zum 35jährigen Jubiläum eine 17seitige Sonderausgabe. Den Leitartikel „Allen Gewalten zum Trotz!“ hatte Ebert verfaßt. Darin machte er auf die Notwendigkeit einer proletarischen Presse für den Befreiungskampf der Arbeitenden aufmerksam: „Wie der Kapitalismus schon seit langem erkannt hat, welche wichtige Waffe gerade die Presse im Kampfe um die Macht ist, so sollte sich auch endlich der letzte Arbeiter zu der Erkenntnis durchringen, daß die Macht der Arbeiterpresse zu einem großen Teil abhängig ist von der Verbreitung ihrer Presse, ... Die freie Hand daß Arbeiterpresse und Arbeiterschaft unzertrennlich miteinander verbunden sind. ... nützt nichts, wenn ein unfreier Kopf sie lenkt. Wir werden solange unser Ziel nicht erreichen, solange noch ein großer Teil der Arbeiterschaft die Presse unterstützt, die vom Großkapital finanziert, die kapitalistischen Interessen gegen die der Arbeiterschaft zu vertreten hat.“

Ebert war bald in die sozialdemokratische Bewegung der Havelstadt fest eingebunden. Die Stadt war mit ihren 61.000 Einwohnern ein Zentrum der Arbeiterbewegung. Vorrangig waren die Arbeitenden bei den Brennabor-Werken, dem Stahl- und Walzwerk, der Schiffswerft Gebr. Wiemann und den Eisenbahnwerkstätten Kirchmöser beschäftigt. Die Sozialdemokratie war stärkste politische Kraft in der Stadt. Ebert verurteilte in der Öffentlichkeit die zunehmenden Aktivitäten reaktionärer und faschistischer Verbände. 1926 gehörte er zu den Befürwortern des Volksentscheides zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten. Dabei kam es zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Das zahlte sich aus. 55,9 Prozent der Brandenburger Wahlberechtigten sprachen sich für die Enteignung aus. Im Reich waren es nur 36,4 Prozent gewesen, wodurch die Annahme eines entsprechenden Gesetzes scheiterte. Auch in der Arbeit des Stadtparlaments erwies sich das Zusammenwirken mit der KPD in kommunalen Fragen mitunter als sehr fruchtbar.

Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg a.d. Havel am 15. Mai 1927 errang die SPD 22 Mandate, 5 die KPD, 14 die Vereinigte Bürgerliche Linke und 3 die Mitte-Liste. Friedrich Ebert wurde als gewählter Abgeordneter in den Finanzausschuß delegiert. Mit der „Brandenburger Zeitung“ unterstützte er die Politik des gewählten Stadtparlaments ebenso wie in seinen Reden auf Parteiveranstaltungen: Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, Senkung der Lohnsteuer, Ausbau von Altersheimen und des städtischen Unterstützungswesens für bedürftige Familien, Ausbau des Wohnungswesens und die Verhinderung von Mietwucher, Förderung des Bildungswesens für die Arbeiter, des Arbeitersports, der



Arbeitersänger - und der Naturfreundebewegung, bessere medizinische Betreuung der Kinder in den Volksschulen, Einführung der Schulspeisung sowie der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. 1931 konnte das städtische Schwimmbad eingeweiht werden, das den Namen seines Vater erhielt. Immer wieder galt seine Aufmerksamkeit kommunalen und sozialen Problemen in der Stadt. Im März 1928 begründete er im Stadtparlament ein Wohnungsbauprogramm für die Stadt Brandenburg. 66 Ein-, 330 Zwei- und 70 Dreiraumwohnungen sollten gebaut werden. Als Vorsitzender des Bil-



Leitartikel Eberts, 1925

dungsausschusses seiner Partei war er bemüht, in der Arbeiterschaft ein gewisses Interesse für Kulturbedürfnisse zu wecken. Nach den Wahlen von 1929 wurde er Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung.

1927 bekam die Familie Zuwachs. Der erste Sohn kam zur Welt, 1931 der zweite Junge.

Seit 1927 war Friedrich Ebert Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Brandenburg - Westhavelland - Zauch - Belzig. Im Mai 1928 kam für ihn ein weiteres Abgeordnetenmandat hinzu. Im Wahlkreis 4/Potsdam I war er in den Deutschen Reichstag gewählt worden. In seinem Wahlkreis hatte sich etwa ein Drittel der Wähler für ihn entschieden. Die SPD zog mit 151 Mandaten in den Deutschen Reichstag ein. Hier standen für die Sozialdemokraten schwere Entscheidungen bevor. Noch im März hatten die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kommunisten gegen einen Panzerkreuzer-Etat gestimmt. Als nun nach der Reichstagswahl eine SPD-geführte Koalitionsregierung die Geschäfte unter Reichskanzler Hermann Müller übernahm, beauftragte die SPD die zweite Rate für den Bau des Kriegsschiffes. Auf dem Unterbezirkstag am 9. September begab sich Ebert auf die bejahenden Positionen des Parteivorstandes. Die Gegner dieser Wiederaufrüstungspolitik in den eigenen Reihen ignorierte er.

Die im Herbst 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise traf auch die Stadt an der Havel schwer. Von den 64.000 Einwohner waren 1932 über 12.000 arbeitslos, weitere 20.000 erhielten Stützungsgelder. Als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung versuchte er mit seinen Genossen im Parlament Beschlüsse durchzusetzen, die helfen sollten die Not zu lindern. Als 1930 Brandenburg a.d.H. dem Städtetag der Provinz Brandenburg beitrug, kam Ebert in den Vorstand dieses Gremiums.

Vom 31. Mai bis 6. Juni 1931 nahm Ebert erstmalig an einem Parteitag der Sozialdemokratie teil. Es gab dort Stimmen von der Rolle der SPD als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“. Zu dem aufkommenden Faschismus war zwar von einer Abwehr erneuter Machtversuche die Rede, aber kein Suchen nach Wegen, wie das hätte geschehen können. Einheitsfrontangebote der Kommunisten wurden abgelehnt. Der Parteivorsitzende Otto Wels hatte von „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder“ gesprochen. Die dort beschlossene Politik erläuterte Ebert auf der anschließend stattgefundenen Konferenz seines Unterbezirks. Auch er warnte vor der faschistischen Gefahr, jedoch ohne Konsequenzen. Schon bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg a.d.H. hatte die Naziartei drei Mandate erreichen können. Auf Reichsebene war der Vormarsch der NSDAP noch verheerender. So war es klar, dass er sich Ende 1931/ Anfang 1932 für die Schaffung der „Eisernen Front“ stark machte.

Im Frühjahr 1932 standen die Neuwahlen für das Amt des Reichspräsidenten vor der Tür. Die SPD propagierte, mit der Wiederwahl des bisherigen Reichspräsidenten Hindenburgs könne das Machtstreben der Naziartei verhindert werden. Dieser Illu- oblag auch Friedrich Ebert. Auf einer öffentlichen Kundgebung am 9. März 1932 in Brandenburg sagte er u.a.: „Gewiß, wir haben vor sieben Jahren Hindenburg be- kämpft, nämlich darum, weil unsere Gegner in ihm den Zerstörer der Deutschen Re-

publik sahen. Und weil wir nun Hitler aus tiefster Seele hassen, darum schlagen wir ihn mit dem, was wir haben.“ Das sollte sich wenige Monate später als ein schwerwiegender Trugschluß erweisen.

Die Kommunisten hatten eine Antwort auf die faschistische Gefahr: „Antifaschistische Aktion!“ Auch in der Stadt Brandenburg konnten die Kommunisten einen derartigen Ausschuß bilden. Ebert lehnte es allerdings ab einer Einladung zu folgen, um auf einer Kundgebung der „Antifaschistischen Aktion“ zu sprechen. Seine Parteizentrale in Berlin hatte in einem Rundschreiben lokale Verhandlungen mit Kommunisten untersagt. So kämpfte jede der beiden Arbeiterparteien auf ihre Weise. Auf der Konferenz des SPD-Unterbezirks am 9. Oktober 1932 im Brandenburger „Volkshaus“ erklärte Ebert: „Schlotbarone und Krautjunker“ stützen die Parteien Hugenberg und Hitlers. Es geht um „Kapitalismus oder Sozialismus ... Und um den Kapitalismus noch einmal zu retten, geht man zuerst daran, die Beseitigung der Demokratie und aller Arbeiterrechte herbeizuführen. Läßt sich die Arbeiterschaft ihre Organisation zerschlagen, dann ist der Weg frei für die Reaktion.“ Die Erkenntnis über das zu Erwartende war bei ihm da. Doch meinte er, mit dem Stimmzettel das aufziehende faschistische Unheil abwenden zu können. Das war seine Ansicht auch noch auf dem Unterbezirksparteitag der SPD in Brandenburg a.d.H. am 29. Januar 1933.



Einen Tag später hatte die Realität ihn eingeholt. Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte den Führer der Nazipartei Adolf Hitler, zum neuen Reichskanzler. Das Schlimmste stand bevor. Am 1. Februar 1933 wurde der bisherige Reichstag aufgelöst, Neuwahlen für den 5. März anberaumt. Friedrich Ebert nahm am 31. Januar an einer gemeinsamen Beratung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion mit Funktionären aus den Bezirken und Vertretern der Eisernen Front in Berlin teil. Das Einheitsfrontangebot der KPD vom Tage zuvor wurde abge-

lehnt, der Zeitpunkt für außerparlamentarische Aktionen sei noch nicht gekommen, die Hitlerregierung stehe auf verfassungsmäßigen Füßen. In ihrem Aufruf, den der sozialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlichte, hieß es: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereit zu halten. Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen und Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.“

Friedrich Ebert schrieb einen verzweifelten Offenen Brief an den Reichspräsidenten Hindenburg. Dieser habe die Verdienste seines Vaters als Reichspräsident der Republik gewürdigt und „jetzt nichts zur Ehrenrettung ihres Amtsvorgängers getan“. Die aufgebauten Illusionen brachen bald zusammen. Am 28. Februar erließ die Naziregierung die erste Notverordnung. Auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung wurden Maßnahmen erlassen, welche die persönliche Freiheit, die Pressefreiheit sowie das Vereins- und Versammlungsrecht beschränkten. Bei Eberts fand eine Hausdurchsuchung statt. Am 2. März verhängte die Polizeibehörde der Stadt Brandenburg ein Erscheinungsverbot für die „Brandenburger Zeitung“. Die Zeitung war für den bevorstehenden Wahlkampf matt gesetzt. Für Wahlveranstaltungen erhielt Friedrich Ebert polizeiliches Redeverbot. Und trotz dieser Bedinderungen wurde er von den Brandenburgern am 5. März wiederum in den Reichstag und am 12. März in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die Mandate der Kommunisten wurden überall annulliert.

In Brandenburg verlief die erste Sitzung des neuen Parlaments tumultartig, die sozialdemokratischen Abgeordneten wurden von den Nazi-Abgeordneten mit Hilfe der SA aus dem Sitzungssaal geprügelt. Ebert bedrückte es sehr, dass in dieser schwerwiegenden Situation eine Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeiterparteien und ihrer Organisationen gegen den Faschismus nicht zustande kam. In seinen Erinnerungen ist später zu lesen: „Im März 1933 war ich als Redner in einer Versammlung der 'Eisernen Front' in Brandenburg an der Havel vorgesehen. Die Ortspolizeibehörde erließ ein Redeverbot gegen mich mit der Begründung, dass ich dem Flügel der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag angehöre, der ein Zusammengehen der SPD mit der KPD suche.“

Am 23. März 1933 war die erste Reichstagssitzung. Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ sollte verabschiedet werden. Die Kommunisten hatten keinen Zugang mehr, ihre Mandate waren aberkannt worden. Otto Wels begründete das „Nein“ der SPD, die sich „zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“ bekenne. Hitler antwortete mit Hohn, sie seien nun die Kraft der deutschen Arbeiter. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, auch Friedrich Ebert, hatten den Mut das Gesetz abzulehnen.

Am 26. April 1933 fand in Berlin eine Reichskonferenz der SPD statt, an der Ebert teilnahm. Erneut wurde eine Stillhaltepolitik verkündet, die gegebenen gesetzlichen



Möglichkeiten nicht zu überschreiten. Statt dessen handelten die Hitlerfaschisten. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser von Polizei und SA besetzt, die Funktionäre verhaftet. Danach das Vermögen der SPD, der sozialdemokratischen Verlage und Druckereien sowie das des Reichsbanners konfisziert. Auch die von Ebert geleitete „Brandenburger Zeitung“ samt Verlag und Druckerei wurde beschlagnahmt. Er verlor seine Arbeit und sein Einkommen. Wochen später wurde er aus der Dienstwohnung vertrieben. Er zog zu seiner Mutter nach Berlin, die Ehefrau mit den beiden Kindern vorübergehend zu ihren Eltern. Am 22. Juni 1933 untersagte das Innenministerium der SPD jede politische Betätigung. Die Abgeordnetenmandate wurden für ungültig erklärt. Die Gestapo verhaftete führende Sozialdemokraten, deren sie habhaft werden konnte. Die Abrechnung der Nazis mit prominenten Repräsentanten der Weimarer Republik begann. Die Gestapo vermerkte am 28. Juni 1933: „E. ist zu Ft. (Funktelegramm) Nr.9 vom 24. Juni 1933 – Pol. Verw. Brandenburg – festzunehmen.“ Nach Ebert setzte eine intensive Suche ein. Am 1. Juli 1933 wurde er in der Wohnung seiner Mutter, Duisburger Straße 8, verhaftet. Für ihn begann ein qualvoller Weg. Zunächst wurde er in der Polizeipräsidium am Berliner Alexanderplatz gebracht. Er war als Sohn des ehemaligen, den Nazis verhassten Reichspräsidenten, besonders brutalen Mißhandlungen und Beschimpfungen ausgesetzt. Am 14. Juli richtete seine Mutter ein Entlassungsgesuch an Hindenburg.

Aus dem Polizeipräsidium wurde er am 8. August in das Konzentrationslager Oranienburg, nördlich von Berlin, eingeliefert. Man ließ ihm einen Haarkranz schneiden, um ihn besonders lächerlich zu machen. Er wurde zu schikanösen „Extraarbeiten“ herangezogen. Bei Besuchen von Nazigrößen wurden er und weitere prominente Sozialdemokraten vorgeführt und als „marxistische Verbrecher, Schieber, Halunken, Lumpen und vollgefressene Schweine“ beschimpft.

## **Ebert jr., Künstler, Heilmann im Konzentrationslager**

**Wie das Geheime Staatspolizeiamt mitteilt, sind gestern der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Stadtverordnetenvorsteher von Brandenburg (Havel), Chefredakteur der sozialdemokratischen „Brandenburger Zeitung“, Friedrich Ebert (Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten), ferner der ehemalige S.-P.-D.-Abgeordnete Franz Künstler und der ehemalige Reichs- und Landtagsabgeordnete, langjähriger Fraktionsführer der S. P. D. im preussischen Landtag, Heilmann, in das Konzentrationslager Oranienburg eingeliefert worden.**

Berliner Tageblatt, 9. August 1933

Hilfer Stacheldraht traf Friedrich Ebert einen ihm sehr bekannten Häftling wieder, Max Herm, den ehemaligen Vorsitzenden der KPD-Fraktion im Brandenburger Stadtparlament. Sie hatten beide manche politische Auseinandersetzung geführt, aber auch in sozialen Fragen zusammengearbeitet. „Unter den neuen Bedingungen unseres Lebens“, schrieb Ebert später, „entstand im Lager schnell die Einsicht von der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns von Funktionären und Mitgliedern beider Arbeiterparteien, die uns bereits damals lehrte, die Aktionseinheit zwischen den beiden Parteien zu schaffen.“

Am 7. August 1933 reagierte der Innenminister Preußens auf das Gesuch der Mutter. Er lehnte es ab: „Bei der Staatsfeindlichkeit und Gefährlichkeit der Haupttäter der S. P. D. eine Veranlassung, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Friedrich Ebert aus der Haft zu entlassen, mir nicht gegeben zu sein scheint“. Und das Staatspolizeiamt Berlin schrieb am 27. September an Hitler: „Auch hinsichtlich des Sohnes des früheren Reichspräsidenten Ebert, Friedrich Ebert, dürfte die Aufrechterhaltung der Schutzhaft geboten sein. Ebert hat sich sowohl in seiner Eigenschaft als führender sozialdemokratischer Funktionär im Wahlkreis Brandenburg wie als Redakteur der dortigen parteiamtlichen sozialdemokratischen Zeitung in besonders gehässiger Weise gegen den erstarkenden nationalen Willen des deutschen Volkes gewandt. Als Versammlungsredner und Schriftleiter seiner Zeitung hat er sich Kampfmethoden bedient, die weniger durch ihre sachliche Begründung als durch ein ungewöhnliches Maß verhetzender Demagogie und ehrenkränkender Verunglimpfung der nationalen Bevölkerung und ihrer Ideen zu wirken versuchten. ... Unter diesen Umständen wird es auch nicht angängig sein, die Art der Unterbringung des früheren Abgeordneten Ebert abzuändern und ihn in eine andere Gefangenenanstalt zu überführen.“

Die grausame Behandlung Eberts im KZ Oranienburg wurde im Ausland bekannt. Proteste kamen vor allem aus Großbritannien, aus dem britischen Oberhaus. Die englischen Presse erhob ebenfalls ihre Stimme. Briten wurden in der deutschen Botschaft in London vorgestellt, andere wandten sich direkt an das Auswärtige Amt in Berlin. Der bekannte englische General Neill Malcolm veröffentlichte am 14. Oktober einen Brief in der „Times“, in dem er seine Bestürzung ausdrückte. Die Nazis kamen in arge Bedrängnis. Sie versuchten, Ebert ins Abseits zu stellen und brachten ihn in ein anderes Konzentrationslager, nach Papenburg ins entfernte Emsland und kurz darauf in das berühmte KZ Börgermoor, wo er mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionär Wilhelm Leuschner und dem kommunistischen Schauspieler Wolfgang Langhoff zusammentraf. Und er sollte noch ein viertes Konzentrationslager verschleppt werden, in das KZ Lichtenburg. Auch hier lernte er jene Solidarität der politischen Häftlinge kennen, die Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Willkür ihrer Bewacher zusammenführte. Kurz vor Weihnachten hatte die internationalen Proteste gesiegt. Am 24. Dezember 1933 wurde er aus dem KZ Lichtenburg entlassen. Er mußte sich regelmäßig bei der Polizei an seinem Wohnort melden und jede antifaschistische Regung wurde mit schärfsten Strafen angedroht. Es wurde ihm verboten, nach Brandenburg an der Havel zurückzukehren. Er zog in das Haus seiner Mutter in Berlin-Johannisthal, Waldstraße 26, wo sich inzwischen auch seine Frau mit den beiden Kindern eingefunden hatte. Er selbst war zunächst arbeitslos. Obwohl er ja gelernter Drucker war, wollte den ehemaligen politischen Häftling keiner



einstellen. Ab 1936 konnte er mit Hilfe von Freunden einigermaßen beruflichen Fuß fassen. Er war zeitweise Teilhaber einer Druckerei bzw. Tankstellenbesitzer in Johannisthal, wie der faschistische Sicherheitsdienst (SD) zu berichten wußte. 1939 verlor er eine Anstellung in einer Tiefbaufirma infolge eines verleumderischen Artikels über ihn in dem Naziorgan „Völkischer Beobachter“.

Seine Frau Johanna stand die schweren physischen Belastungen, die auf der Familie lagen, nicht durch. Sie wählte am 28. Februar 1938 den Freitod. Das traf Friedrich Ebert mitten ins Herz. Er zog im Sommer mit seinen beiden Söhnen in die Brunnenstraße 14 im Stadtbezirk Mitte. Eine gute Bekannte der Familie kümmerte sich um die Kinder Friedrich und Georg und zog im Oktober 1938 zur Familie.

Wenige Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Friedrich Ebert zum Militärdienst eingezogen. Auf Grund seines Berufes kam er in eine Felddruckerei. Bei einem Urlaubsaufenthalt heiratete er am 18. April 1940 seine „Haushälterin“ Maria. Einen Monat später wurde er aus dem Militärdienst entlassen, da der Geburtsjahrgang 1894 in die Reserve überführt wurde. Er bekam Arbeit im Reichsverlagsamt in der Berliner Scharnhorststraße, im Bereich der Verpackung und des Versands von Gesetzblättern. Hier fand er bald Kontakt zu ehemaligen Mitgliedern der KPD, die illegale Arbeit leisteten. Er hatte schon in den dreißiger Jahren eine lose Berührung zum antifaschistischen Widerstand gewerkschaftlicher Gruppen gehabt; trotz seiner strenger polizeilicher Überwachung. Nun kam er, wie er in seinen Erinnerungen schrieb, „in Verbindung mit einer antifaschistischen Widerstandsgruppe, in der der kommunistische Funktionär Robert Uhrig führend tätig war. In ihr wurden die Gedanken über das Zusammengehen sozialdemokratischer Genossen mit denen der KPD weiterentwickelt. Damals arbeitete ich in der Scharnhorststraße in Berlin. Mit Robert Uhrig traf ich mich häufig in der Mittagspause in dem Park um die Gnadenkirche. Dort sprachen wir bei Spaziergängen über Pläne zu gemeinsamen Aktionen, die zur Vernichtung des faschistischen Terrorsystems führen könnten. Zu Beginn des Jahres 1942 wurde Genosse Uhrig verhaftet und später hingerichtet.“ Er machte die Bekanntschaft mit dem Historiker Heinrich Scheel und dem Bildhauer Fritz Cremer, die beide weitläufige Beziehungen zu dem antifaschistischen Widerstandskreis „Rote Kapelle“ hatten.

Bei einem der zahlreichen anglo-amerikanischen Bombenangriffe, die Berlin in Schutt und Asche legten, wurde auch das Haus in der Brunnenstraße 14 total zerstört. Die Familie hatte Glück und fand bei dem 72jährigen Friedrich Peine am Stadtrand von Berlin Unterschlupf. Friedrich Peine hatte lange Jahre in Bremen als Funktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Konsumgenossenschaftsvereins „Vorwärts“ gewirkt. Beide hatten sie sich allerdings erst in den zwanziger Jahren durch ihre Abgeordnetentätigkeit für die Sozialdemokratische Partei im Deutschen Reichstag näher kennengelernt. Peine verehrte den alten Ebert sehr. Deshalb fiel es ihm nicht schwer, den Junior und dessen Frau Maria seine Gartenglaube zur Verfügung zu stellen. Die war zwar nicht sehr geräumig und bot auch keine Möglichkeit zum kochen, doch konnte sie mit einem kleinen Ofen einigermaßen beheizt werden.

Im Oktober 1944 wurde der älteste Sohn Friedrich zum Reichsarbeitsdienst einberufen. Er selbst sollte noch kurz vor Kriegsende zum „Volkssturm“, der Nazis letztes Kriegsaufgebot. Der zuständige Militärarzt hielt ihn jedoch für „kriegsuntauglich“, so dass er am 18. April 1945 wieder entlassen wurde. Ein Glück für ihn, denn schon zwei Tage später erreichten die ersten sowjetischen Truppen Karow. Die Stunde der Befreiung hatte geschlagen.

Am 8. Mai 1945 war der Krieg in Europa endlich zu Ende. Das Land lag total zerstört am Boden. Am 10. Juni erließ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland ihren Befehl Nr.2 über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen in der sowjetischen Besatzungszone. Karower Sozialdemokraten trafen sich offiziell bei Peine. Friedrich Ebert war dabei. Die Diskussion war für ihn ernüchternd. „Nach der Befreiung vom Faschismus durch die sowjetischen Armeen“, schrieb er später, „nahm ich an der ersten Mitgliederversammlung der SPD in Berlin-Karow teil, wo ich damals wohnte. Mit großen Erwartungen ging ich dort hin. Sie stand unter der Leitung des Genossen Friedrich Peine, der ebenso wie ich Mitglied des Reichstages war. Diese Versammlung verlief für mich so enttäuschend, daß ich damals in mein Notiztagebuch eintrug: 'Sie tun so, als wäre nichts gewesen, und denken, im alten Trott weitermachen zu können'.“ Inzwischen hatten Friedrich und Maria Ebert im Schrägen Weg 7, bei Frau Emma Hauschild, eine Dreizimmer-Wohnung gefunden. Erst Ende Juni erfuhr er von einer sozialdemokratischen Genossin, die aus Neukölln nach Karow gekommen war, dass sich in Schöneberg ein Zentralausschuß der SPD unter Otto Grotewohl konstituiert hatte und einen interessanten Aufruf zur demokratischen Entwicklung in Deutschland herausgegeben hatte. Er machte sich, S-Bahn und Straßenbahn führen noch nicht überall, auf den beschwerlichen Fußmarsch in die Innenstadt. Im Gebäude der Deutschen Bank in der Behrenstraße hatte der Zentralausschuß inzwischen seinen neuen Sitz genommen. Friedrich Ebert wurde mit offenen Armen empfangen. Es war mit vielen Freunden ein Wiedersehen nach zwölf Jahren der faschistischen Schreckensherrschaft, Genossen, mit denen er noch im Reichstag zusammengessen hatte wie Otto Grotewohl und Gustav Dahrendorf, mit Funktionären wie Max Fechner, Erich Gniffke, Helmut Lehmann oder Otto Meier. Er bekam sofort eine neue Mitgliedskarte seiner Partei, Eintrittsvermerk 1.7.1945, und er wurde sofort von den Genossen des Zentralausschusses mit der Aufgabe betraut, die Leitung des Bezirksvorstandes der SPD in der Provinz Brandenburg zu übernehmen. Es galt den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Parteiorganisationen zu forcieren. Er wurde Sekretär des Bezirksvorstandes der SPD. Ihm kamen seine Erfahrungen als Parteifunktionär in der Stadt Brandenburg dabei zu gute. Aber zunächst hatte der Bezirksverband noch seinen Platz in der Behrenstraße. Wie es weiter ging, liest sich bei Ebert so: „Kurz nach meiner Tätigkeit für den Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg kam als erster Genosse Kurt Seibt zu mir in die Behrenstraße. Er fragte mich, ob ich bereit wäre, mit Willy Sägebrecht von der Bezirksleitung der KPD für die Provinz Brandenburg eine Aussprache zu führen. Da eine solche Begegnung meiner in den schweren Jahren der faschistischen Herrschaft gewonnenen Einsicht über die in der Zukunft notwendige Zusammenarbeit mit der KPD entsprach, sagte ich nach kurzer Unterhaltung zu. Wenige Tage später suchte ich Genossen Sägebrecht in der Wallstraße auf, wo das Zentralkomitee der KPD seinen Sitz hatte.“ Die beiden Männer, von den Faschisten eingekerkert gewesen, fanden



die gemeinsame Übereinkunft: Sozialdemokraten und Kommunisten müssen bei einem demokratischen Neuaufbau Deutschlands unbedingt zusammenarbeiten. Und dieses Zusammenfinden trug bald reife Früchte. Schon am 1. September 1945 entstand unter führender Mitwirkung von Friedrich Ebert der Einheitsausschuß von KPD und SPD für die Provinz Brandenburg. In dem gemeinsamen Aufruf erklärten beide Parteien unter anderem: „In der Erkenntnis, dass jede Wiederholung der politischen Fehler von 1918 zu neuer Uneinigkeit der Arbeiterschaft und damit zu einer neuen Katastrophe des deutschen Volkes führen muß, und in dem Willen, die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse vorzubereiten, haben die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands der Provinz Brandenburg und der Bezirksvorstand Mark Brandenburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in kameradschaftlichen Besprechungen folgende Ergebnisse erzielt: Zur Herstellung eines engeren freundschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Parteien wird nach dem Beispiel ihrer Zentralinstanzen ein Arbeitsausschuß für die Provinz Brandenburg gebildet, in den jede Partei fünf ständige Mitglieder entsendet.“ Am 20. Oktober 1945 konnte unter seiner Leitung die erste Ausgabe der SPD-Zeitung für die Provinz Brandenburg, „Der Märker“, erscheinen.



Eberts Mitgliedskarte der SPD, 1945

Ende August 1945 konnte der Sitz des SPD-Bezirksvorstandes von der Berliner Behrenstraße nach Potsdam verlegt werden. Am 9. Dezember war für die Familie Wohnungswechsel vom Schrägen Weg Nr.7 nach Potsdam-Babelsberg, Schützen-damm 11.

Friedrich Ebert hat die Bemühungen seiner Anhängerschaft um die Einheit der beiden Arbeiterparteien in seinen Erinnerungen geschildert. Die Einheitsgegner blieben in der Provinz Brandenburg in einer verschwindenden Minderheit. Kurt Schumachers Losung, nur ein Gesamtparteitag aller vier Besatzungszonen könne über eine Vereinigung mit den Kommunisten beschließen, sollte die Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone von ihrem Vorhaben abschrecken. Aber nachdem sich eine Mehrheit des Zentrallausschusses am 11. Februar 1946 für einen Zusammenschluß beider Parteien ausgesprochen hatte, war auch für die brandenburgische SPD der Weg frei. Auf der gemeinsamen Funktionärskonferenz mit der KPD am 16. Februar 1946 erklärte Friedrich Ebert, „daß der Entschluß, nunmehr die Einheit zu verwirklichen, ein freier ist, der in der Hand eines jeden Mitgliedes der beiden Parteien liegt. Ich bekenne in aller Öffentlichkeit, dass auf mich, den verantwortlichen Leiter unserer Parteiorganisation in der Provinz Brandenburg, auch von militärischer Seite niemals ein Druck oder Zwang ausgeübt worden ist.“ Damit widerlegte er die von Schumacher damals aufgetünchte Lüge von einer „Zwangsvereinigung“, die nur dazu in die Welt gesetzt wurde, um die eigene Niederlage zu verdecken. Ein gemeinsames Organisationsbüro bereitete trotz aller Hindernisse den Zusammenschluß vor. Am 6. April 1946 traten die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei der Provinz Brandenburg letztmalig zu ihren getrennten Landesparteitag in Potsdam zusammen, auf denen die Vereinigung beschlossen wurde. Am nächsten Tag war der gemeinsame Parteitag, der die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vollzog, mit den beiden paritätischen Landesvorsitzenden Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht. 144.026 Mitglieder zählte der neue Landesverband bei der Vereinigung, ein Jahr danach waren es 209.816. Der vierzehn Tage später in Berlin verlaufende Vereinigungsparteitag für die sowjetische Besatzungszone wählte ihn zum Mitglied des neuen Parteivorstandes der SED. Von 1947 bis 1950 gehörte er als Mitglied dem Zentralsekretariat an und seit 1949 dem Politbüro des ZK der SED.

Friedrich Ebert hatte sich schon bei der Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der Provinz verdient gemacht. Als paritätischer Landesvorsitzender der SED war er vor allem für die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und Organisationen zuständig. Er wurde im Juni 1946 Vorsitzender der Beratenden Versammlung bzw. des späteren Präsidiums des Landtages von Brandenburg, der am 20. Oktober 1946 gewählt worden war. Entsprechend dem Wahlergebnis hatten die SED 44, die CDU 33, die LDP 20 und die VdGB 5 Mandate erhalten. In einer gemeinsamen Erklärung von Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht über die künftige Parlamentsarbeit der SED, die in der „Märkischen Volksstimme“ am 22. November veröffentlicht wurde, hieß es, „dem deutschen Volke durch die restlose Vernichtung des Faschismus und Militarismus einen achtungsvollen Platz in der großen Völkerfamilie wiederzugewinnen, für eine friedliche Entwicklung seiner Zukunft zu sorgen und seine Wohlfahrt zu begründen.“ Und auf dem Landesparteitag der SED am 30./31. August 1947 konnte Friedrich Ebert resümierend feststellen: Wir haben „zur Sicherung des demokratischen Aufbaus die Bodenreform durchge-





Vereinigung von SPD und KPD in der Provinz Brandenburg vollzogen, April 1946

führt, aber noch nicht vollendet, die großkapitalistischen Monopolbildungen aufgelöst, die Naziaktivisten und Kriegsverbrecher enteignet, alle Bodenschätze in die Hand des Volkes überführt, die demokratische Schulreform eingeleitet, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft im wesentlichen von den Trägern des Gedankenguts des Nationalsozialismus und des Militarismus bereinigt. So haben wir auf der einen Seite die Macht der kapitalistischen Großbourgeoisie nicht unerheblich geschwächt und andererseits jene tragfähige ökonomische Grundlage der neuen demokratischen Ordnung geschaffen, die zu errichten uns nach 1918 infolge der Spaltung der Arbeiterklasse nicht möglich war."

Die separate Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen im Juni 1948 wurde wenige Tage später auf die Westsektoren Berlins ausgedehnt. Die politischen Gegensätze in der Hauptstadt, hervorgerufen durch die auseinanderdriftenden vier Besatzungssektoren, spitzten sich rapide zu. Am 6. September kam es zur Teilung der Hauptstadtverwaltung. Das demokratische Berlin reagierte. Am 30. November 1948 bildete sich ein neuer Magistrat für den Ostteil der Stadt. Friedrich Ebert wurde zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Seine Stellvertreter wurden Arnold Gohr (CDU), Erich Geske (SPD) und Reinhold Schwarz (LDPD). Von den Stadträten gehörten je drei der SED und der CDU, je zwei der LDPD und der SPD und je einer dem FDGB, dem Kulturbund und dem DFD an; ein weiterer Stadtrat war parteilos. Die „oppositionellen“ Sozialdemokraten im Ostteil der Stadt traten für ein Zusammengehen mit der SED. Sie wurden dafür aus der SPD ausgeschlossen und bildeten die Sozialdemokratische Aktion (SDA). Friedrich Ebert gab seine Ämter in der Provinz Brandenburg weitestgehend auf. Die Familie wechselte erneut ihren Wohnsitz und zog in die Wahnschaffstraße 13 nach Berlin-Niederschönhausen.

Für die acht Stadtbezirke des sowjetischen Sektors war es die dringlichste Aufgabe des neuen Magistrats, das Winternotprogramm für 1948/1949 rasch umzusetzen. Das geschah mit Hilfe der Länderregierungen in der sowjetischen Besatzungszone, die zusätzlich Kartoffeln, Butter, Milch, Fleisch, Eier, Kohlen, Textilien, Industriegüter, Holz, Baumaterialien, Fensterglas und vieles andere mehr lieferten. Betriebe und Stadtverwaltungen der sowjetisch besetzten Zone führten Geldsammlungen durch und luden erholungsbedürftige Berliner Kinder ein. Ebenso galt es Programme für die Entwicklung der Wirtschaft und für den Wiederaufbau der zerstörten Stadt zu verabschieden und mit dem Realisieren zu beginnen. Von den 64 zerstörten Brücken in der Stadt waren immer noch 21 nicht benutzbar, der Schutt des Krieges war zu einem Viertel noch nicht weggeräumt, 33.698 Familien suchten noch immer eine Wohnung und wenn sie noch so notdürftig war.

Der neue Magistrat ging rasch zu Werke. Am 8. Februar 1949 wurde begonnen, das bereits 1947 angenommene Gesetz über die Einbeziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten umzusetzen. 465 Betriebe gingen in Volkseigentum über. Am 28. April beschloß der Magistrat die Überführung von Konzernen und sonstigen wichtigen Unternehmen in Gemeineigentum. Darunter befanden sich sechs Großbanken — u.a. Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, Berliner Bank — sowie 101 Versicherungsunternehmen und 87 Grundstücks- und Baugesellschaften. Schwerpunktbereiche des Aufbaus wurden das Kraftwerk Klingenberg, Bergmann-Borsig in Wilhelmsruh, das Baustoffhydrometerwerk in Köpenick und die Uni-





Eröffnung des Berliner Tierparks, Juli 1955

versität.

Die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war das langersehnte Lebensziel Friedrich Eberts. Der Ostteil der Stadt wurde zur Hauptstadt der neuen Republik. Am 11. Oktober eröffnete er in den Abendstunden in der Straße Unter den Linden die Massenkundgebung der 800.000 Berliner und Werktätigen aus allen Teilen der jungen Republik mit den 200.000 Abgesandten der Freien Deutschen Jugend, die ein Bekenntnis zu diesem Arbeiter- und Bauern-Staat ablegten und die Wahl Wilhelm Piecks zum Präsidenten feierten. Friedrich Ebert gehörte von Anbeginn der Volkskammer an, war von 1950 bis 1963 und ab 1971 Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, ab 1971 Mitglied des Präsidiums und Vorsitzender der SED-Fraktion. 1969, zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR, würdigte Ebert die Gründung der DDR als eine geschichtlich bestimmende Tat: „In der Deutschen Demokratischen Republik wurde mit der Politik der Aggression, der Revanche, mit der Eroberung fremder Territorien und mit der Unterwerfung anderer Völker ein für allemal Schluß gemacht. Frieden, Demokratie und Sozialismus, das sind die unverrückbaren Grundpfeiler unserer Politik, die sich seit 20 Jahren bewährt und uns hohe nationale und internationale Autorität eingebracht hat. ... Rassenhetze, Völkerhaß und Kriegspropaganda sind bei uns durch Verfassung und Gesetze verboten. Die auf Frieden, europäische Sicherheit und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Völkern gerichtete Außenpolitik unseres Staates ist bei uns Verfassungsrecht und -wirklichkeit. Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste Staat in der Geschichte Deutschlands, der den Frieden zum obersten Prinzip seiner Politik gemacht hat.“

Unter seiner Oberbürgermeistertätigkeit wurde die Hauptstadt der DDR in den 50er und 60er Jahren zu einem wichtigen wirtschaftlichen Faktor der Republik. Neue Betriebe wurden aufgebaut, andere rekonstruiert und erweitert, darunter solche weltbekannt gewordenen wie das Berliner Glühlampenwerk, das Transformatorenwerk Oberschöneweide, die Niles-Werke, Siemens-Plania in Lichtenberg, das EAW in Treptow, das Funkwerk in Köpenick oder die DEFA. Im Nationalen Aufbauwerk entstanden nicht nur neue Wohnanlagen in der Stalinallee und Parkanlagen wie der Bürgerpark in Pankow, der Treptower Park und der Friedrichshain mit dem zauberhaften Märchenbrunnen, sondern auch bedeutsame Bauwerke aus den Trümmern des Krieges wie die Humboldt-Universität, das Brandenburger Tor, das Rote Rathaus, das Zeughaus, die Deutsche Staatsoper, die Volksbühne, die Marienkirche oder das Ribbeckhaus, dem bald weitere folgen sollten. Kultureinrichtungen wie das Berliner Ensemble, der Friedrichstadtpalast oder die Komische Oper wurden großzügig gefördert. Am 2. Juli 1955 eröffnete Friedrich Ebert gemeinsam mit Wilhelm Pieck den Friedrichsfelder Tierpark.

Es gab nicht wenige Versuche, vom anderen Teil Berlins aus diese Entwicklung zu unterminieren. Die „Frontstadt“ Westberlin war ein Zentrum, von dem Sabotageakte und Agententätigkeit gegen die DDR ausging, ein Sammelplatz ausländischer Geheimdienste. Die Unzufriedenheit der Bauarbeiter aus der Stalinallee im Juni 1953 wurde zu einem „Arbeiteraufstand“ organisiert. Für den Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR, Friedrich Ebert, waren die Ereignisse nach dem 17. Juni 1953 ein konterrevolutionärer Putschversuch zur Beseitigung der Arbeiter- und Bauern-

Macht. Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Westberlin, äußerte 1958, seine Stadt „will lieber Störenfried als Schlafmütze sein“. Kein Wunder, dass die andere Seite Geschrei und Gezeter anhob, als ihnen 1961 mit dem Bau eines „Schutzwalls“ rund um den Westteil der Stadt ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde. Mit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR stabilisierte sich auf Jahre die politische und ökonomische Lage auch in der Hauptstadt Berlin. Ebert war während seiner gesamten Regierungszeit Haßtiraden Westberliner Gazetten und Politiker ausgesetzt. Das grenzte schon an die Haßkampagnen gegen seinen Vater in den zwanziger Jahren.

Friedrich Ebert war in den Nachkriegsjahren neben seinem Oberbürgermeisteramt mit weiteren Funktionen belastet. So war er von 1950 bis 1958 Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Antikommunismus und Antisowjetismus waren für ihn, wie Thomas Mann es einmal formuliert hatte, eine „Grundtorheit unserer Epoche“. Von 1957 bis 1964 war er Präsident des Städte- und Gemeindetages der DDR. 1960, nach dem Tod des Präsidenten der DDR, wurde er mit der Neubildung des Staatsrates der DDR dessen Mitglied, ab 1971 dessen stellvertretender Vorsitzender. In dieser Eigenschaft war er in dem obersten Organ der Volkskammer für den Bereich Staats- und Rechtsfragen zuständig und damit auch der Vorsitzende der zentralen Wahlkommission der DDR bei den Wahlen zu den Kommunen, den Bezirkstagen und zur Volkskammer. Auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 wurde er erneut in das Politbüro der SED gewählt. Er wertete dessen Beschlüsse für „die nächsten Aufgaben zur weiteren Festigung der Arbeiter- und Bauern-Macht und zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie“ aus. Auch auf dem IX. Parteitag im Mai 1976 kam er wieder ins Politbüro.

Nach den Stadtverordnetenwahlen im Juli 1967 kandidierte der inzwischen 72jährige nicht mehr für das Amt des Oberbürgermeisters. 19 Jahre hatte er die Geschicke der Stadt geleitet. ihm wurde dafür die Ehrenbürgerschaft der Hauptstadt verliehen, die ihm 1992 von den neuen „demokratischen“ Machthabern wieder aberkannt wurde. Seine Verdienste um Berlin sollten vergessen gemacht werden.

Friedrich Ebert führte die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer an, die zu Beginn des Jahres 1973, entgegen dem jahrelangen bundesrepublikanischen Widerstand, in die Internationale Parlamentarische Union aufgenommen wurde. In diesem Jahr konnte die DDR aus der internationalen Isolierung heraustreten. 100 Staaten nahmen diplomatische Beziehungen zu ihr auf. Ebert besuchte als Präsidiumspräsident der Volkskammer zahlreiche dieser Länder. Als Vorsitzender der SED-Fraktion hatte er auch einen beachtlichen Anteil an dem beginnenden Meinungsaustausch zwischen der SED und der SPD der BRD.

Am 4. Dezember 1979 starb Friedrich Ebert an Herzversagen. Das Zentralkomitee der SED, die Volkskammer, der Staatsrat, der Ministerrat, die Nationalrat der Nationalen Front der DDR würdigten seine Verdienste als „sozialistischer Staatsmann“. Seine Urne wurde in der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde beigesetzt. Betrieben, wie das Kombinat VEB Elektroapparate-Werke Berlin-Treptow, Schulen in Berlin und Brandenburg a.d. Havel sowie ein Truppenteil der Nationalen Volksarmee trugen bis 1990 seinen Namen.

#### Literatur

Bouvier, B./Schulz, H.-P.: „...die SPD aber aufgehört zu existieren.“ Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung. Bonn 1991.

Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. und Dokumente. Berlin 1976.

Ebert, F.: Einheit der Arbeiterklasse – Unterpfeiler des Sieges. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin 1959.

Ebert, F.: Reden und Aufsätze zur deutsch-sowjetischen Freundschaft. Berlin 1959.

Ebert, F.: Wir erfüllen unsere historische Aufgabe. In: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Berlin 1966, S.536 ff.

Ebert, F.: Der Sozialismus – das Glück und das Wohl des Volkes. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1964-1969. Berlin 1969.

Ebert, F.: Sozialistische Demokratie – Pulsschlag unseres Lebens. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1969-1974. Berlin 1974.

Heß, K./Bogodain, B.: Beiträge zum antifaschistischen Widerstandskampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD in der Stadt Brandenburg in den Jahren 1933-1945. T.1: 1933-1939. Brandenburg 1975.

Keiderling, G./Stulz, P.: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin. Berlin 1970.

M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung. Düsseldorf 1992/2.Aufl.

Morsch, G. (Hrsg.): Konzentrationslager Oranienburg. Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Nr.3. Berlin 1994.

Patzelt, W.J./Schirmer, R.: Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Wiesbaden 2002.

Podewin, N.: Ebert und Ebert. Zwei deutsche Staatsmänner. Friedrich Ebert (1871-1925), Friedrich Ebert (1894-1978). Eine Doppelbiographie. Berlin 1999.

Sägebracht, W.: Nicht Amboß, sondern Hammer sein. Erinnerungen. Dietz Verlag, Berlin 1968.

Schulz, J./Urban, K./Wölk, W.: Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg. Abriss der Geschichte ... Dokumentation..., Potsdam 1976.

Voßke, H.: Friedrich Ebert. Ein Lebensbild. Berlin 1987.



**Aus der Publikationstätigkeit des Autors (Auswahl)**

Mahn-, Gedenk- und Erinnerungssätten der Arbeiterbewegung in Berlin-Pankow.  
Berlin 1974.

Antifaschistische Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg.  
Wittenberg 1981.

Berliner Gedenkstätten – 1933-1945.  
Orte des Terrors, der Verfolgung und des Widerstandes.  
Menschen – verfolgt, verfehmt, verbannt, ermordet.  
Berlin 1998.

Sowjetische Ehrenmale:  
Schutz und Erhalt – Abriß und Verfall. Berlin 1999

Antifaschismus – Gedenkstätten.  
Bewahrer und Vermittler antifaschistischen Gedankengutes.  
Berlin 1999.

Geschichtsrevision – Gedenkstätten.  
Gedenkstättenkultur der BRD am Scheideweg zum 21. Jahrhundert.  
Berlin 1999.

Berliner Gedenkstätten – 1836-1933.  
Auf den Spuren der Arbeiterbewegung. Berlin 2000.

Berlin-Schönholz.  
Die Geschichte des Sowjetischen Ehrenmals. Berlin 2000.

Antifaschistische Mahn- und Gedenkstätten.  
55 Jahre im Rückblick. Berlin 2000.

Unterwegs zu Marx.  
Karl-Marx-Gedenkstätten – BRD, Belgien, Frankreich, Großbritannien,  
Niederlande, Tschechien. Berlin 2000.

Begegnungen mit Engels:  
Friedrich-Engels-Gedenkstätten in der BRD und in Großbritannien.  
Berlin 2001.

10 Jahre Gedenkstättenverband e.V.  
Fürsprecher einer demokratisch-humanistischen Gedenkstättenkultur.  
Dokumentation. Berlin 2001.

Gedenkstätten in der BRD für die Opfer des republikfeindlichen  
Kapp-Putsches. Berlin 2002.

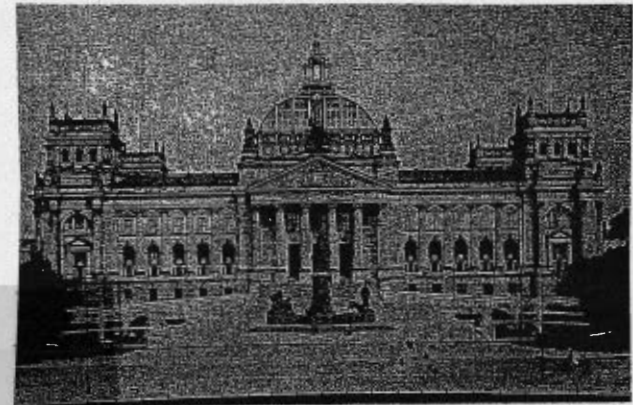
Stadtbibliothek 462

N11 < 00111485974



# KAROWER PERSÖNLICHKEITEN

## Abgeordnete des Deutschen Reichstages



Nicht  
entlehnbar

B  
13  
Karow  
Maur